Nr. 152. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der politische Massenstreik.

Die Veröffentlichung der „Einigkeit" aus dem Protokoll der bekannten Gewerkschaftskonferenz und die sich daran anschließenden Erklärungen von Parteivorstand und Generalkommission lassen es geboten erscheinen, mancherlei unklare und irrtümliche Auffassungen zu korrigieren, die über die Frage des politischen Massenstreiks und die bisherige Stellungnahme der Partei zu derselben noch verbreitet zu sein scheinen.

Die Diskussion über den politischen Massenstreik nahm in der deutschen Partei erst im Sommer des Jahres 1905 einen lebhafteren Charakter an. Den Anstoß zu dieser Diskussion gab die bekannte Broschüre der Genossin Roland-Holst: „Generalstreik und Sozialdemokratie". Zwar hatte schon im Jahre zuvor Genosse Friedeberg durch seine Vorträge über den Generalstreik, die dann unter dem Titel „Parlamentarismus und Generalstreik" im Druck erschienen, eine lebhafte Agitation für den Generalstreik zu entfalten versucht, allein seine Propaganda mußte innerhalb der Partei vollständiger Ablehnung begegnen, da Friedeberg nicht den politischen Massenstreik im Sinne der späteren Jenaer Resolution befürwortete, d. h. als ein Kampfmittel zur Ermöglichung und Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, sondern jene anarchistelnde Generalstreiktaktik, wie sie von den die politische Aktion verwerfenden französischen Gewerkschaftlern in ein System gebracht worden ist. Friedeberg selbst bekannte sich in der Vorrede zu seiner Broschüre ohne Rückhalt zu jener anarchistelnden Auffassung, wenn er ausführte:

„Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer, ist ein psychologischer. . . . Der Parlamentarismus als Schöpfer der Gesetze steht in unlösbarem Widerspruch mit unserem wahren Endziel als freier Persönlichkeit, das heißt die Befreiung des Menschen von jeder äußeren Bindung. Das Streben nach Besitzergreifung des Staates, nach Erringung der politischen Macht sieht notwendigerweise weitere Herrschaft voraus und läßt dadurch die von uns angestrebte ökonomische Freiheit ohne völlig freie unbeherrschte Persönlichkeit als Utopie erscheinen!"

Für die Idee des anarchistischen Generalstreiks war innerhalb der Sozialdemokratie kein Raum, sie mußte in der gesamten Parteipresse einmütiger Ablehnung begegnen. Wenn später sowohl in Kreisen der „lokalistischen" wie der zentralisierten Gewerkschaftler behauptet worden ist, die Stellungnahme zugunsten des politischen Massenstreiks in Jena sei eine Konzession an die Propaganda Friedebergs, so wurden dabei nur zwei grundverschiedene Dinge miteinander verwechselt.

Die Broschüre der Genossin Roland-Holst legt denn auch ein Hauptgewicht darauf, den Unterschied zwischen dem politischen Massenstreik und der anarchistelnden Generalstreiksidee scharf hervorzuheben. Die Idee, durch den Generalstreik den Kapitalismus aus den Angeln heben zu können, führe logisch dahin, die Vorbereitung des Generalstreiks als wichtigste, ja alleinige Aufgabe des gewerkschaftlich organisierten Proletariats zu betrachten. Unter solchen Umständen werde — wie das ja die gewerkschaftliche Praxis in Frankreich und Spanien beweise — die Tätigkeit der Gewerkschaften darauf gerichtet sein, jeder Streikbewegung einen möglichst allgemeinen Charakter zu geben, sie zum Vorgefecht der letzten entscheidenden Schlacht zwischen Kapital und Arbeit zu machen. So werde die anarchistische Generalstreiksidee für die gewerkschaftliche Praxis geradezu verderblich, weil sie auf die tägliche Kleinarbeit keinen Wert lege. Diese Generalstreikstaktik verkenne völlig die wirklichen Kampfmittel des Proletariats:

„Um das bürgerliche Regiment stürzen und durch ein proletarisches ablösen zu können, muß das Proletariat sich zur unbedingten organisatorischen, intellektuellen und moralischen Ueberlegenheit über die bürgerlichen Klassen erhoben haben, über eine Summe von geistiger Kraft, Wissenschaft und Reife verfügen, die es nur durch die tagtägliche Praxis und Wirkung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes erwerben kann. Auch bedarf es zu seinem Aufstieg dringend der Reformen, die die Sozialdemokratie im parlamentarischen Kampfe dem bürgerlichen Staate abzuringen erstrebt. . . .

Die revolutionär-ökonomische Generalstreikidee verkennt ebenso wie die wirtschaftlichen und politischen, so auch die organisatorischen Bedingungen der proletarischen Revolution. Wohl suchen ihre Befürworter das Solidaritätsgefühl und das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter zu erwecken, aber sie sehen nicht ein, daß Erziehung und Organisation der Massen die unbedingte Voraussetzung der Gesellschaftsordnung sind, die auf der freiwilligen Zusammenschließung der Produzenten beruht. . . ."

Das Wesen des politischen Massenstreiks, für den sie selbst eintritt, charakterisiert Genossin Roland-Holst dann in ihrer Broschüre dahin, daß er als wirksamstes Kampfmittel dienen könne, um Angriffe der herrschenden Klasse gegen die politischen oder gewerkschaftlichen Rechte des Proletariats abzuwehren oder weitere für die Aufwärtsentwickelung des Proletariats unentbehrliche Rechte zu erzwingen. Absolut keine Rede könne jedoch davon sein, daß der politische Massenstreik die bisherigen Kampfesmittel der Arbeiterklasse — gewerkschaftliche Bewegung und parlamentarische Aktion — ersetzen könne. Der politische Massenstreik solle keinen Gegensatz, sondern nur eine Ergänzung der bisherigen Mittel und Methoden des Klassenkampfes darstellen, er solle lediglich das Mittel sein, Gewerkschaftskampf und parlamentarische Aktion zu sichern und fruchtbarer zu gestalten.

Diese präzise Formulierung des Charakters und der Aufgabe des politischen Massenstreiks war nicht etwa das Ergebnis abstrakter theoretischer Gedankenarbeit, sondern das Resultat einer sorgfältigen Untersuchung der Ursachen, des Verlaufes und der Folgen der bisher unternommenen Massenstreikaktionen mit mehr oder minder politischem Charakter. Kein Wunder, daß die Broschüre unserer holländischen Genossin ganz anders wirkte, als die im anarchistischen Fahrwasser segelnde Generalstreikspropaganda des Genossen Friedeberg. Sie hob die Diskussion der bisher in der Partei nur gelegentlich gestreiften Frage plötzlich auf ein höheres Niveau, ermöglichte eine klare Uebersicht über die theoretische Stellungnahme der internationalen Arbeiterschaft zum Generalstreik und suchte schließlich die Anwendbarkeit und die Bedeutung des politischen Massenstreiks vom Standpunkte des sozialistischen Klassenkampfes aus zu ermitteln. So gab die Broschüre reiches Material und neue Perspektiven und ward so recht eigentlich zum Ausgangspunkt der lebhaften und ausgedehnten Parteidebatte, die dann auf dem Jenaer Parteitag durch Annahme der Resolution Bebel ihren vorläufigen Abschluß fand.

Die Jenaer Massenstreikresolution lautete in ihren wesentlichsten Teilen:

„Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangt haben, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern. . . .

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale, politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist . . .

erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklichst anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein richtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag

die umfassendste Anwendung des Massenstreiks. . . ."

Die Resolution enthält also die prinzipielle Anerkennung des politischen Massenstreiks als eines Abwehrmittels gegen reaktionäre Attentate und einer Angriffswaffe zur Erkämpfung unentbehrlicher demokratischer Volksrechte. Daß die Anwendung dieses Kampfmittels von den jedesmaligen Umständen abhängig sein müßte, wurde deutlich ausgedrückt durch das Wort „gegebenenfalls".

Man hat über diese „Verklausulierung" der Resolution gespottet: dies Wörtchen „gegebenenfalls" sei geradezu das Hinterpförtchen, durch das man in einem jeden Ernstfalle der Gefahr, wirklich den politischen Massenstreik inszenieren zu müssen, entschlüpfen könne. Als ob eine Resolution überhaupt zu etwas verpflichtet, wenn nicht hinter den sie Beschließenden der feste Wille steht, ihren Inhalt auch streng zu respektieren. In unserem Falle verrät aber die Einschränkung „gegebenenfalls" keineswegs die Hinterabsicht, sich nach Möglichkeit den durch die Resolution auferlegten Konsequenzen zu entziehen, vielmehr lag es völlig in der Natur der Sache, in der Resolution auch auszusprechen, daß der politische Massenstreik nicht unter allen Umständen anzuwenden sei, sondern nur bei einer Konstellation, die, wenn auch seine Erfolge nicht zweifellos zu verbürgen, so doch seinen Mißerfolg nicht von vornherein zur Gewißheit zu machen vermöchte.

Außerdem aber beweist die Debatte in Jena, daß selbst unter denjenigen Delegierten, die für die Resolution stimmten, die Ansichten über den Charakter und die für seine Durchführbarkeit günstigen Zeit- und sonstigen Umstände weit auseinandergingen. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, wie sehr hier die Auffassungen der einzelnen Genossen differierten. Während z. B. Genosse Bernstein an die Möglichkeit und den Erfolg eines Massenstreiks glaubte, der den Charakter einer bloßen Demonstration zu tragen hätte, neigte Genosse v. Elm der Ansicht zu, daß ein politischer Massenstreik bei der brüskierenden und provozierenden Haltung der herrschenden Klassen wahrscheinlich zu schweren Zusammenstößen führen werde, daß aber gleichwohl die Furcht vor etwaigen Opfern das Proletariat vor der energischsten Aktion nicht zurückschrecken dürfe. Von dritter Seite, zu der sowohl Genosse Kautsky als auch die Genossin Roland-Holst zu rechnen sind, war endlich die Meinung vertreten worden, daß der politische Massenstreik wahrscheinlich erst in späteren Konflikten mit der herrschenden Klasse eine überaus wichtige Rolle spielen werde. Aber der Umstand, daß der politische Massenstreik im Sinne der Tagespolitik noch nicht „aktuell" sei, entbinde deshalb noch keineswegs Partei und Gewerkschaften von der Verpflichtung, die Frage des politischen Massenstreiks bereits heute eifrig zu studieren und zu diskutieren, damit das Proletariat zur Zeit des Kampfes um so trefflicher organisiert, diszipliniert und von Kampfesenergie und Opfermut beseelt sei. Sollte also eine Resolution über den politischen Massenstreik überhaupt eine so nahezu einstimmige Annahme finden, so war es notwendig, ihr eine möglichst prinzipielle Form zu geben und durch das Wort „gegebenenfalls" auszusprechen, daß die Entscheidung über die Proklamierung des Massenstreiks nach Zeit und Umständen weiterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben müsse.

Wenn also der Parteivorstand in seiner Besprechung mit der Generalkommission erklärte, daß er nicht die Absicht hege, gegenwärtig, d. h. im Augenblick der Wahlrechtsagitation, den politischen Massenstreik zu propagieren, so verstieß er damit nicht nur gegen Sinn und Wortlaut der Resolution, sondern er hielt sich durchaus im Rahmen seiner Pflichten und Befugnisse. Ja noch mehr: Hätte der Parteivorstand in diesem Augenblick, wo doch von einer Willenskundgebung der Gesamtpartei zugunsten der Proklamierung des Massenstreiks gar keine Rede war, ohne Befragung der Genossen eine Propaganda für den sofortigen Massenstreik entfalten wollen, so hätte er damit seine Befugnisse ohne Zweifel überschritten.

Soviel über den ersten Punkt des Protokolls der Generalkommission. Die anderen fünf Punkte bezogen sich auf den Fall, daß gleichwohl, aus der spontanen Empörung der Massen heraus, ein Massenstreik ausgebrochen wäre. Für diesen Fall suchte der Parteivorstand durch die Erzielung eines Einvernehmens mit den Leitern der Gewerkschaften sich dahin zu versichern, daß nicht von gewerkschaftlicher Seite eine Gegenaktion unternommen würde. Auch hiergegen lassen sich Einwendungen nicht erheben.

Bedenken könnten diese Abmachungen erst dann erregen, wenn sie für alle Zukunft Geltung beanspruchen sollten. Dann freilich müßte die Frage aufgeworfen werden, ob es taktisch richtig wäre, die Gewerkschaften von jeder Mitverantwortung für den politischen Massenstreik zu befreien, so daß ein — immerhin möglicher — Mißerfolg einseitig auf das Konto der Partei gesetzt und von gewissen Gewerkschaftskreisen gegen die Taktik der Partei überhaupt fruktifiziert werden könnte. Daß eine solche Befürchtung nicht völlig gegenstandslos wäre, beweist ja der von einem Berliner Gewerkschaftsführer erhobene Vorwurf, die Partei habe die Arbeiter in die Maifeier „hineingehetzt".

Aber nicht nur die Sorge um das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die wuchtige und wirksame Durchführung eines Massenstreiks erfordert es, daß, sofern, wie wir immer wieder betonen, die Bedingungen für den politischen Massenstreik als gegeben anerkannt werden, die Gewerkschaften einem solchen Streik gegenüber nicht Neutralität üben, sondern bewußt und freudig die moralische Verantwortung für denselben mit übernehmen!

Ein solches Einvernehmen über die von dem gesamten auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Proletariate zu unternehmenden Aktionen muß und kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Frage des politischen Massenstreiks auch in Zukunft mit aller Ruhe, Sachlichkeit und Gründlichkeit weiter erörtert wird. Geschieht das, so wird der in der Frage des Massenstreiks anscheinend bestehende und durch die Resolutionen von Köln und Jena zum Ausdruck kommende Gegensatz ebenso ausgeglichen werden, wie das bisher noch immer bei zeitweiligen Meinungsdifferenzen zwischen diesen beiden Bruderorganisationen der Fall war!

Die Revolution in Rußland.

Die Todesstrafe.

Die Duma-Debatte am Montag fand folgenden weiteren Verlauf und Abschluß:

Als die Sitzung um 6½ Uhr abends wieder eröffnet wurde, gaben Redner der Linken und von der konstitutionell-demokratischen Partei als Erklärung für das Verhalten der Duma deren Entrüstung über den General Pawlow an, **dessen Leben eine Kette von Hinrichtungen** aufweise. Die Redner von der Rechten, Graf Heyden und Fürst Wolkonsky, erhoben Einspruch gegen das Verhalten der Linken; die Duma könne nicht arbeiten unter solchen Umständen, und wenn die Duma bei solchem Vorgehen verharre, werde es in Rußland zum Blutvergießen kommen! — Der sozialistische Abgeordnete Fürst Baratow führte aus, die Duma habe Pawlow den Platz verweigert, nicht das Wort. Sie habe ihn davongejagt, wie alle davongejagt werden, die Blut an sich tragen.

Die weitere Erörterung über die Todesstrafe gestaltete sich sehr lebhaft. Der Gehülfe des Ministers des Innern Makarow teilte mit, der Minister des Innern sei bereit, den Entwurf in Erwägung zu ziehen in Verbindung mit der Vorlage auf Revision der Ausnahmegesetze. Die Abgeordneten Nabokow, Lednitzky und Roditschew hielten heftige Reden für die Abschaffung der Todesstrafe. Der Priester Othnew sagte, das Evangelium habe die Todesstrafe abgeschafft, durch das Leiden des Heilands sei die heilige Wahrheit festgestellt worden, daß keine Regierung ein Recht auf eines Menschen Leben besitze. Jede Todesstrafe sei ein Verbrechen.

Das Haus nahm schließlich einstimmig den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe an und überwies ihn an eine Kommission von 15 Mitgliedern, welche beauftragt wurden, sofort einen ent-

sprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und ihn der Duma vorzulegen. Das Haus vertagte sich dann, bis die Kommission den Gesetzentwurf ausgearbeitet habe. Um 9 Uhr 45 Minuten wurde die Sitzung wieder eröffnet, und das Haus nahm einstimmig das Gesetz betreffend Abschaffung der Todesstrafe an. Um 10 Uhr vertagte sich das Haus.

Am Dienstag verhandelte die Duma über die Gültigkeit der Wahlen im Gouvernement Tamboff. Mit 286 gegen 62 Stimmen werden die Wahlen von elf Delegierten dieses Gouvernements für ungültig erklärt. In den Wandelgängen wird diesem Beschlusse große Bedeutung beigelegt, weil er den Gouverneuren zeige, daß die Duma niemals eine Beeinflussung der Wahlen durch die Verwaltung gestatten werde!

Von der Armee.

Eine kuriose offiziöse Meldung aus Petersburg lautet:

„Das degradierte erste Bataillon des Preobraschenski-Regiments wird durch ein völlig neues erstes Bataillon ersetzt, das aus lauter Rittern des Georgordens gebildet werden soll. Die Mannschaften des Garde-Regiments zu Pferde und der anderen Garde-Truppenteile haben in einer Kundgebung alle Gemeinschaft mit den Leuten vom Preobraschenski-Regiment abgelehnt. Bei der Agitation in diesem Regiment soll der Abgeordnete Aladjin sowie die jüdischen Spielleute des Regiments die Hauptrolle gespielt haben."

Petersburg, 3. Juli. (W. T. B.) Der „Invalid" veröffentlicht zwei Rapporte, die der Kommandeur des in Bialystok stationierten Regiments Wladimir an den Kaiser erstattet hat und worin er eingehend über die korrekte Haltung der Mannschaften während des Pogroms berichtet. —

Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Offiziere der Garnison von Bialystok streng zur Verantwortung gezogen werden sollen, falls die gegen sie in der Presse erhobenen Anklagen sich als richtig erweisen.

Bei einer in dem Verwaltungsgebäude des Stabes des dritten Armeekorps in Wilna vorgenommenen Haussuchung wurde das Siegel des Militärverbandes gefunden, dessen Existenz dadurch bewiesen ist.

Petersburg, 3. Juli. (B. H.) Die Lage in Sewastopol und Kronstadt hat sich nach den neuesten Meldungen noch immer nicht gebessert.

Dem Zaren ins Stammbuch.

Sogar im englischen Oberhause haben am Montag mehrere Lords ihrer Verachtung für die russische Regierung Ausdruck verliehen:

Earl of Jersey fragte an, ob bei Gelegenheit des Besuches der britischen Flotte in den russischen Häfen von den Matrosen verlangt werde, mit russischen Matrosen zu fraternisieren, die in die Gewalttat von der Doggerbank verwickelt sind. Redner sagte: „Wir können unsere Empfindung über das, was sich in der Nordsee begeben hat, nicht ertöten und ebensowenig über die Greueltaten, die in Rußland begangen werden. **Die organisierten Judenmetzeleien sind sicher Grund genug, daß wir uns von jedem Vorgehen fernhalten sollten, das so ausgelegt werden könnte, als ob es entweder Befriedigung oder Gleichgültigkeit gegenüber dem, was vorgegangen ist, ausdrücke.** Ich halte es nicht für recht, daß englischen Matrosen zugemutet werden sollte, die Beleidigung hinzunehmen, daß sie mit Leuten zu fraternisieren haben, die so handeln würden, wie der russische Admiral (Roschdjestwensky) und seine Offiziere bei Gelegenheit der Gewalttat in der Nordsee gehandelt haben."

Lord Henlage spricht sein tiefes Bedauern aus, daß die Erinnerung an den Nordsee-Zwischenfall wieder angefacht worden sei; die Fischer an der Küste seien von dem Wunsche beseelt, den Zwischenfall zu vergeben und zu vergessen und ihrer Arbeit in der Nordsee im freundschaftlichen Verkehr mit den Fischern der anderen Nationen weiter obzuliegen. — Lord Muskerry führte aus, er halte die von Lord Jersey gestellte Anfrage für gerechtfertigt. Lord Rumburnhohme hingegen bezeichnet sie als unangebracht.

Hierauf ergreift der Unterstaatssekretär des Aeußern Lord Fitzmaurice das Wort. Er erinnert an den Ausspruch des verstorbenen Lord Derby, daß es eine große Sache sei, zu wissen, daß man das Gebiet der Zwistigkeiten in Europa zu beschränken imstande sei. Das Wort Lord Derbys habe die Beschränkung in räumlicher Hinsicht verstanden, es sei aber von ebenso großer Bedeutung, das Feld der Zwistigkeiten in zeitlicher Hinsicht zu beschränken. Die erwähnten Ereignisse hätten sich vor einiger Zeit zugetragen, sie stellten einen abgeschlossenen Zwischenfall dar, und so bedauerlich sie waren, seien sie doch zweifellos auf Mißverständnis zurückzuführen. Sie seien von den Leuten, die in den durch sie besonders betroffenen großen Gewerbszweigen tätig sind, vergeben worden. Er sei überzeugt, daß die Mehrheit des Parlaments und des englischen Volkes dahin übereinstimme, daß man in dieser Sache das Vergangene vergangen sein lassen solle.

Die Erörterung über den Gegenstand wurde damit geschlossen.

Zu Wasser und zu Lande.

Petersburg, 3. Juli. (B. H.) Die Torpedoflottille erhielt Befehl, die finnländische Küste sowie den Ladogasee zu überwachen und die dortigen Häfen abzupatrouillieren. Diese Maßnahme soll in Zusammenhang stehen mit einer bevorstehenden Reise des Zaren. —

Den Hungernden — blaue Bohnen.

Odessa, 3. Juli. (B. H.) In der Vorstadt Guiliakowa begannen Bauern das Getreide der Gutsbesitzer zu ernten. Vom Gouverneur wurden Kosaken hingeschickt.

Bestiengeheul.

Aus Riga wird uns geschrieben: Der Artikel „Die baltischen Barone an der Henkerarbeit" („Vorwärts" Nr. 133) hat die baltische Junkerpresse ganz aus dem Häuschen gebracht. Die meisten baltischen Blätter haben ihn teilweise abgedruckt, und obgleich sie keine einzige in dem Artikel angeführte Tatsache widerlegen können, wollen sie sich doch in Zukunft gegen die radikale russische und die sozialdemokratische Presse „wehren"! Und zwar schlägt die „Revaler Zeitung" in einem „Wehren wir uns!" überschriebenen Artikel die Zusammenberufung eines deutschen — Journalistenkongresses zu diesem Zwecke vor.

Am meisten ärgern sich die Junker darüber, daß sogar ein Teil der „relativ wohlmeinenden" Blätter „eine bedauerliche Kurzsichtigkeit und Voreingenommenheit" bewiesen hätten, und daß die Berliner Stadtväter ihnen die 10 000 M. nicht mit einer Adresse, in der ihre „kulturträgerische" Tätigkeit in den Ostseeprovinzen lobend erwähnt wäre, übersandt haben! Damit der Berliner Magistrat weiß, wie er die baltischen Junker in Zukunft zu behandeln hat, zitieren wir hier einige Sätze aus der „Rev. Ztg.": „. . . Und die Folgen (der sozialdemokratischen Schreibweise) bleiben nicht aus. Wir haben es soeben bei der Verhandlung der Berliner Stadtverordneten über die Spende für das Hülfskomitee erlebt. Lässig und ungern hat der Berliner Jude schließlich den Beutel aufgetan. **Das Schweigen des Magistrats aber zu allen Angriffen von sozialdemokratischer Seite konnte einem die letzte Freude an diesem Geschenk vergällen."**

Im übrigen sind die Junker wieder einmal unzufrieden mit der russischen Regierung, die nach ihrer Meinung noch immer zu wenig für den Schutz des baltischen Edelgeschlechtes tut. Ihre Blicke richten sich wieder einmal nach — Preußen, von wo im nötigen Augenblick Hülfe erwartet wird. Die „Düna-Zeitung" schreibt: „Wie hat der selige Bismarck 1848 für König und Reich gegen die Volksvertretung gekämpft und auch später, nach 1871; immer und immer fing er die Schläge auf, die die Radikalen, die Zentrumsmänner, die Polen der Regierung beizubringen versuchten. Die Minister müssen, gerade weil sie von der Duma unabhängig sind, auf die Rednertribüne, müssen Reich und Thron vor den Gefahren zu schützen suchen, die beiden vom Unverstand und der Unmäßigkeit der politisch unreifen Duma drohen." Und einige Zeilen weiter: „Der Kriegszustand scheint die Herren Militärs vielfach zu langweilen, die Untätigkeit (!) wirkt erschlaffend, es fehlt die Initiative zu Recherchen." — So schreibt das Blatt in einer Zeit, wo die Kriegsgerichte von Riga, Mitau, Libau, Goldingen und Reval täglich über Dutzende von Arbeitern Todesurteile fällen, wo täglich Männer und Frauen mißhandelt und ohne Verhör erschossen werden!

Eben sind wieder zwei Knechte im Kreise Tuckum erschossen worden, und der Kreischef Brödrich hat in Zierau (Kurland) mehrere Personen prügeln lassen, um zu erfahren, wer sich an der Plünderung der Schlösser im vorigen Jahre beteiligt habe. Immer wieder bringt dieselbe „Düna-Zeitung" Nachrichten über „auf der Flucht" erschossene Personen nach folgendem Schema („Düna-Ztg." Nr. 133): „In der vorigen Woche wurden drei Personen, die in starkem Verdachte standen, verhaftet. Zur Konfrontation wurden sie unter Bedeckung nach K. eskortiert. Unterwegs versuchten sie zu entkommen und wurden vom Militär erschossen."

Das ist die einfachste Art und Weise, sich ohne Kriegsgericht der „verdächtigen" Personen zu entledigen. Dies wurde zur Genüge während der Verhandlungen im Prozesse der „36" vom Verteidiger Sokolow nachgewiesen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juli.

Aus dem preußischen Landtage.

Das **Herrenhaus** hat am Dienstag die Beratung des Schulunterhaltungs-Gesetzes fortgesetzt. Der von der Kommission neugeschaffene § 23a, der den Gemeinden verbietet, ohne Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde das für Volksschulzwecke bestimmte unbewegliche Vermögen diesen Zwecken zu entziehen, wurde abgelehnt. Damit ist wohl der wichtigste Differenzpunkt zwischen den beiden Häusern des Landtages aus der Welt geschafft. Man irrt jedoch, wenn man glaubt, daß die Ablehnung des § 23a einen Widerspruch des Herrenhauses gegen die in jener Bestimmung liegende Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden bedeutet, man läßt diese Frage einfach unentschieden und überläßt es dem Gutdünken der Regierung, zu handeln, wie sie will. Wenn auch jene Bestimmung auf dem Papier beseitigt ist, in der Praxis wird die Regierung nach wie vor das Verfügungsrecht über die von den Gemeinden bezahlten Schulgebäude für sich in Anspruch nehmen.

Gegen den Widerspruch der Regierung beschloß das Haus, die in § 23 vorgesehene Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zu dem Verteilungsplan des Kreisausschusses in bezug auf die Schullasten zu streichen. Die Regierung bezeichnete den Antrag als unannehmbar. Natürlich wird der Landtag das Gesetz daran nicht scheitern lassen, es wird bis Ende der Woche noch eine Verständigung über diese Streitfrage gefunden werden.

Die Bestimmungen über die konfessionellen Verhältnisse wurden nach unwesentlicher Debatte in der Kommissionsfassung genehmigt.

Am Mittwoch soll die Beratung zu Ende geführt werden. Dann hat das Abgeordnetenhaus zu den Beschlüssen des Herrenhauses Stellung zu nehmen.

Das Abgeordnetenhaus nahm zunächst einstimmig die Staatsverträge mit Braunschweig und Bremen zur Regelung der Lotterieverhältnisse an. Hiernach gehen die Staatslotterien von Braunschweig und Bremen am 1. Juni 1909 ein und an ihre Stelle tritt die preußische Staatslotterie. Braunschweig erhält als Entschädigung von Preußen fünf Jahre lang eine Rente von je 475 000 M. und dann $^{9}/_{100}$ des der preußischen Staatskasse aus der Staatslotterie verbleibenden Ueberschusses, Bremen zwei Jahre lang je 75 000 M. und dann eine Rente, die im Verhältnis zu der im Bremer Gebiet abgesetzten Loszahl bemessen wird. In der Debatte wurde von der Regierung und von verschiedenen Mitgliedern des Hauses scharf gegen den Serienloseschwindel vom Leder gezogen. Wie der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben ankündigte, plant die Regierung, auf dem Wege der Gesetzgebung durch das Reich oder den Staat den kleinen Mann vor den Gefahren zu schützen, die ihm aus dem Vorgehen mancher Loshändler drohen. Zunächst will die Regierung abwarten, welchen Ausgang die gegen einige Lotteriekollekteure angestrengten Prozesse nehmen.

Ferner nahm das Haus in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf zur Deklarierung des Kommunalabgabengesetzes an. Der Entwurf erklärt es für zulässig, die Gebührensätze beim Grundbesitz nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit bis zur gänzlichen Freilassung abzustufen und einzelne Grundstücksarten oder Besitzgruppen mit verschiedenen Sätzen zur Steuer heranzuziehen.

Im übrigen erledigte das Haus Denkschriften und Petitionen ohne allgemeines Interesse. —

Preußen in Deutschland voran!

Am 26. Juni d. J. wurde vom Kriegsgericht zu Brandenburg a. d. Havel der Gefreite Hermann Müller von der 9. Kompagnie Füsilier-Regiments Nr. 35 zu 28 Tagen mittleren Arrests und Entfernung von der Gefreiten-Charge verurteilt. Müller war am 31. Mai 1906 beim Schulschießen zum Anzeigen in die Deckung des Scheibenstandes kommandiert und hat dort, wie er in der Untersuchung angegeben hat, um seinen Kameraden den Pfingst-Urlaub nicht zu verderben, das Resultat mehrerer schlecht sitzenden Schüsse durch falsches Anzeigen verbessert.

Zu bemerken ist, daß Müller ein unbestrafter und bei seinen Vorgesetzten angesehener Soldat war. Diesem Umstande hat er es wohl auch nur zu danken, daß er mit 28 Tagen Arrest davonkam. Denn der § 139 des Militär-Strafgesetzbuches sieht für die vorsätzlich unrichtige Abstattung dienstlicher Meldungen Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu drei Jahren, in minderschweren Fällen Arrest oder Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten vor.

Dieses Urteil bildet in der großen Kette militärgerichtlich festgesetzter Strafen kein besonders hervorstechendes Glied. Die drakonische Strenge der durch die Arbeiterpresse ja sattsam bekannt gewordenen Militärgerichtsurteile hat selbst den dem Heere Fernstehenden bereits so abgestumpft, daß von einem Militärgericht gar nichts anderes mehr erwartet wird.

Dieser Fall gibt jedoch besondere Gelegenheit, einen Blick auf den so erzieherischen Wert der Militärdienstzeit zu werfen und gleichzeitig den Beweis zu führen, wie schlecht es an leitender Stelle bestellt ist mit der Absicht oder der Fähigkeit, die zu Mißhandlungen führenden Schäden aus der Armee zu beseitigen. Im Jahre 1905 wurden auf Grund des in diesem Urteile angezogenen § 139 Militär-Strafgesetzbuch laut der von der Militäranwaltschaft des Reichsmilitärgerichts gemäß Bundesrats-Beschluß vom 5. April 1904 aufgestellten Kriminalstatistik für das deutsche Heer 105 Bestrafungen im deutschen Reichsheere vorgenommen gegen 104 Bestrafungsfälle im Jahre 1904.

In Anbetracht der Schwierigkeit, derartige Vergehen den Soldaten nachzuweisen, sind die angegebenen Zahlen als nicht unbedeutend zu erachten und diesen Vergehen ist eine gewisse symptomatische Bedeutung nicht abzusprechen.

Der Hauptzweck der stehenden Heere, die Macht der Fürsten und in neuerer Zeit der Bourgeoisie zu festigen, bringt die übermäßig scharfe und noch dazu falsch angewandte Disziplin mit sich, diese wiederum zwingt die eigentliche Ausbildung der Soldaten infolge der auf die Erziehung zur Disziplin vergeudeten Zeit in ein enges Schema. Der Drill vollzieht sich je nach deren Dienstzweig mehr oder weniger maschinenmäßig oder nach Schema F. Die einzelne Person taucht vollständig dabei unter. Der höhere Vorgesetzte sieht in einer zu beurteilenden oder zu inspizierenden Truppe nicht eine Schar sehr verschieden leistungsfähiger, aber doch zusammen arbeitender Menschen, sondern nur die geschlossene Körperschaft, die Kompagnie, das Bataillon usw. Er beurteilt und prüft die Leistungsfähigkeit und den Ausbildungsgrad der Truppe als geschlossenes Ganzes und schließt hiernach auf die erzieherische Tüchtigkeit und Fähigkeit ihres Führers, der gleichzeitig ja auch der Lehrer ist. Der Kompagniechef, dessen Lebensschicksal, wenn er an der Majorsecke bald angelangt ist, von derartigen Urteilen und Schlüssen seiner Vorgesetzten abhängig ist, versucht nun, die von dem herrschenden System unlösbare Sucht, der eigenen Truppe einen möglichst glänzenden Schein nach außen hin zu geben, auf seine Unteroffiziere überzuimpfen. Beim Schießdienst kommt hinzu der Wettbewerb um den Kaiserpreis und anderes mehr, was zwischen den Kompagnien eines jeden Armeekorps auszufechten ist. Es treibt auch hier ein Keil immer den anderen.

Wenn nun ein sogenannter guter Soldat, welcher noch an das Märchen von der großen Familie glaubt, die die Kompagnie mit dem „Alten" an der Spitze darstellt, eingesehen hat, daß infolge fortgesetzten schlechten Schießens mehrerer von der Natur nicht gut begabter Kameraden die ganze Kompagnie längere Zeit keinen Urlaub bekommen hat, daß die täglichen Dienststunden ausgedehnt werden, Vergünstigungen aber seltener werden, ist es vom menschlichen Standpunkte doch mindestens begreiflich, wenn der betreffende auf Abhülfe sinnt.

Eine zu verwerfende Sitte ist ferner, daß man Soldaten, welche schlecht geschossen haben, den Feiertagsurlaub entzieht. Denke man sich nun in die Lage eines anzeigenden Gefreiten hinein, welcher vielleicht die Worte des Hauptmanns: „Wer schlecht schießt, bekommt keinen Urlaub" gehört hat, der schon so manche Stunde mehr um des schlechten Schießens anderer wegen hat Dienst tun müssen, dem aus demselben Grunde so mancher Abendurlaub entgangen ist, so liegt die Versuchung nur zu nahe, durch die Aufbesserung der allgemeinen Schießresultate der „großen Familie" einen bedeutenden Dienst zu erweisen.

Daß die maßgebenden Stellen sich in diesen Gedankengang hineinzudenken versuchen und sich mehr auf das Gebiet der Verhütung wie der Bestrafung von Vergehen und Verbrechen legen werden, daran ist in einem Heere, dessen eigentlicher Zweck ja am 21. Januar d. J. unzweideutig dargetan worden ist, natürlich nicht zu denken.

Die Bestrafung spielt überhaupt in der „erzieherischen" Tätigkeit des stehenden, ganz besonders aber des preußischen Heeres eine bedeutende Rolle. Hierfür einige beweisende Zahlen. Die Zahl der im deutschen Reichsheer bestraften Soldatenmißhandler (§§ 122 und 123 M.-Str.-G.-B.) betrug im Jahre 1904: 669, im Jahre 1905: 433. Wegen militärischer Verbrechen wurden insgesamt im Reichsheere gerichtlich bestraft 1904: 9012 Personen, 1905: 8176 Personen. Die Zahl der gesamten bestraften Personen wie der bestraften Mißhandler ist also noch weiter oben genannter Statistik, wie der Kriegsminister auch schon im Reichstage ausgeführt hat, tatsächlich gefallen (was jedoch aus den bekannten Gründen nicht viel beweist).

Sehen wir uns einmal die Verhältniszahlen der Bestrafungen in Preußen gegen die der süddeutschen Staaten an.

Preußen mit seinen 19 Armeekorps hat im Jahre 1905 aufzuweisen	
bestrafte Personen überhaupt	6542
wegen Mißhandlung bestrafte Vorgesetzte . . .	360
Bayern mit 3 Armeekorps	
bestrafte Personen überhaupt	926
wegen Mißhandlung bestrafte Vorgesetzte . . .	29
Sachsen mit 2 Armeekorps	
bestrafte Personen überhaupt	495
wegen Mißhandlung bestrafte Vorgesetzte . . .	27
Württemberg mit 1 Armeekorps	
bestrafte Personen überhaupt	213
wegen Mißhandlung bestrafte Vorgesetzte . . .	17

Es entfallen nach dieser amtlichen Statistik an wegen militärischer Vergehen gerichtlich bestraften Personen auf je ein Armeekorps

in Preußen	344,3 Personen
in Bayern	308,6 „
in Sachsen	247,5 „
in Württemberg	213,0 „

Die Zahl der wegen Mißhandlung bestraften Vorgesetzten beträgt auf das Armeekorps berechnet

in Preußen	18,9
in Bayern	9,6
in Sachsen	13,5
in Württemberg	17,0

Es stimmt: „Preußen in Deutschland voran!"

* * *

Deutsches Reich.

Eine Perle des Reichsverbandes.

Als Agitator des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" spielte bei den letzten Wahlkämpfen in Hannover der Herr Bergarbeitersekretär Gustav Ermert aus Waldenburg-Schlesien eine hervorragende Rolle. Er war es, der am selben Abend, als Bebel in Hannover redete, einen Vortrag über das Thema: „Was bietet die Sozialdemokratie den schaffenden Ständen unseres Volkes?" halten wollte, leider aber auf dieses Vorhaben verzichtete, weil merkwürdigerweise die Beleuchtung des Saales nicht funktionierte. Nach der Versicherung der „Korrespondenz des Reichsverbandes" sollten damals ruchlose Hände die Gasleitung zerstört haben und zwar deshalb, weil Herr Ermert „den Obergenossen Brey, Leinert und Rauch gut, nur zu gut bekannt" sei und deshalb diese nicht gewagt hätten, der Kapazität des Reichsverbandes öffentlich entgegenzutreten. Tatsächlich dürfte sich jedoch Herr Ermert geniert haben, in Hannover öffentlich aufzutreten, denn dieser würdige Vertreter des Reichsverbandes hat eine höchst eigenartige Laufbahn hinter sich. Die „Bergarbeiter-Ztg." weiß darüber zu berichten:

Gustav Ermert, heute wohlbestallter Generalsekretär des reichstreuen Knappenvereins von Niederschlesien mit einem Jahresgehalt von 5000 M. und Reisespesen, ist noch vor einigen Jahren ein armer Erzbergmann im Siegerland gewesen. Er hat sich in wenigen Jahren „glänzend entwickelt", so daß er heute einer der Hauptwanderredner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, wo er ebenfalls eine zeitlang als Sekretär mit einem Jahresgehalt von 3000 M. angestellt war. Bei der Reichstagsnachwahl in Essen war Ermert vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie für eine Agitationstour ins Ruhrrevier angekündigt, erschien aber nicht, weil er jedenfalls einen Zusammenstoß mit den Leitern des Bergarbeiterverbandes befürchtete, der für ihn nicht angenehm sein konnte, aber am Niederrhein hat er damals gewirkt und jetzt wieder bei der Reichstagswahl in Hannover. Zur Reichstagsnachwahl in Jena-Eisenach erschien er ebenfalls vom Reichsverband entsandt, als

Drachenlöter auf dem Kampfplatze und verzapfte gegen die Sozialdemokratie die ungeheuerlichsten Gemeinheiten, und als Kollege Leber-Jena diese Gemeinheiten zurückwies, lief „Ehren"-Ermert nach dem Kadi, und Leber wurde wegen Beleidigung des Reichsverbändlers mit 50 M. bestraft. . . .

Aehnlich der Entwickelung des Herrn Max Lorenz ist auch der Werdegang der neuen Größe zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Am 1. Oktober 1902 traten aus dem unter R. Breidebachs Leitung stehenden „christlichen Verein der Berg-, Hütten- und Metallarbeiter" etwa 6000 Mann zum „christlichen" Zechengewerkverein unter August dem Starken (August Brust) über. Diesem Verein gehörte Ermert an und war zweifellos einer seiner befähigsten Mitglieder, weshalb man ihn auch auf Kosten des Zechengewerkvereins nach M.-Gladbach in die jesuitische Drillanstalt schickte. . . . Um dieselbe Zeit ging man auch zur Gründung eines Konsumvereins für die siegerländischen Berg- und Hüttenarbeiter über und wurde Ermert mit der Leitung dieses Vereins betraut. August der Starke erlebte wenig Freude an seinen Siegerländer Untertanen, denn schon auf der Generalversammlung des Zechengewerkvereins 1903 in Dortmund kam es zu Reibereien zwischen den Siegerländern und Brust. . . . Die Rebellion wurde geleitet von Ermert, Will, Schneider und Laus, jedoch war Ermert der geistige Leiter derselben. . . .

Ermert war es, der unaufgefordert an uns (den Bergarbeiterverband) das ganze Material geschickt hat, womit wir Brust zusetzten. Von Ermert erhielten wir die Geheimzirkulare, von ihm erhielten wir interne Vorgänge aus Vorstandssitzungen des Gewerkvereins — zwar von Will geschrieben. Der Fuchs suchte bei diesem Verrat seine Spuren zu verwischen, . . . —

Durch die Streitigkeiten mit Brust hatte auch der unter Leitung Ermert stehende Konsumverein sehr zu leiden und geriet in Zahlungsschwierigkeiten. Deshalb wandte sich der „Verbandsfreund" und „Pseudosozialist", der heutige Reichsverbändler Ermert, in einem Schreiben am 8. April 1904 an den „sozialdemokratischen" Verband um ein Darlehen von 20 000 Mark. Würde das Darlehen gewährt, schrieb er, würde das zur Förderung dieses und auch ihres Verbandes bedeutend beitragen, oder mit anderen Worten, es sollte zur Verschmelzung der Siegerländer mit dem Verbande führen. Das Darlehen mußten wir ablehnen, und damit war die Ermertsche „Freundschaft" zu Ende.

Im September 1904 „legte" Ermert die Leitung des von ihm geschaffenen Konsumvereins plötzlich „nieder". Mehrfach hatte er seine Befugnisse überschritten und lebte mit seinen Kollegen in ständiger Feindschaft, suchte einige hinauszubeißen, bis er selbst „hinausgebissen" wurde. An die Lieferungsfirma Wallbrecht-Düsseldorf — vielleicht auch noch an andere — hatte er das Ersuchen gestellt, ihm von den bezogenen Waren Provision zu gewähren, dann wollte er der Firma alle Aufträge zukommen lassen . . .

Auf Protektion Stöckers wurde er dann als Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit 3000 Mark Jahresgehalt angestellt und zog als Wanderredner mit Stöckerware und M.-Gladbacher Zitaten zur Vernichtung der Arbeiterpartei und -bewegung durchs Land der Gottesfurcht und frommen Sitte. Später verschafften seine Freunde ihm eine noch bessere Stellung beim Fürsten Pleß, wo er jetzt „königstreue Meinung" auf fürstlichen Wunsch macht.

Das ist die große Ordnungsstütze des „Reichsverbandes", die jetzt in dessen Diensten für die „vaterländischen Ideale" und die höhere Gesittung kämpft. Eine feine Akquisition für den Reichsverband! —

Stöckerblätter über Göbel-Böbiker.

Die Stöckerblätter „Das Reich" und die „Staatsbürger-Zeitung" behaupten, „als Herr Böbiker noch im Amte war, ist es den Sozialdemokraten gar nicht eingefallen, ihm Gerechtigkeit, Wohlwollen und Menschenliebe nachzurühmen. Solche Tugenden entdeckt der „Vorwärts" immer erst am politischen Gegner, wenn er die Anerkennung als Folie braucht, um andere desto stärker herabzusetzen." Es ist zwar nicht notwendig, ausführlich darzulegen, daß das, was die Stöckerblätter behaupten, unrichtig ist: die Tatsache, daß die Stöckerblätter etwas behaupten, ist in der Regel schon hinreichend Beweis dafür, daß das Gegenteil ihrer Behauptung wahr ist. Indes ist von Zeit zu Zeit ein Beweis für die Verdrehungen der Wahrheit durch die Stöckerorgane am Platze. Es sei deshalb kurz gebracht. Es genüge da an einige Tatsachen zu erinnern. Der „Vorwärts" ist dem Wirken des Dr. Böbiker stets gerecht geworden. Auch als Böbiker im Winter 1896 amtsmüde wurde, weil der Ernst, mit dem er die Aufgabe seines Amtes behandelte, mit dem Widerwillen der maßgebenden Kreise gegen soziale Reformwerke unvereinbar war, hat der „Vorwärts" wiederholt die Verdienste Dr. Böbikers betont. So schrieb er am 1. Juni: „Mag auch an der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts so manches auszusetzen sein, soviel steht fest, daß mit Dr. Böbiker sein „guter Geist" von dort scheidet. Der Mann hat sich unzweifelhaft hervorragend verdient gemacht, nicht nur als Chef eines großen Verwaltungsapparates und als Richter, sondern auch um die internationale Verbreitung des Gedankens der Arbeiterversicherung. Daß wir in der Wertung des Versicherungswesens seinen Optimismus nicht teilen, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Es hindert uns das aber nicht, ihm die verdiente Anerkennung zu zollen." Als das Abschiedsgesuch Böbikers genehmigt war, schrieben wir u. a. am 18. Juni 1897: „Dr. Böbiker hat, soweit es innerhalb der Dürftigkeit unserer Versicherungsgesetzgebung möglich war, einen wohltuenden sozialpolitischen Einfluß ausgeübt. Er hat das Reichs-Versicherungsamt mit vorurteilsfreiem Geiste geleitet und zu einem Institut entwickelt, das wohl allein unter allen sozialpolitischen Einrichtungen des Reiches auch das Vertrauen der Arbeiterschaft sich zu gewinnen versucht und verstanden hat.

Hierin aber liegt auch der letzte Grund für sein Scheiden. Sein Verständnis für die Lage des Arbeiters ließ ihn die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes so beeinflussen und die Ausgestaltung des Versicherungswesens in solcher Weise befürworten, daß ihm von gewissen Unternehmer- und Regierungskreisen allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, so daß ihm schließlich sein Amt eine Bürde wurde und er sich von dem Werke, an dessen Ausgestaltung er den hervorragendsten Anteil hatte, zu trennen genötigt fühlte.

Nicht als ob Dr. Böbiker ein sozialpolitischer Neuerer und Stürmer gewesen wäre. Aber für unsere Tage, für den Kurs Miquel-Tirpitz sind selbst solch' mäßige Sozialpolitiker nicht zu ertragen!"

Aehnliche Anerkennungen des Wirkens des Dr. Böbiker könnten wir aus dem „Vorwärts" noch vielfach zitieren. Es sei auch an die von Arbeitervertretern dem Dr. Böbiker ausgedrückten Wünsche erinnert, im Amt zu verbleiben, und an die Worte, die der Arbeitervertreter Schlosser Gutheit an Dr. Böbiker bei seinem Abschied richtete. Er führte u. a. aus: „Wenn wir Arbeiter unserem Präsidenten auch keine Ehrenzeichen und Adressen überreichen können, so kann ich doch versichern, daß der Name des Präsidenten Dr. Böbiker in den Herzen aller deutschen Arbeiterfamilien einen guten Platz hat und behalten wird". Man vergleiche mit diesen Tatsachen das oben wieder gegebene Lügenragout der Organe des Herrn Stöcker. Wann endlich wird eins dieser von christlicher Liebe überfließenden Blätter mal der Wahrheit die Ehre geben?

Genossin Luxemburg ist, wie wir in Ergänzung unserer gestrigen Notiz mitteilen können, nicht ohne weiteres, sondern gegen eine Kaution von 3000 Rubel auf freien Fuß gesetzt worden, und zwar unter der Bedingung, daß sie Warschau nicht verlassen darf. —

Der „Reichsverband" in Sachsen.

Die Korrespondenz des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" brachte kürzlich einen Artikel: „Der Kampf gegen die Sozialdemokratie im Königreich Sachsen". Diesen Artikel hat der Reichsverband als Sonderabdruck an bekannte Namen in Sachsen verschickt mit einem Zirkular, in dem es heißt: „Wir hoffen, daß die als Schlußsatz ausklingende Mahnung des betreffenden Artikels auch in Ihnen einen treuen Kämpen findet, der jede Gelegenheit benutzt, dem Reichsverband Männer mit vaterländischer Gesinnung zuzuführen. Nur durch eine kraftvolle Gegenorganisation sind der Sozialdemokratie zur Reichstagswahl 1908 Mandate abzuringen."

Viele Industrielle, Handelshäuser usw. haben ihren Angestellten die beigelegte Zeichnungsliste unterbreitet, ohne allerdings den gewünschten Erfolg zu haben, denn vielfach sind die naiven „Brotherren" glatt abgeblitzt.

Den Adressaten ist auch eine Karte folgenden Inhaltes zur Unterschrift vorgelegt worden:

1. Ich übernehme es, die mir übersandte Zeichnungsliste meinem Bekanntenkreis zugänglich zu machen und dann zurückzusenden.

2. Ich bin bereit, an den Bestrebungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mitzuwirken und empfehle Ihnen, sich auch an folgende Herren zu wenden:

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Unterschrift: — — — — — — Wohnort: — — — — — —

Der in dem Zirkular erwähnte Schlußsatz des Sonderartikels heißt:

„Wir bitten daher unsere Mitglieder im Königreich Sachsen, möglichst umgehend, jedenfalls aber noch im Laufe des Sommers, alle ihre persönlichen Beziehungen dem Reichsverbande zur Verfügung stellen zu wollen, damit wir spätestens im Herbst überall dort, wo dies seitens der örtlichen vaterländischen Vereine noch nicht geschehen ist, mit der Schaffung kräftiger Gegenorganisationen gegen die Sozialdemokratie in großzügiger Weise beginnen können."

Danach scheint sich der Reichsverband vornehmlich Sachsen als Angriffsgebiet für die nächsten Reichstagswahlen ausersehen zu haben. Unsere sächsischen Genossen werden darauf die Antwort finden. —

Sie lecken wider den Stachel. Aus Frankfurt a. M. meldet ein Telegramm: Der Ausschuß der Freisinnigen Südwestdeutschlands hat in einer vorgestern hier abgehaltenen Sitzung die Stellungnahme der Darmstädter vereinigten Liberalen sowohl zur Haupt- wie zur Stichwahl, wo mit freisinniger Hülfe der sozialdemokratische Kandidat über den nationalliberal-agrarischen siegte, einstimmig gebilligt. Ebenso wurde das Verhalten des Berliner Zentralausschusses der Freisinnigen Volkspartei und der Berliner Parteipresse rückhaltlos verurteilt. —

Hannovers Rettung.

Der Vorstand der deutschen Mittelstandsvereinigung hat endlich herausgefunden, weshalb es nicht gelungen ist, den Wahlkreis Hannover der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagsnachwahl abzunehmen. Es fehlte nämlich der geeignete Mittelstandskandidat, und um diesem Uebel abzuhelfen, hat die Mittelstandsvereinigung beschlossen, für die nächste Reichstagswahl in Hannover einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Wie der „Hannov. Courier" zu berichten weiß, geht man dabei von der Ansicht aus, daß die Vorgänge bei der letzten Wahl wieder von neuem gezeigt haben, daß es unmöglich ist, einem Kandidaten der beiden hier in Betracht kommenden Parteien zum Siege zu verhelfen, weil es nicht möglich scheint, die Gegensätze so weit zu überbrücken, daß diese beiden Parteien sich gegenseitig ausreichend unterstützen würden, falls der eine oder andere ihrer Kandidaten mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl käme. Die Aufstellung eines Mittelstandskandidaten, der beiden Parteien keine Angriffsfläche böte, würde somit der einzige Weg sein, um einen Sieg über die Sozialdemokraten herbeizuführen.

Wir haben absolut nichts dagegen, wenn die Mittelstandsvereinigung ihren Beschluß ausführt und 1908 neben den verschiedenen anderen Einigungskandidaten auch ihrerseits noch ein Exemplar dieser Gattung aufgestellt. —

Klassenscheidung. Genosse F. S. wendet sich in der „Magdeb. Volksst." in Replik gegen unsere letzten Ausführungen zur Frage der Klassenscheidung. Anerkennenswerterweise verzichtet er diesmal auf polemische Wippchen.

F. S. wünscht zunächst unser Zugeständnis, daß „nicht bloß in der Industrie und der Landwirtschaft, sondern auch im Handel und Verkehr, im häuslichen Dienst, der Schankwirtschaft, selbst im Zivildienst und den freien Berufen der Hauptteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit von proletarischen Elementen geleistet wird". Bis zu einem gewissen Grade können wir das gern zugeben. Auch die proletarischen Elemente dieser Kategorien werden wir allmählich zum Klassenbewußtsein erziehen und für uns gewinnen können, auch wenn, wie jedem Partei- und Gewerkschaftspraktiker bekannt ist, gerade die Gewinnung dieser Proletarierschichten außerordentliche Schwierigkeiten bietet. Aber das spricht doch nur für unsere Argumentation!

Weiter meint F. S., die Partei müsse „den Klassenkampf nicht bloß schärfer betonen, sondern ihn auch viel energischer als bisher führen". Wir würden auch da F. S. unbedingt beipflichten, wenn wir eine klare Vorstellung davon hätten, was er unter dem schärferen Führen des Klassenkampfes versteht. Denn wenn er darunter den äußeren wie inneren Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation und Presse, die prinzipielle Führung dieses Kampfes in den Parlamenten, in der Presse und in Versammlungen verstünde, so hätte er doch alle Ursache, unserer Meinung zu sein. Wir glaubten nun, er verspreche sich von einer sofortigen Anwendung des politischen Massenstreiks größere Erfolge. Machte er dem „Vorwärts" doch zum Vorwurfe, daß er „das Thema des Massenstreiks so überaus vorsichtig und ganz von der Ferne her behandelt" habe. Aber auch da will F. S. mißverstanden worden sein. Sagt doch F. S. in seiner Replik:

„Die sofortige Proklamierung des Massenstreiks könnte nur ein Tor fordern. Heute handelt es sich nur darum, jenen beharrlichen, rastlosen, sich ständig steigernden Klassenkampf um ein bestimmtes Ziel zu führen, der schließlich, wenn dieses Ziel auf andere Weise nicht zu erreichen ist, zu einer äußersten Kraftanstrengung des Proletariats, zum Massenstreik, führen muß. Wir müssen nicht „den politischen Massenstreik sofort proklamieren", wohl aber müssen wir die Kraft erwerben, die zur Führung einer solchen gewaltigen Aktion notwendig ist."

Auch dagegen haben wir nichts einzuwenden. Nur scheint uns gerade, als ob durch scharfe Betonung des Klassenkampfstandpunktes, durch Kräftigung der proletarischen Organisationen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete und durch Erfüllung beider Organisationen mit echt sozialistischem Geiste die besten, ja die einzigen Vorbedingungen für die Anwendung des politischen Massenstreiks gegeben wären!

Aus Baden schreibt man uns:

Die Zweite Kammer nahm am Montagabend die Novelle zum Elementargesetz (Volksschule) einstimmig an. Das bedeutet einen parlamentarischen Kotau der Volkskammer vor dem Trutz der Regierung, wie er im Leben eines konstitutionellen Staates liberaler Observanz ohne Beispiel ist. Die Bürgerlichen — Liberale und Schwarze — der Zweiten Kammer hatten, vom Zentrum getrieben, den heißen Wunsch der Volksschullehrerschaft, die Einreihung in den Gehaltstarif des Staatsbeamtentums, trotz der Wahlversprechungen nicht mehr unterstützt gegen das Veto der Regierung. Aber in der gesetzlichen Festlegung sonstiger Verbesserungen (neben Vergünstigungen für die Lehrerinnen, namentlich die Entlastung der Landgemeinden von den ihnen widerwärtigen Beiträgen zu Gehaltserhöhungen der Lehrer) zur Vorbereitung der Staatsvolksschule hatte die Erste Kammer eine Fassung herbeigeführt, welche in der vorigen Woche die vollständige Solidarität beider Häuser des Landtages erzielte.

Da erhob die Regierung — wegen eines Kostenpunktes sehr geringer Art — Widerspruch und drohte mit Zurückziehung der Vorlage. Mutig wichen die großen bürgerlichen Parteien vor dem blechernen Donner des Kultusministers zurück und apportierten ihm am 2. Juli die Schulvorlage in der von oben befohlenen Form. Jetzt ereignete es sich, daß die 4 Konservativen der Zweiten Kammer sich mit den 12 Sozialdemokraten zur Bekämpfung der volksschulfeindlichsten Bestimmung vereinigten und für die Staatsbeiträge — die für die Regierung unannehmbare Bestimmung — eintraten. Vergebens! Weil aber den Lehrern, besonders den sehr alten Volkserziehern, ein für die Pension geltendes Gehaltsmaximum von 2800 Mark als Verbesserung gewährt wird, stimmten schließlich auch die Sozialdemokraten für das Gesetz. Unsere Volksschullehrer — das wurde angekündigt — beginnen den Kampf aufs neue bis zum Sieg.

Zur Lage in Südwestafrika.

Die „Staatsbürger-Ztg." gibt folgende Stelle eines ihr zur Verfügung gestellten Briefes aus dem Süden des Schutzgebietes wieder:

„In den Karrasbergen ziehen sich neuerlich Banden von Hottentotten zusammen. Und dabei sind die dort stehenden Kolonialtruppen aus vielen Gründen zur Untätigkeit verurteilt, weil ihnen alles das fehlt, was sie brauchen, da die Zugochsen in steigendem Maße versagen und hinsterben, im besten Falle die Ochsengeschirre zu spät eintreffen. Es fehlt der Truppe daher alles, was sie braucht, so unter anderem der Sauerstoff für die Signalapparate, aber auch alles Nötige zum Leben. In dieser Weise kann es kaum weitergehen. Immer diese Hungerleiderei. Alkohol oder Fruchtsaft gibt es im Süden schon längst nicht mehr, Schwefelhölzer und Tabak sind seit Monaten nicht mehr geliefert worden. Den Leuten fehlen Stiefel und Wäsche. Und dabei werden die Nächte immer kälter."

Das edle Antisemitenblatt nimmt diese trostlose Schilderung zum Anlaß, auf den Reichstag zu schimpfen, weil er noch immer nicht skrupellos genug das Geld für „strategische" Bahnen durch die südwestafrikanische Sandwüste zum Fenster hinaus zu werfen gewillt sei. Es reizt dabei die Regierung zur Etatsverletzung durch die Bemerkung auf, daß Kriege nun einmal nicht etatsmäßig geführt werden könnten! —

Ausland.

Oesterreich.

Nur deswegen?

Aus **Wien** wird uns vom 30. Juni geschrieben:

An eine ungenaue Meldung des amtlichen Telegraphen (daß der Abgeordnete Ellenbogen erklärt habe, „die Sozialdemokraten würden wegen der unklaren Haltung der Regierung in der Wahlreformvorlage gegen das Budget stimmen") knüpft die Redaktion des „Vorwärts" die Frage: „Nur deswegen?" Deshalb sei wiedergegeben, was Genosse Ellenbogen tatsächlich erklärt hat. Er sagte:

„Es ist gewiß, daß, abgesehen von unserem prinzipiellen Standpunkte, ich möchte sagen, von unserem Standpunkte der Weltanschauung oder, sagen wir, des Klassengegensatzes, der uns schließlich bewegt, in unserer oppositionellen Stellung zu verharren, es in erster Linie die Stellung der Regierung zur Wahlreform ist, die unser Verhalten zu ihr bestimmt. Wenn der Abgeordnete Kaiser vor einigen Tagen im Budgetausschusse im Tone einer, wie mir scheint, etwas gemachten Erregung uns vorwarf, daß wir eigentlich verpflichtet wären, der Regierung des Freiherrn v. Beck das Budget zu bewilligen, so ist diese Anschauung entweder einer unbewußten Torheit oder einer absichtlichen Verdrehung der Tatsachen entsprungen, und zwar einer Verdrehung, wenn ich bei dem letzteren bleiben will, in der Hinsicht, daß der Herr Abgeordnete die Dinge so darstellt — es ist das ein Bestreben seit langer Zeit —, als ob die Regierung die Wahlreform uns zuliebe, den Sozialdemokraten, den Arbeitern zuliebe, gemacht hätte. Weder der Herr v. Gautsch, noch der Prinz Hohenlohe, noch Seine Exzellenz Freiherr v. Beck schaffen die Wahlreform den Sozialdemokraten zuliebe."

Und am Schlusse erklärte er:

„Aus all diesen Gründen wegen der nicht klaren — oder wenigstens nicht so klaren, wie es wünschenswert wäre — Haltung der Regierung in der Frage der Wahlreform, abgesehen von dem von mir schon betonten klassengegensätzlichen Standpunkt, den wir jeder bürgerlichen Regierung gegenüber einnehmen, erkläre ich, daß ich und meine Parteigenossen gegen das Budgetprovisorium stimmen werden."

Daß die Politik der österreichischen Sozialdemokratie in diesem Augenblick hauptsächlich die Wahlreform im Auge hat, ist im übrigen so selbstverständlich, daß es keiner Erklärung bedarf. —

Frankreich.

Kriegskosten und Friedenskosten.

Paris, 2. Juli. (Eig. Ber.)

In der „Humanité" zieht heute Genosse Jaurès einen interessanten Vergleich zwischen den militärischen Ausgaben Frankreichs in den Kriegsjahren 1870 und 1871 und dem heutigen Heeresbudget. 1870 betrugen die Ausgaben für Heer und Marine 1549 Millionen, 1871 1414 Millionen. Für das Jahr 1906 aber werden 1800 Millionen in Anspruch genommen! „Man kann also sagen", so schließt Jaurès, „daß wir heute für Armee und Marine soviel ausgeben, als ob wir alle zwei Jahre einen Krieg wie den von 1870 und 1871 zu führen hätten. Das ist wirklich der Krieg in Permanenz. Jaurès weist darauf hin, daß das erste Opfer dieses Zustandes die arbeitende Klasse sei, da für die Sozialreform kein Geld übrig bleibe. Herr Poincaré will auf ihre Kosten sparen. Andererseits gibt Poincaré, wenngleich nicht offen, zu erkennen, daß das Wachstum der militärischen Ausgaben die wahre Gefahr für die französischen Finanzen ist. Der doppelten Feindschaft der Linken und der Rechten, die er so auf sich herabbeschwört, wird er nicht lange widerstehen, und nach ihm werden alle Finanzminister unterliegen, die sich nicht für die Ideen der Zukunft entscheiden können. —

Zollkrieg zwischen Frankreich und Spanien.

Paris, 1. Juli. (Eig. Ber.)

Zwischen Frankreich und Spanien herrscht in gewissem Sinne seit heute ein Zollkrieg. Da das spanische Ministerium darauf bestand, gegen Frankreich den neuen, elastischen schutzzöllnerischen Zolltarif in seiner vollen Schärfe anzuwenden, hat die französische Regierung den modus vivendi gekündigt, der seit 1893 die handelspolitischen Beziehungen der beiden Staaten regelte. Bis zum Ablauf der dreimonatlichen Frist befindet sich Spanien eigentümlicherweise in einer günstigeren Situation als Frankreich. Beide Staaten wenden solange in ihrem Verkehr den Minimaltarif an, aber während in Frankreich noch der alte Tarif besteht, wendet Spanien auf die französischen Waren seinen neuen an, der für mehr als die Hälfte aller Artikel um 15 bis 40 Proz. erhöhte Sätze anführt. Der eigentliche Zollkrieg wird, wenn bis dahin keine Einigung zustande kommt, am 1. Oktober beginnen. Viel Hoff-

nung für einen Ausgleich ist nicht vorhanden; denn die katalonischen und baskischen Industriellen bieten all ihren Einfluß auf, um die französische Konkurrenz auszuschließen, und die südfranzösischen Weinbauern wollen keinen Frieden, bei dem die Herabsetzung der Weinzölle die natürliche Kompensation wäre.

Die handelspolitischen Interessen zwischen beiden Staaten sind heute lange nicht mehr so bedeutend wie vor der schutzzöllnerischen Aera. Im Jahre 1891, als noch der Handelsvertrag von 1882 in Geltung war, verkaufte Spanien an Frankreich Waren im Werte von 412 Millionen und kaufte für 180 Millionen. Im Jahre 1905 betrugen die entsprechenden Ziffern 162 und 116 Millionen. Frankreich wurde auf dem spanischen Markte hauptsächlich von England verdrängt. Aber auch die deutsche Einfuhr stieg von 42 auf 94 Millionen im Jahre 1903.

An der Herabsetzung des spanischen Tarifes ist auch das Deutsche Reich infolge seines provisorischen Vertrages interessiert, da auch für dieses mit dem heutigen Tage die Minimalsätze in Kraft getreten sind. —

Italien.

Kommunalwahlen.

In einer Reihe von Städten in der Lombardei fanden am Sonntag die Gemeindewahlen statt. In Mailand siegte die gemeinsame Liste der Klerikalen und der Moderierten. Sie brachten ihre 22 Kandidaten mit einer Stimmenmehrheit von 3—4000 über die Liste der Volksparteien durch. Von den letzteren dürften nur etwa 3 oder 4, unter diesen die Sozialisten Turati und Mayno, als Vertreter der Minorität mit in den Gemeinderat eintreten. — In Monza dagegen siegten die Republikaner und die Sozialisten über die vereinten Reaktionäre. Auch in Cremona haben die Republikaner bei den Ergänzungswahlen den Sieg über die Klerikalen davongetragen. — In Novara hatten die Sozialisten zwei Minoritätslisten aufgestellt; auf jede derselben sind eine Anzahl Genossen gewählt. —

Schweden.

Zur Wahlrechtsfrage.

Der wegen der Ablehnung seiner Wahlrechtsvorlage zurückgetretene Staatsminister Staaf, der im Reichstage das große Wort von dem „Kampf zwischen Herrenmacht und Volksmacht" sprach, hat sich neuerdings in einer großen politischen Rede am Johannistage ziemlich kleinlaut über seine und seiner Partei Stellung zur Wahlrechtsfrage geäußert. Er sprach davon, daß die Linke selbstverständlich den von der neuen Regierung zu erwartenden proportionalistischen Wahlrechtsvorschlag prüfen wolle, daß dieser Vorschlag aber schwerlich solche Vorteile bieten werde, daß er den Freisinnigen annehmbar erscheine. Im übrigen solle die Linke an dem abgelehnten Wahlrechtsvorschlage festhalten.

Die schwächliche Haltung Staafs mußte alle enttäuschen, die in ihm bisher einen Mann sahen, der ernstlich gewillt schien, den Kampf gegen die Herrenmacht der Ersten Kammer, den Kampf für eine demokratische Verfassungsrevision, rücksichtslos zu führen, wie ihn die Sozialdemokratie proklamiert hat. Die sozialdemokratische Presse ist denn auch einstimmig der Meinung, daß Staaf mit dieser seiner Rede der Wahlrechtssache keinen guten Dienst erwiesen hat. Diese Auffassung ist um so mehr berechtigt, als selbst in konservativen Kreisen die Einsicht aufdämmert, daß man jetzt kaum noch ohne eine Verfassungsrevision, ohne Einschränkung der Macht der Ersten Kammer über die Wahlrechtsfrage hinwegkommen wird. In der Ueberzeugung, daß die Wahlrechtsreform, je länger sie hinausgeschoben wird, zu einer um so größeren Einschränkung der Herrenmacht führen muß, schlägt jetzt ein konservativer Anhänger des Proportionalsystems neben einem zensusfreien Wahlrecht zur Zweiten Kammer Herabsetzung der Mitgliederzahl der Ersten Kammer und Einschränkung ihrer verfassungsmäßigen Machtbefugnisse vor, ja sogar eine Verbesserung des Wahlrechts zu den kommunalen Körperschaften, die die Abgeordneten der Ersten Kammer zu wählen haben! Dieser Konservative, Aktuarius Flodström, ist freilich nur ein Eingänger unter seinen Parteigenossen, die im allgemeinen blind sind für die Zeichen der Zeit. Aber seine Vorschläge sind gleichwohl ein Beweis dafür, daß auch in den herrschenden Kreisen die Ueberzeugung Eingang findet, daß man dem Kampf der Arbeiterklasse um volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung nicht lange mehr widerstehen kann, daß also für die Arbeiterschaft kein Grund vorliegt, sich mit der unzureichenden Staafschen Wahlreform oder gar mit dem konservativen Proportionalismus zufrieden zu geben.

Gewerkschaftliches.

„Terror" oder was sonst?

Einen „Streikbrecher" aus ihren Kreisen stellen in Mainz die dem Schutzverbande der Steindruckereibesitzer angehörenden Firmen in der Presse an den Pranger. In einer Erklärung wenden sich die aussperrungslustigen Unternehmer an ihre „verehrlichen Abnehmer" mit der Bitte, „den obwaltenden Verhältnissen Rechnung zu tragen" und den „Wortbruch" des Buch- und Steindruckereibesitzers Karl Theyer nicht zu unterstützen. Dieser Abgefallene habe das seinen Kollegen schriftlich und mündlich wiederholt gegebene Wort der Solidarität gebrochen und nach dreiwöchentlicher Aussperrung den Betrieb in seiner lithographischen und Steindruckabteilung wieder aufgenommen. Theyer falle seinen Kollegen in gleicher Weise in den Rücken wie bei dem großen Buchdruckerstreik 1891, jedenfalls in der Erwartung, die augenblickliche Lage zur Erweiterung seines Kundenkreises auszunutzen.

Ob die Steindruckereibesitzer auch gegen diesen „Streikbrecher" die Polizei mobil machen werden?

Berlin und Umgegend.

Achtung! Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes. Die Wahlen am Sonntag, den 1. Juli, hatten folgendes Ergebnis:

Für das Amt eines Beisitzers zur Ortsverwaltung sind abgegeben 4156 gültige Stimmen. Davon haben erhalten: Beer 420 Stimmen, Carl 778 Stimmen, Eggert 1309 Stimmen, Gutsche 1092 Stimmen, Gutschmidt 552 Stimmen. Die absolute Majorität hat niemand erhalten. Es muß also Stichwahl stattfinden zwischen Eggert und Gutsche.

Für die Wahlen zu den vier Angestellten sind abgegeben 4051 gültige Stimmen. Davon haben erhalten: Bahn 1615 Stimmen, Bethge 1165 Stimmen, Fiedler 1447 Stimmen, Fellenberg 965 Stimmen, Gassen 1257 Stimmen, Gaßmann 856 Stimmen, Geisler 991 Stimmen, Joseph 1125 Stimmen, Mahle 1098 Stimmen, Röske 795 Stimmen, Schwabedahl 1373 Stimmen, Vollmer 1054 Stimmen, Wolfram 1464 Stimmen. Die absolute Majorität hat niemand erhalten; es muß also Stichwahl stattfinden zwischen Bahn, Wolfram, Fiedler, Schwabedahl und Gassen.

Näheres darüber Donnerstag und Freitag im Inseratenteil des „Vorwärts". Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauhandwerker!

Wegen Nichtbewilligung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes sind am Montagfrüh sämtliche bei Berliner Firmen arbeitende Backofenmaurer in den Streik getreten. Etwa die Arbeit aufnehmende Maurer ersuchen wir, auf obiges aufmerksam zu machen und der Verbandsleitung der Maurer, Engelufer 15, gefl. von solchen Fällen Mitteilung zu geben.

Verbandsleitung der Maurer Berlins und Umgegend.

Achtung! Bauarbeiter und Bauhandwerker! Wegen Nichtbewilligung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes sind am Montag früh sämtliche bei Berliner Firmen arbeitende Backofen-Bauhülfsarbeiter in den Streik getreten.

Etwa die Arbeit aufnehmende Bauhülfsarbeiter ersuchen wir auf obiges aufmerksam zu machen und der Verbandsleitung der Bauarbeiter, Engel-Ufer 16, von solchen Fällen Mitteilung zu machen.

Der Zweigvereins-Vorstand der baugewerblichen Hülfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Die Aussperrung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen dauert in Berlin bereits 9 Wochen und noch ist nicht abzusehen, wann sie zu Ende geht.

An Mitteln fehlt es dem Deutschen Buchbinderverband nicht, nachdem die anderen Gewerkschaften sowohl als auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erkannt, daß der Deutsche Buchbindereibesitzerverband den Deutschen Buchbinderverband vernichten will. Dieses Ziel erstrebt der königlich sächsische Kommissionsrat Hugo Fritzsche, Vorsitzender des Bundes sächsischer Industrieller. Die Buchbindereibesitzer der drei Tariforte werden einsehen lernen, daß dieser Herr dadurch nur imstande ist, die Organisation der Arbeitnehmer zu stärken. Sind doch seit dem 1. Mai in Berlin allein 800 Neuaufnahmen zu verzeichnen, im ganzen Quartal etwas über 1000. Auch in der Provinz setzte die gewerkschaftliche Tätigkeit während der Aussperrung lebhaft ein, stieg doch die Auflage der „Buchbinder-Zeitung" von 20 200 im Februar d. J. auf 25 000 im Juni d. J. Mithin war die Aussperrung agitatorisch sehr wirksam für die — Arbeiterorganisation. Wenn auch der aus der Seestadt an der Pleiße tönende Sirenenfang die Arbeitgeber der drei Städte einte, so ist dies doch nur zum Schaden ihrer selbst geschehen. Die Mieten für die Räume und Maschinen gehen weiter. Hin und wieder fand sich ein Streikbrecherlein, das die Maschine in Klump jagen ließ und dabei selbst verunglückte, während draußen vor den Toren der Betriebe die Ausgesperrten trotz Willkür der Schutzleute ihr Koalitionsrecht wahren. Wie sagte doch ein Buchdruckereibesitzer, welcher auch seit dem 1. Mai ausgesperrt hatte und sein altes Personal zurück verlangte: „Es ist mir unmöglich, obgleich ich nicht Fachmann bin, dieser Wirtschaft länger zuzusehen." Wenn dem nichts im Wege stehe, ersuchte er, ihm das alte Personal zuzuweisen und im übrigen ihm geübtes Personal zu vermitteln. Wenn dies im kleinen Betriebe so stand, wie mag es dann erst in den Großbetrieben aussehen? Dem gegenüber steht die Solidarität der Arbeiter, der feste Zusammenhalt der Arbeiterinnen.

Originell ist, mit welchen Mitteln man die paar Streikbrecher vor der Berührung mit den Streikenden zu bewahren sucht. Die berühmte Firma Lüderitz u. Bauer, welche die Unsittlichkeit seinerzeit durch Polizei schützen ließ, scheint selbst dieser Behörde nicht mehr das alte Vertrauen zu schenken. Um die bei ihr streikbrechenden Arbeiterinnen möglichst schnell aus dem Bereich der Streikposten zu bringen, benutzt dieselbe — Automobildroschken! Mit 10 bis 20 Pferdekräften gehts „Tut-tut" durch die Straßen Berlins, die nützlichen Elemente ungefährdet nach und aus dem Betriebe zu bringen. Sollte es nicht billiger sein, sich mit den Ausgesperrten zu einigen, statt zentnerweise Benzin zum Himmel stinken zu lassen? Oder glaubt die Firma, das fleckenreinigende Mittel könnte ihre alten Sünden gegen die Arbeiterschaft fortwaschen?

Zur Aussperrung der Glaser.

In der gestrigen vollzählig besuchten Streikversammlung teilte der Organisationsvertreter Jahn mit, daß noch einige kleinere Firmen ihre Leute ebenfalls mit ausgesperrt haben, so daß die Zahl der Ausgesperrten jetzt 417 beträgt. Berichtigend wurde erwähnt, daß die Firma Kunkel nicht ausgesperrt hat. Ein Antrag, als Antwort auf den Tarifbruch der Arbeitgeber auch bei denjenigen Firmen die Arbeit niederzulegen, die nicht ausgesperrt haben, wurde der Streikleitung erst zur näheren Prüfung überwiesen. Die Tarifkommission warnte vor Annahme dieses Antrags, weil eine beträchtliche Zahl von Arbeitgebern bereits einen Revers des Glaserverbandes unterschrieben haben, wonach sie sich verpflichten, tarifireu zu bleiben und ihre Arbeiter nicht auszusperren. Diesen Firmen gegenüber dürfe man nun nicht selbst etwa tarifbrüchig werden. Dem Antrage der Vertrauensleute, von den Arbeitsberechtigten einen Extrabeitrag von 75 Pf. pro Tag für die Streikkasse zu erheben, stimmte die Versammlung fast einmütig zu.

Die Fensterputzer der Firma Patenge u. Müller zu Charlottenburg befinden sich seit dem gestrigen Tage im Streik. Die Arbeiter hatten ihren Lohntarif vom vergangenen Jahre gekündigt und einen neuen Tarif eingereicht. Dieser sieht einen Lohn von 24 Mark vor. Die Firma lehnte diesen Tarif ab und sahen sich die Arbeiter gezwungen, die Arbeit einzustellen. Zuzug ist fernzuhalten. —

Die Firma Fischer hat den Lohntarif anerkannt und sind somit in diesem Betriebe die Verhältnisse geregelt.

Die Sektionsleitung des Zentralverbandes der Transportarbeiter Deutschlands.

Der Streik im Gummiwerk Schwanitz, Groß-Lichterfelde, dessen Ausbruch gestern bereits kurz gemeldet wurde, hat folgende Ursachen. Bislang war es in dem Betriebe seit Jahren Usus, daß den Arbeitern je nach der Dauer ihrer Beschäftigung eine Art Gewinnanteil in Form einer Weihnachtsgratifikation gezahlt wurde. Damit sicherte sich die Fabrikleitung bei den an sich nur geringen Löhnen immer einen Stamm williger Arbeitskräfte, die das Jahr über manche Unbill in den Kauf nahmen, um nur der Gratifikation nicht verlustig zu gehen. Im letzten Jahre behielt die Direktion jene „Gratifikation" aber für sich; die Arbeiter erhielten nichts. Das mußte natürlich böses Blut erregen, zumal die Arbeiter mit Anfangslöhnen von 18 M., Arbeiterinnen mit 10 bis 11 M. pro Woche wahrhaftig keine Seide zu spinnen vermochten. So kam es denn, daß sich die Arbeiter kürzlich schlüssig wurden, einen Ausgleich für den Ausfall jener erwähnten Remuneration in Gestalt einer Lohnaufbesserung zu fordern, und zwar für die Männer pro Woche von 2 M. und für die Frauen von 1 M. Es war dies also keine Lohnforderung im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern nur der bescheidene Wunsch, durch eine wöchentliche Zulage den früheren Jahresverdienst wieder zu erhalten, weil dieser durch die Entziehung der bislang üblichen Gratifikation geschmälert worden war. Die Direktion verweigerte jedoch die geforderte Zulage, und lehnte Verhandlungen mit dem Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes ab. Da das Werk dem Ring der Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken angeschlossen ist, so liegt die Vermutung nahe, daß dem Direktor von den Oberscharfmachern dieses Ringes ein deutlicher Wink gegeben worden ist, getreu nach dem Harburger und Mannheimer Muster Verhandlungen mit der Organisationsvertretung zurückzuweisen. Vorläufig ruht der Betrieb vollständig.

Deutsches Reich.

Die Forster Textilarbeiter stehen vor einem schweren Kampfe, der für Forst eine ähnliche Bedeutung hat, wie seinerzeit der große Kampf in Crimmitschau für diesen Ort. Die Textilunternehmer forderten von der Arbeiterschaft, diese solle eine von ihnen unterbreitete Arbeitsordnung anerkennen. Wer dies nicht wolle, solle die Fabrik verlassen; wer in der Fabrik verbleibe, dessen stilles Einverständnis setze man voraus. Am Montag verließen darauf die Forster Textilarbeiter in Scharen die Betriebe.

Die Zahl der ausständigen Textilarbeiter beläuft sich gegenwärtig auf etwa 6500. Gestern haben zwei Textilarbeiterversammlungen stattgefunden, in denen je eine neungliedrige Kommission gewählt wurde, die mit den Arbeitgebern in Unterhandlungen treten soll. Die Fabrikanten ihrerseits haben beschlossen, die Betriebe offen zu halten.

Der Kampf der Fürther Glasarbeiter dauert auch in der neunten Woche unverändert fort. Noch kein einziger der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist bis jetzt abgefallen. Die Unternehmer haben aus den geringen Forderungen eine Machtfrage gemacht. Man will die größte Zahlstelle des Deutschen Glasarbeiter-Verbandes vernichten, deshalb wird mit allen Mitteln eine Einigung vereitelt. Der königl. Fabrikinspektor für Mittelfranken, Herr Regierungsrat v. Kröller, hat seine Vermittelung angeboten, ist aber von Herrn Gg. Schwarz (Wiedera), wenn auch höflich, aber bestimmt abgelehnt worden. Ein anderer Fabrikant ersuchte den Herrn Fabrikinspektor, dafür zu sorgen, daß die Streikenden eine Kommission von zwölf Arbeitern wählen; mit diesen würde unterhandelt. Obwohl sich die Streikenden nicht viel davon versprachen, wurde doch dem Wunsche des Fabrikinspektors Rechnung getragen. Die Kommission tagte mit den Arbeitgebern. Aber schon nach zweistündigen Unterhandlungen ging die Kommission wieder auseinander, die Zwecklosigkeit ihres Unternehmens einsehend. Die Arbeiter fordern die 54stündige Arbeitszeit. Die Arbeitgeber sind bereit, die 56stündige zu gewähren, aber erst vom 1. Januar 1907 (!) ab. Bisher wird 57 Stunden gearbeitet. Die Arbeiter fordern eine 10proz. Lohnerhöhung für alle Kategorien; die Herren sind bereit, nach Aufnahme der Arbeit die schlechtest bezahlten Sorten einer Sparte um „einiges" zu erhöhen. Die Arbeiter fordern Abschaffung des Bruch- und Wischerlohnzahlens; die Herren lehnen es bis auf ein Minimum ab. Die Arbeiter fordern einen Minimallohn von 18 M. für erwachsene Arbeiter; die Herren versprechen event. Streikbrechern 21 M. und mehr, lehnen aber die Forderung der Arbeiter ab usw. Unter diesen Umständen ist an eine Aufnahme der Arbeit nicht zu denken. Diese Zugeständnisse sind weiter nichts, als Hohn und Spott für die stramm organisierte Arbeiterschaft Fürths. Die Arbeitgeber kalkulieren, daß mit der Vernichtung der Verwaltungsstelle Fürth des Glasarbeiter-Verbandes der Träger der Organisation für die Glasarbeiter von ganz Süddeutschland vernichtet ist; deshalb ihre Zähigkeit bei diesem Kampfe. Ueber 80 000 M. hat der Verband der Glasarbeiter für diesen Kampf bereits ausgegeben und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Es wäre zu wünschen, daß den Fürther Glasarbeitern die weitestgehende Solidarität bei diesem Kampfe zuteil würde.

Ausland.

Aussperrungsdrohung dänischer Unternehmer.

Die dänische Arbeitgeber- und Meistervereinigung droht wieder einmal mit einer großen Aussperrung, die, wenn sie durchgeführt wird, sich auf 12 000 Arbeiter erstrecken wird. Der Grund dafür ist, daß zirka 200 Holzarbeiter auf zwei großen Schiffswerften in Kopenhagen Forderungen zur Regelung ihrer Lohnverhältnisse gestellt und erklärt haben, daß, falls bis zum 6. Juli kein Entgegenkommen gezeigt wird, über die Niederlegung der Arbeit beschlossen werden soll. Die allgemeine Organisation des Unternehmertums hat nun dem Gesamtverband der Gewerkschaften Dänemarks mitgeteilt, daß, wenn jener Streik ausbricht, eine Woche darauf sämtliche in der dänischen Eisenindustrie tätigen Tischler sowie sämtliche organisierten Arbeiter jener zwei Werften ausgesperrt werden sollen. Führt diese Maßregel nicht zur Beendigung des Streiks, so soll die Aussperrung auf alle Arbeiter der Eisenindustrie Dänemarks sowie auf die anderen großen Schiffswerften und Maschinenbauanstalten ausgedehnt werden, und zwar nach Verlauf von weiteren acht Tagen.

Riesenbrand in Hamburg.

Ein Brand von gewaltigen Dimensionen ist gestern nachmittag in Hamburg zum Ausbruch gekommen. An der Michaelskirche doriselbst waren Arbeiter mit Reparaturen am Turm beschäftigt und ist wahrscheinlich bei Lötarbeiten das Feuer entstanden. In kurzer Zeit griff es gewaltig um sich. Recht bezeichnend ist es, daß durch den Einzug des Königs von Sachsen, der gestern Hamburg besuchte, die Polizeibeamten vollauf in Anspruch genommen waren und daher zur Absperrung der Brandstätte Soldaten herangezogen werden mußten. Durch die erst sehr spät vorgenommene Absperrung war eine bedauerliche Verwirrung eingerissen. Das gewaltige Feuer brachte schon um 3 Uhr den Turm der Kirche zum Einsturz. Die brennenden Massen zogen die umliegenden Straßen in Mitleidenschaft, die Mühlenstraße, Englische Planke, Böhmkenstraße stehen zum großen Teile in Brand. — Die in der Mitte des 18. Jahrhundert von dem Perleberger Baumeister Sonnin erbaute Kirche, die einen der Monumentalbauten Hamburgs bildet, ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. — Neben der Feuerwehr ist eine Kompagnie des Regiments Hamburg sowie Pioniere mit den Löschungsarbeiten beschäftigt. Um 7 Uhr abends waren noch 10 Dampfspritzen, die mit 40 Rohren Wasser gaben, in Tätigkeit. Das in der Englischen Planke liegende große Warenhaus von Braun wurde vom Feuer ergriffen und ist vollständig ausgebrannt. Um 7 Uhr gelang es endlich, ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern.

Leider haben bei dem Riesenbrande eine Anzahl Personen ihr Leben lassen müssen. Bisher wurde festgestellt, daß der Turmwächter, zwei bei der Reparatur der Turmuhr beschäftigte Mechaniker sowie ein Uhrmacher ein Opfer des Feuers wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Straßenbahnerstreik in Rom.

Rom, 3. Juli. (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Der Trambahnerstreik, der den fünften Tag andauert, nimmt einen vorzüglichen Verlauf. Der Zusammenhalt der Streikenden ist ein guter, die Unterstützung der anderen Arbeiterkategorien ist reichlich. Aller Voraussicht nach nimmt der Streik einen für die Arbeiter siegreichen Ausgang.

Neue Attentate.

Warschau, 3. Juli. (W. T. B.) **Hier wurden heute wieder zwei Polizisten erschossen. Eine herbeigeeilte Patrouille gab darauf mehrere Schüsse ab und tötete einen Passanten; mehrere Personen wurden verwundet.**

Streik der Schwefelarbeiter.

Caltanissetta, (Sizilien), 3. Juli. (W. T. B.) Die Schwefelarbeiter haben heute morgen in einer Versammlung den **Generalausstand proklamiert.** Nach Schluß der Versammlung zogen die Arbeiter mit Fahnen durch die Stadt und **veranlaßten die Schließung der Läden.** Infolge der drohenden Volksmenge schritt die öffentliche Macht ein, um die Manifestanten zu zerstreuen. **Einige Polizisten und Karabinieri wurden durch Messerstiche, Stockhiebe bezw. Steinwürfe verletzt.** Ein Anarchist, namens Fronti, der einen Karabinieri schwer verwundet hatte, wurde festgenommen. Als er nach dem Gefängnis gebracht wurde, versuchte die Menge ihn zu befreien und hätte an der Tür des Gefängnisses die Wache beinahe überwältigt. Diese gab neue Schüsse ab, **durch die sieben Personen verwundet wurden.** Später wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Die Cholera.

Manila, 3. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) **In der Stadt und im Distrikt Manila ist eine heftige Choleraepidemie aufgetreten,** von der bisher vier Amerikaner befallen wurden. Einer von diesen ist gestorben. **Von 47 an Cholera Erkrankten sind heute 41 gestorben.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Zur Frage des Massenstreiks.

Von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erhalten wir folgende Zuschrift:

Zu unserem Bedauern sind wir genötigt, nochmals in der Sache das Wort zu nehmen. Wir hätten gern gesehen, daß es in der Angelegenheit nicht zu Auseinandersetzungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission gekommen wäre, sondern daß diese sich gemeinsam gegen die Stelle gewandt hätten, die der Partei durch die Veröffentlichung Schaden zuzufügen suchte und die Leiter der Partei in Mißkredit zu bringen bestrebt ist.

Es ist aber nicht angängig, daß durch unser Stillschweigen bei den Parteigenossen der Glaube erweckt wird, wir hätten die sogenannten Thesen nicht in dem in der Sitzung am 16. Februar festgestellten, sondern in einem nach unserem Geschmack umgewandelten Wortlaut der Konferenz der Vorstandsvertreter vorgelegt. Wir wollen aber auch jetzt davon absehen, gegen die Ausführungen des Parteivorstandes zu polemisieren, obgleich die in polemischer Form gehaltene Erwiderung des Parteivorstandes geeignet ist, uns dazu zu drängen. Nach wie vor begnügen wir uns damit, die einfachen Tatsachen festzustellen und hoffen, daß hiermit die Angelegenheit, wenigstens soweit ihre Erörterung in der Presse in Frage kommt, ihren Abschluß findet.

Die Erwiderung des Parteivorstandes muß zu der Annahme führen, daß in der Sitzung am 16. Februar eine von dem Genossen Bebel angefertigte Niederschrift der sechs Punkte vorlag. Deshalb stellen wir fest, daß uns eine solche Niederschrift in der Sitzung nicht vorgelegt worden ist und wir von ihrer Existenz erst durch die Erwiderung des Parteivorstandes Kenntnis erhalten.

Die sechs Punkte sind in der Sitzung am 16. Februar von dem Genossen Silberschmidt während der Ausführungen des Genossen Bebel als Extrakt dieser Ausführungen niedergeschrieben. Eine andere Niederschrift lag in der Sitzung nicht vor und konnte deshalb auch der Rat, den der Parteivorstand in seiner Erwiderung gibt, Silberschmidt hätte sich eine Abschrift der sechs Punkte machen sollen, von diesem nicht befolgt werden, weil einzig und allein das von Silberschmidt Niedergeschriebene als Fazit der Beratung in der Sitzung vorlag.

Weil es sich nicht um eine von dem Genossen Bebel, sondern um eine von dem Genossen Silberschmidt angefertigte Niederschrift handelte, heißt es in dem Protokoll der Konferenz der Vorstandsvertreter: „Die Vorschläge von Bebel lauten dem Sinne nach folgendermaßen“.

Nicht dem Sinne nach **referiert** hat Silberschmidt über die sechs Punkte, sondern dem **Verlesen** dieser Punkte die zitierte Bemerkung vorausgeschickt, um damit festzustellen, daß sie im Sinne der Bebelschen Ausführungen von ihm (Silberschmidt) und nicht von Bebel niedergeschrieben sind. Nach dem Verlesen übergab Genosse Silberschmidt die Originalschrift dem Protokollanten, der sie unverändert in das Protokoll einfügte.

In der Sitzung am 16. Februar wurden die von Silberschmidt niedergeschriebenen sechs Punkte von diesem verlesen und wurden nach weiteren Ausführungen des Genossen Bebel die von diesem gewünschten Aenderungen gemacht. Nach erfolgter Aenderung verlas Silberschmidt die Sätze nochmals einzeln und wurden sie allseitig als richtig wiedergegeben anerkannt. In dem so endgültig festgestellten Wortlaut sind dann die sechs Punkte der Konferenz der Vorstandsvertreter vorgelegt.

Ein Streit darüber, ob den Vertretern der Generalkommission der „Auftrag“ gegeben wurde, die so festgestellten Sätze der Konferenz der Vorstandsvertreter vorzulegen, erscheint uns überflüssig. Bebel sagte zum Schluß der Sitzung am 16. Februar, ohne daß ihm von irgend einer Seite widersprochen wurde: „Ihr legt die Sätze der Konferenz vor und wir werden im Parteivorstand darüber beraten, und dann treten wir zu weiterer Beratung wieder zusammen.“ Ob man das einen „Auftrag“ nennen will, lassen wir dahingestellt sein. Jedenfalls finden wir in der deutschen Sprache keinen besseren Ausdruck für das, was uns gesagt worden ist.

Berlin, 2. Juli 1906.

C. Legien.	A. Knoll.
H. Silberschmidt.	Paul Umbreit.
A. Drunsel.	W. Jansson.
Hermann Kube.	E. Döblin.

Bezüglich der Uebersendung des Protokolls der Konferenz an den Parteivorstand sei noch bemerkt, daß die drei Exemplare des Protokolls am 9. Mai nicht an den Genossen Molkenbuhr, sondern an das Bureau des Parteivorstandes gesandt sind, so daß die im Bureau tätigen Genossen, die gar nicht oder nicht in dem Maße, wie Genosse Molkenbuhr, durch die Reichstagsverhandlungen in Anspruch genommen waren, von dem Eingang Kenntnis hatten. Die mündliche Mitteilung an den Genossen Molkenbuhr hielt ich für notwendig, um mich zu vergewissern, daß die Sendung im Bureau des Parteivorstandes eingegangen ist.

Berlin, 2. Juli 1906. C. Legien.

•

Zu dem vorstehenden haben wir folgendes zu bemerken:

Wir sind ebensowenig wie die Generalkommission geneigt, die vorliegenden Meinungsverschiedenheiten zum Gegenstand eines Streites zu machen. Nachdem aber die Angelegenheit ohne unser Zutun öffentlich zur Sprache gekommen ist und die Darstellung der Verhandlungen der gemeinsamen Konferenz mit der Generalkommission am 16. Februar in dem Protokoll der Konferenz der Vertreter der Zentralverbände vom 19. Februar uns zu berechtigten Einwendungen Anlaß gibt, mußten wir, wie geschehen, das Wort ergreifen.

In der Sache selbst werden wir uns kurz fassen, denn wir finden, daß durch die wiederholten Erklärungen der Generalkommission die Sache nicht an Klarheit gewinnt.

Wir konstatieren, daß die sechs Punkte der Konferenz nicht zur Beratung vorgelegt wurden, über die abzustimmen gewesen wäre, sondern ein Resumee der Bebelschen Ausführungen bildeten, die dieser punktweise skizziert vor sich hatte. Der von uns gegebene Rat, eine Abschrift zu nehmen, hätte also ausgeführt werden können.

Der Satz in der obigen Erklärung: Nach dem Verlesen übergab Genosse Silberschmidt die Originalschrift dem Protokollanten, der sie unverändert in das Protokoll einfügte, soll — um das klarzustellen — doch nur besagen, daß dieses in der Sitzung der Konferenz der Vertreter der Zentralverbände geschah, denn in unserer Konferenz wurde — um dieses zu wiederholen — kein Protokoll geführt.

Bezüglich des „Auftrages“ verbleiben wir bei unseren früheren Ausführungen.

Dem Genossen Legien antworten wir, daß wir nicht behaupteten, die Protokolle seien an Molkenbuhr gesandt worden. Hätte aber Molkenbuhr nicht im Drange der Arbeit übersehen, uns von den mündlichen Mitteilungen Legiens über das Protokoll Kenntnis zu geben, so wäre dasselbe sofort einer genauen Durchsicht unterzogen worden. Da aber die große Arbeitsüberhäufung dadurch mit entstanden war, daß sämtliche Bureaumitglieder mit Ausnahme eines derselben, den Sitzungen des Reichstags bis zum Schluß am 28. Mai täglich beiwohnen mußten, und deshalb ein Teil der Arbeiten erst nach Schluß des Reichstags erledigt werden konnte, unterblieb diese Durchsicht. So kam der Inhalt des Protokolls, wie schon bemerkt, erst am 8. Juni infolge einer Anregung Bebels zur Erörterung.

Der Parteivorstand.

•

Unserem an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gerichteten Ersuchen, uns das Protokoll der im Februar dieses Jahres abgehaltenen „Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände“ zur Verfügung zu stellen, ist die Generalkommission insoweit nachgekommen, als sie uns ein Exemplar des Protokolls übersandt hat. Jedoch knüpft sie an die Uebersendung die Bedingung, daß wir das Protokoll lediglich zur eigenen Information benutzen, dagegen von dem Inhalt, soweit dieser nicht durch die Generalkommission selbst in ihrem „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht worden ist, der Oeffentlichkeit gegenüber keinen Gebrauch machen.

Da uns durch diese Bedingung völlig die Hände gebunden sind und sich andererseits nach unserer Meinung, nachdem die „Einigkeit“ bereits Auszüge aus dem Protokoll gebracht hat, dessen Geheimhaltung nicht länger aufrecht erhalten läßt, so haben wir heute der Generalkommission das Protokoll zurückgesandt und uns zugleich an den Parteivorstand mit dem Ersuchen gewandt, daß dieser die Generalkommission bewegen möge, die Geheimhaltung des Protokolls, soweit dieses sich mit dem Punkt „Partei und Gewerkschaften“ beschäftigt, aufzuheben. Der Parteivorstand hat sich bereit erklärt, in diesem Sinne mit der Generalkommission zu verhandeln.

Vorläufig können wir also auf den Inhalt des Protokolls nicht eingehen. Die Redaktion.

Parteivorstand und Massenstreik.

In der Kontroverse zwischen Parteivorstand und Generalkommission über die zwischen beiden Instanzen stattgehabten Verhandlungen über den politischen Massenstreik liegt eine Reihe von Aeußerungen der Parteipresse vor.

So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Unser Urteil über die Sache geht dahin:

1. Genosse Bebel hat sich so ausgelassen, wie er angibt, und nicht wie Genosse Silberschmidt behauptet.

2. Es war eine tadelnswerte Unterlassung des Genossen Molkenbuhr, dem Parteivorstande nicht sofort den Eingang der drei Protokollexemplare mitzuteilen.

3. Es war eine zu große Vertrauensseligkeit des Parteivorstandes, als er den Inhalt des Protokolls erfuhr, nicht sofort Einspruch zu erheben, sondern diese Erörterung auf eine neue Konferenz mit der Generalkommission zu verschieben.

Zum ersten Punkte bemerken wir: In dem Protokoll, das uns vorliegt, sagt Genosse Legien als Mitglied der Generalkommission, der Parteivorstand habe die Generalkommission zu einer Besprechung über die Frage des Generalstreiks aufgefordert. Auf Wunsch der Generalkommission habe diese Besprechung jedoch nur in unverbindlicher Form stattgefunden, nicht eigentlich als eine Verhandlung zwischen Parteivorstand und Generalkommission, „sondern es wurde nur die persönliche Meinung der an dieser Sitzung Beteiligten zum Ausdruck gebracht“. Und nachdem Legien nochmals den „ganz unverbindlichen“ Charakter der Besprechung hervorgehoben hatte, sagte er: „Vielleicht äußert sich zunächst Silberschmidt, der an den Verhandlungen am Freitag teilgenommen und sich die nötigen Notizen gemacht hat.“ Weder Legien noch Silberschmidt deuteten damals auch nur mit einer Silbe an, daß die „dem Sinne nach“ zusammengefaßten Thesen in diesem ihren Wortlaut von Bebel vorher eingesehen und gebilligt worden seien.

Diese Thesen bildeten denn auch keineswegs den Hauptgegenstand der Beratung; „es wurde eigentlich gar nicht über sie geredet, sie wurden nur nebenbei gestreift“, wie Bömelburg gegen Schluß der Verhandlung sagte. Den Eindruck, daß Bebel damit seine Ausführungen in Jena preisgegeben habe, hatte nur Paeplow; Sachse und auch Elm sagten im Gegenteil, Bebel sei sich durchaus treu geblieben. Den Nagel auf den Kopf traf der alte Praktikus Geyer, der die Auffassung, daß Bebel seine Jenaer Resolution verleugnet habe, auf die „Art“ zurückführte, wie Bebels Ausführungen „hier wiedergegeben“ worden seien. „Ich kann mir denken, daß Bebel gesagt hat, für den gegebenen Fall, d. h. für die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung können wir den politischen Massenstreik nicht in Szene setzen.“ Die daran geknüpfte Aufforderung Geyers, doch nicht das Trennende, sondern das Einigende zu suchen, erregte einen solchen Lärm in der Konferenz, daß der Vorsitzende dem Redner die nötige Ruhe schaffen mußte.

Danach ist die Sache vollkommen klar. Der Parteivorstand hat die Kämpfe um das preußische und sächsische Wahlrecht nicht als den geeigneten Ausgangspunkt eines politischen Massenstreiks erachtet, worin ihm wohl so ziemlich die ganze Partei beistimmt, aber er hat für den Fall eines spontan ausbrechenden Massenstreiks sich in loyaler und pflichtmäßiger Weise mit der Generalkommission zu verständigen gesucht.

Zum zweiten Punkt ist die parlamentarische Arbeitsüberhäufung des Genossen Molkenbuhr kein genügender Entschuldigungsgrund dafür, daß er einen vollen Monat hindurch versäumt hat, seine Vorstandskollegen von dem Eingang der Konferenzprotokolle zu benachrichtigen. Wir wollen uns hier, um des lieben Friedens willen, nicht näher über den Inhalt seiner Protokolle verbreiten, aber mit einer solchen Bombe in der Tasche durfte ein Mitglied des Parteivorstandes nicht einige Wochen lang ruhig spazieren gehen.

Zum dritten und letzten können wir es auch nicht billigen, daß der Parteivorstand am 8. Juni, als er den Inhalt des Protokolls kennen lernte, nicht sofort protestierte, sondern die notwendige Klärung auf eine neue Konferenz mit der Generalkommission verschob. Wir verstehen und achten zwar im höchsten Grade seine Tendenz, immer das Einigende in seinen Verhandlungen mit der Generalkommission zu suchen, aber nach der Art, wie Bebels Ausführungen in der Konferenz introduziert worden waren, mußte der Parteivorstand sich klar darüber sein, daß Liebe nicht immer Gegenliebe findet, und sofort sein Interesse und sein Recht wahren. Mit drei Worten zu rechter Zeit hätte der Höllenspektakel im Keime erstickt werden können, mit dem sich die bürgerliche Presse nunmehr die stille Sommerzeit verkürzen wird.“

Die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ urteilt:

„Diese Darlegungen bestätigen dasjenige, was wir sofort nach der Veröffentlichung der „Einigkeit“ in unserer Nummer vom 26. Juni über die Frage gesagt haben. . . . Wir unsererseits haben bereits ausführlicher dargelegt, daß die Resolution nicht den Zwang zum Massenstreik für den nächsten Fall auferlegt und daß deshalb die Haltung, die der Parteivorstand im Februar einnahm, nicht als ein Verstoß gegen die Resolution aufgefaßt werden kann. Wie wir voraussahen, teilt der Parteivorstand jetzt mit, daß er nur „gegenwärtig“ den Massenstreik nicht machen und nicht propagieren wollte. Von der dem Vorstande vorgeworfenen „Düpierung“ der Arbeiterschaft kann also natürlich nicht die Rede sein.

Diese Feststellung kann aber nicht bedeuten, daß Silberschmidt durch irrige Wiedergabe der Bebelschen Meinung einen Verstoß begangen hat. Tatsächlich hat sogar Silberschmidts Formulierung des Punktes 1 den Vorzug der Logik. Die Formulierung, die Bebel selbst dem ersten Punkt gibt, paßt nicht recht zu seiner Fortsetzung in Punkt 2. Ueberhaupt erscheint es als Fehler, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht ein allseitig beglaubigtes Protokoll hergestellt wurde. Dann hätte wohl auch die andere Irrung vermieden werden können, daß Bebel am 26. Juni erklärte, „namentlich die sechs Punkte“ seien von Silberschmidt „stark entstellt“, während jetzt der Parteivorstand sagt, daß die anderen fünf Punkte in der Hauptsache nicht bestritten werden. Aber diese ganze Frage der Mißverständnisse über das, was Bebel wirklich gemeint und gesagt hat, ist ja nun als erledigt anzusehen.

Weit wichtiger ist die Sache selbst. Da möchten wir zunächst unsere Bedenken aussprechen über die Geheimhaltung jener Beratungen, soweit sie die Hauptfrage betrafen, ob der Massenstreik aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung propagiert werden solle oder nicht. Wir sehen keinen Grund für die Geheimhaltung, aber wesentliche Gründe gegen sie. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß in weiten Parteikreisen das Gefühl starker Unbefriedigung herrscht über den bisherigen Ausgang der preußischen Wahlrechtsbewegung. Dabei spricht die Unsicherheit über das, was etwa geplant gewesen ist oder jetzt geplant wird, erheblich mit. Nach den starken Anläufen, die in Berlin am 21. Januar und am 18. März unternommen wurden, mußte man erwarten, daß diese Bewegung in Kraft erhalten werden sollte und nicht alsbald im Sande versickern dürfe. Es wäre sehr gut gewesen, wenn man schon Ende Februar die Anschauungen der Parteileitung über das, was weiter werden oder nicht werden soll, gekannt hätte. . . Dann hätte aber auch aus der Partei heraus zeitig Widerspruch gegen diese Auffassung des Vorstandes erhoben werden können. So aber wartete und wartete man, was in Berlin geplant und vorbereitet werde. Die Zeit verrann und die so stürmisch begonnene Aktion — so scheint es wenigstens vorläufig — verebbte vollständig. . .

Tatsächlich hat nun ja auch der Parteivorstand im Februar mit der Möglichkeit des Massenstreiks gerechnet. Die Besprechung mit der Generalkommission sollte für den Fall seines Ausbruchs die Tätigkeit beider Organisationen, der Partei und der Gewerkschaften, ordnen. Der Vorstand teilt weiter mit, daß die Anwendung dieses Kampfmittels aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung in Preußen erwogen werden mußte. Wenn dem aber so ist, dann können wir die Haltung der Parteileitung schwer verstehen, die sich in dem in Punkt 1 formulierten Grundsatz ausspricht: „Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren.“ — Nicht einmal zu propagieren! Geschweige denn ihn wirklich anzuwenden. Wir müssen gestehen, daß diese Haltung nicht der kühnen Sprache in Jena entsprach. Dann hätte man in Jena, aber auch bei Inszenierung des preußischen Wahlrechtskampfes, lieber etwas weniger große Ankündigungen machen sollen.

Wir meinen, daß die Situation in Preußen zu immer schärferen Kämpfen führen muß und wir wünschen, daß nicht unnötig gebremst wird. Jedenfalls ist es nötig, daß Worte und Taten niemals auseinanderklaffen!“

Das Bochumer „Volksblatt“ äußerte sich am 29. Juni, vor den letzten Erklärungen des Parteivorstandes und der Generalkommission, folgendermaßen:

„Diese Tatsache ist nach zwei Seiten hin bedeutsam und kann verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung werden. So töricht es wäre und so nachteilig es der Arbeiterklasse werden könnte, wenn ihre Führer den Mund stets allzuvoll nehmen und stets mit Kanonen drohen würden, ohne jemals auch nur mit einem Pusterohre zu schießen, ebenso unklug und unter Umständen verhängnisvoll ist es für sie, zu erklären, wir werden dies oder jenes Kampfmittel nicht anwenden oder wir werden seine Anwendung zu verhindern suchen. Daß dies der Reaktion geradezu den Rücken stärken kann, brauchen wir wohl nicht erst weiter nachzuweisen. Die Kommentare, mit denen die bürgerliche Presse die Veröffentlichungen der „Einigkeit“ begleitet, laufen auch zumeist auf den Punkt hinaus, daß der Parteivorstand den Massenstreik verhindern wolle; daß sie sich dabei auf gewichtige Gründe stützen kann, haben wir gezeigt.

Es kann also nun nicht mehr genügen, daß Genosse Bebel die Richtigkeit des Protokolls bestreitet, es muß vielmehr Klarheit geschaffen werden, wie sich die Dinge in Wirklichkeit verhalten. Während die Resolution des Jenaer Parteitages „die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung“ gegebenenfalls als eines der wirksamsten Kampfmittel der Arbeiterklasse bezeichnet, um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, darf die Generalkommission der Gewerkschaften ein Schriftstück drucken und an die Gewerkschaftsvorstände verteilen, wonach der Parteivorstand erklärt habe, den politischen Massenstreik nach Möglichkeit verhindern zu wollen. Ohne Zweifel klappt da etwas nicht und die einseitige Erklärung, daß Mißverständnisse obwalten, ist unzulänglich. Die Mißverständnisse müssen beseitigt werden und die Parteigenossen im Lande haben ein Interesse daran zu erfahren, daß man darangeht, die Mißverständnisse zu beseitigen. . . . Die anarcho-sozialistische Verwirrung jedoch hätte schon Anlaß geboten, eine Scheidelinie zwischen der Partei und den lokalistisch-anarchisielnden Elementen zu ziehen. Es geschah nicht. Statt dessen traten Verteidiger auf, die erklärten, diese halb Anarchisten, halb Sozialisten seien ein Opfer der damaligen „Vorwärts“-Redaktion, es seien arme Verführte, die es ganz gut meinten, denen nur die richtige Aufklärung vorenthalten worden sei. Inzwischen ist ja nun Gelegenheit gewesen, diese Aufklärung nachzuholen. Wir wissen nicht, ob es geschehen ist; die Wirkung ist jedenfalls nicht sehr ermutigend. Jetzt halten wir das Maß der Lokalisten für voll und ihren Anspruch auf Berücksichtigung des historischen Werdens ihrer Organisationen für verwirkt. Mit Leuten, die einen Artikel veröffentlichen und vertreten konnten wie den Artikel der Einigkeit „Ein Blick hinter die Kulissen“ können wir doch unmöglich vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wir haben aber bis jetzt noch kein Wort von maßgebender Parteistelle gehört, daß hier endlich eingeschritten werden soll.

Wenn das in Berlin ruhig geschehen darf, ohne daß die Störer der Einheit und die Vertrauensbrecher ausgeschieden werden aus den Reihen der Partei, dann sehen wir darin eine Gefahr für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Und wir sprechen es offen aus, daß wir einen Zusammenhang sehen zwischen diesen Berliner Vorgängen und den Differenzen des Parteivorstandes mit der Generalkommission über die Frage des Massenstreiks. Eine gewisse Direktionslosigkeit läßt sich in allen diesen Vorgängen erkennen, die ungeeigneten Elementen gestattet, Eindruck zu machen und einen Einfluß auszuüben, der auf die Dauer unheilvoll werden muß. Wir vermissen die notwendige einheitliche politische Führung der Partei.“

Aus der Partei.

An die Parteigenossen!

Anläßlich der Erörterungen über den politischen Massenstreik, die gegenwärtig in der Presse gepflogen werden, machen wir die Genossen darauf aufmerksam, daß wir bereits im Januar nicht nur die in Jena von Bebel gehaltene Rede über den politischen Massenstreik, sondern die ganzen Verhandlungen über diesen Punkt in Separatausgabe in der Buchhandlung Vorwärts haben erscheinen lassen. Für den Massenabsatz sind besonders billige Bezugsbedingungen festgesetzt worden. Der Parteivorstand.

Die sozialdemokratische Partei Bayerns untersteht seit dem 1. Juli den vom Schweinfurter Landesparteitage beschlossenen neuen Satzungen. Mit dem gleichen Zeitpunkte hat der neugewählte Landesvorstand die Leitung der Geschäfte übernommen. Der Landesvorstand hat sich folgendermaßen konstituiert: Erster Vorsitzender: v. Vollmar; zweiter Vorsitzender: Segitz; Sekretär: Erhard Auer. (München 24, Daiserstr. 25 II.) Außerdem gehören dem Landesvorstande an die vier Genossen: Ehrhart, Rimmerfall, Raith und Simon.

Die bayerischen Parteigenossen beginnen zu den für 1907 bevorstehenden Landtagswahlen zu rüsten.

Das „Volksblatt für Anhalt“ beschäftigt sich mit der letzten Generalversammlung der Parteigenossen des sechsten Berliner Kreises, und zwar kritisiert es den Beschluß, nicht nur die Maiarbeiter des Werkes Brunnenstraße, sondern sämtliche Wahlvereinsmitglieder auszuschließen, die am 1. Mai — entgegen den Majoritätsbeschlüssen der verschiedenen Betriebe — gearbeitet haben.

Doch wie kritisiert das „Volksblatt“? Erstens besaßen die Genossen des sechsten Kreises die Dreistigkeit, ihren Beschluß zu fassen, obwohl „eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern und der Partei empfohlen hat, den Ausschluß nicht zu vollziehen, sondern es bei einer ernsten Rüge zu belassen“. Also die Genossen von Berlin VI haben das Verbrechen begangen, sich über jene Empfehlung hinwegzusetzen! Zweitens aber — und nun folgt eine Belehrung darüber, daß nach dem seit Jena geltenden Organisationsstatut der Ausschluß aus der Partei nur auf dem bekannten schiedsgerichtlichen Wege erfolgen kann. Darauf donnert das „Volksblatt“ los:

„War denn in der großen Versammlung nicht ein Genosse, der die Parteigesetze kannte? Wenn unsere gegnerischen Richter solche Justiz gegen uns übten, machten wir einen Heidenhallob, wenn aber unsere eigenen Parteigenossen solche alle eigenen Gesetze mit Füßen tretende Justiz üben, dann begnügt sich der „Vorwärts“ mit der Erinnerung an die Bestimmungen des Parteistatuts, statt daß er den Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises einmal ganz gehörig die Leviten gelesen hätte. Das „souveräne Volk“ soll die Entscheidung haben, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch ihm gegenüber die allerrücksichtsloseste Kritik Platz greift. Wenn in ganz Berlin Parteiversammlungen stattfinden, dann machen wir uns im Reiche schon darauf gefaßt, daß wir wieder eine ganze Menge Arbeit bekommen, um den Stank, der aus den Berliner Versammlungen heraus sich im ganzen Reiche verbreitet und der gegnerischen Presse dient, uns dran riechen zu lassen, für uns unschädlich zu machen. Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß die Berliner Parteiregierung etwas kräftiger zugriffe.“

Unser wertes Bruderblatt darf sich beruhigen: die Berliner Genossen — zumal die Organisationsleiter — wissen mit den Parteigesetzen so gut Bescheid, daß sie es nicht nötig haben, sich etwa erst vom Genossen Peus einen Katechismus dazu schreiben zu lassen. Der Hinweis des „Vorwärts“ auf die neuen Ausschlußbestimmungen des Parteistatuts war nicht auf die Genossen des 6. Kreises gemünzt, sondern auf solche, die beim Lesen sich klauberisch an Worte halten, statt dem Sinn und dem Wesen des Gesagten auf den Grund zu gehen — also etwa auf Genossen vom Schlage des Verfassers jener Notiz im „Volksblatt“. Man braucht gerade kein Genie zu sein, um zu erkennen, daß der gerügte Beschluß der Generalversammlung des 6. Kreises — wenn er so auszulegen wäre, wie ihn das „Volksblatt“ versteht — nach den Parteigesetzen einfach ungültig sein würde! Aber die ganze Aufregung ist unnütz; denn selbstverständlich ist bei dem Beschlusse von vornherein an das geregelte und zurzeit einzig mögliche Ausschlußverfahren gedacht. Doch da es im § 27 des Organisationsstatuts ausdrücklich heißt: „Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden“, so muß selbstverständlich die ein Ausschlußverfahren planende Organisation erst ihre Mitglieder befragen, ob sie mit dem beabsichtigten Ausschlußantrage einverstanden sind oder nicht! So aber und nicht anders war jene Abstimmung in Berlin zu verstehen. Wenn das „Volksblatt“ Mühe hat, sich beim schriftlichen Ausdruck seiner Gedanken mit voller Klarheit verständlich zu machen, so darf es doch nicht erstaunt sein, daß in einer langen, erregten mündlichen Debatte nicht alle Einzelheiten so deutlich gesagt werden, daß nicht hier und da eine kleine Unklarheit mit unterläuft.

Anstatt sich zum Sittenprediger aufzuwerfen, sollte das „Volksblatt“ lieber vor seiner eigenen Türe kehren und nicht (siehe die Stilprobe oben!) mit Parteigenossen in einem Tone reden, daß man nach dem Kopf des Blattes sehen muß, um zu konstatieren, ob man wirklich ein sozialdemokratisches oder aber ein Scharfmacherorgan vor sich hat.

Die Forster Zwistigkeiten. Vom Genossen Marckwald sind uns zwei Schreiben zugegangen. In dem ersten bemerkt er, daß unser Wunsch, der Parteivorstand möge baldigst in der Angelegenheit eingreifen, auch der seine sei. Sein Bestreben sei stets gewesen, eine Untersuchung durch den Parteivorstand herbeizuführen. Hätte man ihm die zugesagt, so würde er auf Ausschlußanträge verzichtet haben. Erst nachdem seine Bemühungen erfolglos gewesen seien, habe er notgedrungen die Ausschlußanträge gegen die Genossen Perner und Kuhendunst gestellt. Marckwald beschuldigt die beiden, wider besseres Wissen unzutreffende Beschuldigungen gegen ihn erhoben zu haben. Als Schiedsrichter wurden gewählt: die Genossen Reichstagsabg. Ledebour, Reichstagsabg. Südekum, Krankenkassenbeamter Sailer-Luckenwalde.

Gen. Marckwald betont schließlich, daß unter den „kleinen Schwächen“, die nach seiner Forster Rede in seinem Falle dazu gedient haben sollen, einen Mann zu verderben, nicht etwa Weibergeschichten, Schulden oder Trunksucht zu verstehen seien; es handele sich vielmehr um ganz harmlose Dinge, wie Besuch sogenannter „besserer“, aber nicht gesperrter Lokale und ähnliches.

In dem zweiten Schreiben bestreitet Marckwald die Richtigkeit der Behauptung des Gen. Plottke, daß die letzte Versammlung des Ortsvereins Forst die Plottkesche Darstellung der Marckwaldschen Rede in der ersten Versammlung als richtig anerkannt habe. Die Versammlung habe sich dazu gar nicht geäußert. (Wir schließen hiermit nun die Kontroverse über diesen genügsam erörterten Streitpunkt.)

In einer Besprechung der Angelegenheit hat das „Offenbacher Abendblatt“, dessen Redakteur Genosse Wittrisch früher in Forst tätig war, eine bemerkenswerte Anregung gegeben. Es bedauert, daß der Parteivorstand nicht schon früher schlichtend eingegriffen habe. Der Parteivorstand könnte freilich anführen, er dürfe nicht parteiisch erscheinen, da er eventuell später den Vorsitzenden eines Schiedsgerichts zu ernennen habe.

Der Verlauf der Sache lege deshalb nahe, „künftig dem Vorstand die Ernennung des Schiedsgerichtsvorsitzenden abzunehmen und sie etwa dem Ausschuß (soll wohl heißen Kontrollkommission Red. d. „Vorw.“) oder einer Abteilung des Ausschusses zu übertragen. Es ist doch ein unangenehmer Zustand, wenn der Parteivorstand aus lauter Rücksicht, ja nicht parteiisch zu erscheinen, gar nichts Ernstes zur rechtzeitigen Dämpfung solcher Konflikte tut.“

Spazierstöcke und Regenschirme — Hieb- und Stoßwaffen?

In Thorn sollte am 24. Juni eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, in der Genosse Zigon-Breslau über die Zustände in den Thorner Bäckereien sprechen wollte, weil die Bäcker dort zurzeit im Streik liegen. Als die Versammlung eröffnet war, verlangte der überwachende Polizeibeamte die Entfernung der Spazierstöcke und Regenschirme aus dem Versammlungssaale!! Diesem unberechtigten Verlangen kamen die Versammlungsbesucher — wenn auch in großer Entrüstung — nur nach, um die Versammlung nicht zu vereiteln. Dann sollten noch einige Kinder im Saale sein und der Polizeibeamte verlangte deren Entfernung. Als der Vorsitzende, der die Kinder in der stark besuchten Versammlung nicht bemerken konnte, dem Beamten erwiderte, es wären keine Kinder da, löste der „Ueberwachende“ die Versammlung schließlich auf.

Der rote Zylinderhut als „grober Unfug“ in Erfurt, die Spazierstöcke und Regenschirme als Stoß- und Hieb-, womöglich noch als Schußwaffen in Thorn, so reiht sich Glied an Glied zu einer schönen Kette.

Döbritschen steht noch.

Die öffentliche Versammlung in Döbritschen (einem Dörfchen in Sachsen-Weimar, in dem es 45 Reichstagswähler gibt), in der am Sonnabend der sozialdemokratische Reichstagskandidat, Malermeister Paul Leutert aus Apolda, über die gegenwärtige politische Lage einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag hielt, war von etwa 70 Personen besucht, darunter befanden sich 25 Jenenser. Der Redner nahm namentlich den neuen Steuerkurs der Regierung vor. Eine Diskussion fand nicht statt. Obgleich die Versammlung behördlich nicht überwacht war, verlief sie ohne „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Der Bürgermeister wollte anfänglich gar nicht glauben, daß sein nach dem Schema F erlassenes Versammlungsverbot aufgehoben sei; erst nachdem man ihm die Verfügung des Bezirksdirektors im Original unter die Augen hielt, schickte er sich mit Würde ins Unvermeidliche. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein haarsträubendes Urteil fällte das Hansestadt Bremische Schöffengericht zu Bremerhaven in einer Lokal-Boykottsache. Die im Gewerkschaftskartell und im sozialdemokratischen Verein organisierte Arbeiterschaft der Unterweserorte trat im März d. J. mit den Saalwirten in einen Kampf, um der Arbeiterschaft neue Versammlungslokale zu erobern. Dieser Kampf ist heute nahezu erledigt. Bis auf den Besitzer eines kleineren Lokals haben alle Wirte ihr Lokal nach kurzer Dauer des über sie verhängten Boykotts zur Verfügung gestellt. Mit diesem Boykott hatte sich nun das eingangs erwähnte Gericht am Donnerstag der vorigen Woche zu befassen. Von seiten der Amtsanwaltschaft war nämlich Anklage erhoben worden gegen den Genossen H. Kurth, Expedient der „Norddeutschen Volksstimme“, weil er durch die Aufnahme der Boykottannoncen — — groben Unfug verübt haben soll! K. war Vorsitzender der Boykottkommission; gleichzeitig ist er „Verantwortlicher“ für die Inserate der Zeitung. Die fraglichen Annoncen hatten die Bekanntmachung des Boykotts und die Aufforderung zu dessen strikter Beachtung zum Inhalt und richteten sich „An die Gewerkschafts- und Parteigenossen der Unterweserorte“.

Ein jeder Laie wird nun wohl schon allmählich wissen, daß nach den höchsten gerichtlichen Urteilen derartige Boykottannoncen straffrei zur Veröffentlichung gelangen können. Anders steht's aber mit dem Bremerhavener Schöffengericht. Nach ihm begeht der Auftraggeber — wenn man ihn anders nicht gut fassen kann — zum mindesten „groben Unfug“, der um so schwerer wiegt, als der Boykott sich als „Eingriff in die Meinungsfreiheit anderer“ darstelle! Deshalb sei auch der Angeklagte „um so schwerer zu bestrafen. Eine Geldstrafe — so deduziert das Urteil — erscheine dem Gericht „nach der ganzen Sachlage“ nicht angebracht. Es ging auch noch über den auf 12 Tage Haft lautenden amtsanwaltlichen Antrag hinaus und erkannte auf 18 Tage Haft!!

Jedenfalls wird sich der Bremische Richter von der höheren Instanz im Berufungsverfahren, das selbstverständlich eingeleitet wird, eine Korrektur seiner juristischen Ansicht gefallen lassen müssen. Immerhin liefert uns sein „Urteil“ aber wieder einen Stein zu dem Bau: „Klassenjustiz“.

Vom ambulanten Verfahren.

Ueber den Prozeß des bekannten Konsumvereinsverfolgers Prof. Suchsland gegen den Genossen Redakteur Zander von der Frankfurter „Volksstimme“ wird aus Halle a. S. noch berichtet:

Suchsland hatte in Frankfurt a. M. eine seiner bekannten Pöcklerreden gegen die Konsumvereine gehalten, wofür er in der „Volksstimme“ etwas angeulkt worden war. Suchsland, der sich beleidigt fühlte, klagte nicht etwa in Frankfurt, sondern — seiner Bequemlichkeit wegen — in Halle, da er durch Auskunft des Postamts Halle ermittelt hatte, daß die „Volksstimme“ in Halle in zwei Exemplaren vertrieben werde!! Ein Exemplar davon erhält die Redaktion des „Volksblattes“. Zanders Verteidiger bemängelte die Zuständigkeit des Halleschen Schöffengerichts. Das Gericht erklärte sich aber zur Aburteilung des Falles für kompetent und bestrafte unseren Genossen mit 150 Mark. Herr Suchsland hatte in seiner „bescheidenen“ Weise „zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung“ für Genossen Zander eine Freiheitsstrafe erbeten, da man nach dem Jenaer Parteitag gesagt habe, der Ton müsse „ruppiger“ werden! Diese „Ruppigkeit“ komme in den Artikeln der „Volksstimme“ zum Ausdruck. —

Wer das Auftreten Suchslands kennt, wird nicht in Abrede stellen können, daß seine Vorstellungen auf der Höhe der Pöcklerversammlungen stehen.

Soziales.

Von den Lohnerhöhungen.

In den Berichten vieler Berufsgenossenschaften für das Jahr 1905 wird mit großer Wichtigkeit hervorgehoben, daß das Lohnniveau der Arbeiter im letzten Jahre wieder gehoben worden sei, daß die Gesamtlohnsumme eine recht kräftige Zunahme aufweise, so z. B. in der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, in der Papiermacherberufsgenossenschaft und anderen.

Sieht man sich aber diese „recht kräftige“ Zunahme näher an, so ist sie eine recht winzige und gänzlich ungenügend, die allgemeine Preissteigerung der Lebensmittel im vergangenen Jahre auszugleichen, geschweige zu übersteigen. Nach der eigenen Angabe der Papiermacherberufsgenossenschaft stellte sich der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters dieser Betriebe

	1904	1905
in Papierfabriken . . .	725,91 M.	747,57 M.
„ Pappenfabriken . . .	631,61 „	645,54 „
„ Holzschleifereien . . .	696,06 „	716,58 „
„ Zellulosefabriken . .	861,55 „	885,36 „

Das ist also eine Lohnerhöhung von 2,2 Prozent bis 2,9 Prozent oder von 14 bis 23 Mark für's ganze Jahr. Rechnet man den Bedarf einer Arbeiterfamilie an Fleisch allein sehr mäßig auf 5 Pfund pro Woche, so reicht diese kräftige Lohnerhöhung noch nicht aus, um die Preiserhöhung zu bestreiten, die diese 5 Pfund Fleisch pro Woche im letzten Jahre erfahren haben, nicht zu reden von den Steigerungen der übrigen notwendigen Nahrungs- und Lebensmittel und der Mietspreise. Dabei sind das die Durchschnittslöhne, die von gar vielen Familienvätern und -Müttern nicht erreicht werden. Auch die Gewerbeaufsichtsbeamten heben in ihren Berichten hervor, daß die Lohnsteigerungen im letzten Jahre die allgemeine Lebensmittelverteuerung nicht wett gemacht haben. So sagt der Bericht aus dem Bezirk Köln: „Mit der Verteuerung des Lebensunterhalts hat die Steigerung der Löhne im allgemeinen nicht Schritt gehalten.“ Seite 422. Aehnlich lautet der Bericht aus Wiesbaden (S. 356). In weit höherem Maße sind gestiegen, trotz ihrer schon in den vorhergehenden Jahren sehr hohen Stände die Dividenden vieler Gesellschaften, z. B. verteilten die Elberfelder Farbwerke pro 1905 33 Proz. Dividende gegen 30 Proz. im Jahre 1904, die Chemische Fabrik Rhenania in Aachen 1905 22 Proz. gegen 20 Proz. für 1904, die Dynamit-Aktiengesellschaft Nobel für 1905 19 Proz. gegen 16 Proz. für 1904, die Chemische Fabrik auf Aktien vorm. Schering für 1905 16 Proz. gegen 15 Proz. für 1904 usw. Das sind ganz andere Steigerungen als die so „kräftige“ der Arbeiterlöhne. Bei den Arbeitern vieler Betriebe haben allerdings auch bedeutende Steigerungen stattgefunden, nämlich in den erlittenen Unfällen, den leichteren wie den schwereren.

Dritter Verbandstag der Tapezierer.

Der Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt. Der Verband hat sich gut entwickelt. Namentlich der Bericht über die Lohnbewegungen beweist, daß der Verband seit seiner letzten Generalversammlung in Magdeburg gewaltige Fortschritte gemacht und die früheren Perioden weit überholt hat. Am deutlichsten wird das durch die Einnahmen des Verbandes veranschaulicht. Sie betrugen inkl. Bestand aus dem Vorjahre 1903: 88 319, 1904: 134 014, 1905: 214 128 M. In den Lokalkassen betrugen die Einnahmen 1904: 40 884, 1905: 56 999 M. Am Schlusse des Jahres 1902 hatte der Verband in 110 Filialen 4759 Mitglieder; von diesen hatten 3492 für volle 52 Wochen Beiträge bezahlt. Am Schlusse des Jahres 1905 aber hat der Verband in 117 Filialen 6755 Mitglieder, von welchen 5349 für volle 52 Wochen Beiträge bezahlt haben. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres a) ohne Lokalkassen 1903: 25 281, 1904: 71 165, 1905: 79 338 M.; b) mit den Vermögen der Lokalkassen 1904: 94 762, 1905: 105 527 M. Am Schlusse des ersten Quartals 1906 beträgt das Verbandsvermögen in der Hauptkasse 83 100,75 M.; 7520,72 M. haben die Orte zurückbehalten, und ein Vermögen von 23 223,80 M. hatten die Filialen in ihren Lokalkassen. Das sind insgesamt 113 845,37 M., über die der Verband verfügt.

Interessant sind die Mitteilungen über die Arbeitslosenunterstützung. Es wurden im Jahre 1905 verausgabt an 1410 Mitglieder: Arbeitslosenunterstützung 18 042,50 M., Reiseunterstützung 4100 M., zusammen 22 142,50 M., und zwar erhielten nur Arbeitslosenunterstützung 746 Mitglieder, nur Reiseunterstützung 506, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 158 Mitglieder. Pro Kopf der Mitglieder verausgabten wir im Jahre 1905 3,91 M. an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß von den 6755 Verbandsmitgliedern im vierten Quartal 1905 nur 3585 Mitglieder tatsächlich bezugsberechtigt waren, das sind 52 Prozent. Im ersten Quartal waren von 7573 Mitgliedern 4223 bezugsberechtigt, das sind 55½ Prozent. Die Agitation war in den letzten Jahren eine recht rege. Wie in anderen Verbänden, so wurden auch von den Tapezierern im Laufe der letzten Zeit mehrere Verbandsbeamte angestellt. Bezüglich der Lohnbewegungen wird in dem Rechenschaftsbericht gesagt, daß der Verband im Jahre 1904 in neun Orten Angriffsstreiks hatte, nämlich in Chemnitz, Köln, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Hagen i. W., Hannover, Zwickau und Königsberg. An diesen Streiks waren 531 Kollegen beteiligt; davon gehörten 484 der Organisation an. Diese Streiks kosteten 6460 M. Dann war der Verband noch in fünf Orten an Aussperrungen engagiert: in Nürnberg, Eutin, Fürth, München und Bremen. Daran waren 27 Kollegen beteiligt; die Kosten betrugen 927 M. Tarife wurden in Dresden, München, Hannover, Bremen, Kiel und Hamburg geschaffen. In Hamburg wurde der Tarif mit der Innung fast in derselben Form abgeschlossen, wie er im Jahre 1903 von der Gehülfenschaft abgelehnt worden war.

Weitaus schwieriger gestalteten sich die Kämpfe im Jahre 1905. In 18 Orten hatten wir Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 13 Orten Aussperrungen und Werkstattstreiks. Die Streiks kosteten zusammen 54 555 M. Beteiligt waren direkt als Streikende 2061 Kollegen. Der große Streik der Leipziger Kollegen kostete 19 433 M. Er ging verloren größtenteils durch die eigenartige Gliederung des Leipziger Tapezererberufs, der in seinem überwiegenden Teil aus Kleinmeistern besteht, die zum Teil gar keine oder doch nur einzelne Leute beschäftigen, dafür aber in den Innungsversammlungen das große Wort führen und die Beschlüsse fassen. Diese kleinmeisterlichen Elemente leiden zum großen Teil an einem Unverständnis der eigenen sozialen Berufslage, die aller Beschreibung spottet. Ein Teil dieser Elemente hatte nichts Eiligeres zu tun, als in den wenigen größeren Geschäften Arbeitswilligendienste zu verrichten, und das während der Frühjahrssaison, wo man doch annehmen sollte, daß selbst die Angstkrauter etwas Arbeit haben. Die Leute machten aber den Raußreißer bei jenen, die ihnen angeblich die Existenz rauben. Die wirtschaftliche Konjunktur war speziell den Leipzigern zur Zeit des Kampfes sehr ungünstig. Jedenfalls muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die von den Leipzigern angewendete Taktik, bei solcher Berufslage den allgemeinen Generalstreik für den ganzen Platz zu proklamieren, in ähnlichen Fällen nicht wiederholt werden darf. Ueberall, wo eine größere Anzahl Betriebe von großer wirtschaftlicher Bedeutung vorhanden ist, läßt sich eher darüber reden, aber nicht dort, wo das wirtschaftlich schwache Kleinmeistertum vorherrschend ist.

Der Erfolg des Jahres 1905 kommt etwa 3580 Kollegen zugute, für die eine Arbeitszeitverkürzung von 4420 Stunden pro Woche errungen wurde. Die Lohnerhöhung beträgt etwa 10 250 M. pro Woche; das machte auf den Kopf im Durchschnitt 3,20 M. Dann wurde bessere Bezahlung der Ueber-, Sonntags- und Nachtarbeit erzielt.

Ueber die Streiks im Jahre 1906 läßt sich ein abschließender Bericht noch nicht geben. Trotzdem etwa 38 Orte insgesamt an den Lohnbewegungen beteiligt sind, kann konstatiert werden, daß die Unkosten in diesem Jahre verhältnismäßig sehr gering sind. Angriffsstreiks hatten wir in 11 Orten; diese erreichten aber nur geringen Umfang. Soweit sich heute feststellen läßt, waren daran 204 Kollegen direkt beteiligt. Diese erkämpften für 970 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche, für 337 Kollegen um drei Stunden pro Woche und für 73 Kollegen um sechs Stunden pro Woche. An Abwehrstreiks und Aussperrungen waren acht Orte mit 106 Kollegen beteiligt. In 19 Orten wurden für eine große Anzahl Kollegen, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, erhebliche Vorteile erzielt. Da auch hier einige Orte den Bericht noch nicht geliefert haben, lassen sich bestimmte Angaben nicht machen. Festgestellt kann werden, daß für 135 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um sechs Stunden wöchentlich, für 171 um drei Stunden wöchentlich und für 970 um eine Stunde wöchentlich erreicht wurde. Für 1546 Kollegen wurde eine Lohnerhöhung von 5953 M. erzielt, im Durchschnitt etwa 3,50 M. pro Woche. Die Gesamtkosten für Streiks werden, soweit es sich feststellen läßt, etwa 12 000 M. betragen.

Erster Verhandlungstag.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 41 Delegierten aus sechs Gauen. Und zwar haben geschickt der Südgau 6, der Westgau 3, der Nordwestgau 4, der Nordgau 9, der mitteldeutsche Gau 7 und der Ostgau 12 Delegierte. Außerdem sind vertreten der Vorstand und Ausschuß, die zwei Gauleiter, Saffenbach von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und von auswärtigen Gästen Genosse Jonson-Kopenhagen für die Organisation der dänischen Tapezierer und Krolik-Wien für die Organisation der österreichischen Tapezierer.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Vorstandsbericht. Der Geschäftsführer des Verbandes, Becker-Hamburg, gibt an Händen des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts ein Bild von der Entwickelung des Verbandes. Wenn derselbe auch nicht mit den großen Verbänden verglichen werden könne, so dürfe doch gesagt werden, daß er in den letzten Jahren sehr gute Fortschritte in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung gemacht hat. Näheres darüber ist aus dem einleitenden Bericht zu ersehen. Sehr zu leiden habe der Verband noch unter der Fluktuation der Kollegen. Hier sei noch sehr viel zu bessern. Auch in bezug auf die Beitragsleistung werde noch sehr viel gesündigt. Durch die Anstellung von Beamten und Hauskassierern sei ja manches gebessert worden; doch müsse auch hier noch viel gebessert werden. Die Kassenverhältnisse im allgemeinen haben sich wesentlich gebessert; ohne die Beschlüsse in Magdeburg wäre das nicht möglich gewesen. Dank dem geordneten Kassenwesen ist der Verband nicht bloß Unterstützungsvereinigung, sondern auch Kampforganisation geworden.

Namens des Ausschusses gibt hierauf Pönicke-Berlin einen kurzen Bericht über die eingelaufenen Beschwerden. Dieselben drehten sich in der Hauptsache um Differenzen, die bei Anstellung einiger Beamten vorgekommen sind. Der Verbandsvorsitzende Grünwald rechtfertigt das Verhalten des Hauptvorstandes und weist nach, daß er bei Anstellung der einzelnen Beamten sich nicht von persönlichen Rücksichten, sondern von rein sachlichen Motiven habe leiten lassen. Wenn die Anstellung später erfolgte, als es der Ausschuß wünschte, so erklärt sich das aus dem Umstand, daß eben der Vorstand die Anstellung noch nicht für notwendig erachtete. Vesper-Osnabrück gibt eine kurze Darstellung der näheren Umstände, warum er den Posten eines Beamten nicht angenommen habe. Der Vorstand habe insofern nicht ganz korrekt gehandelt, als er ihm wenigstens hätte mitteilen müssen, wie die Verhältnisse liegen; das hätte auch im Rechenschaftsbericht deutlicher zum Aus-

druck gebracht werden müssen. **Becker**-Hamburg nimmt den Vorstand gegen die Vorwürfe Pönickes und Vespers in Schutz. Dem Vorstand könne aus seinem Verhalten kein Vorwurf gemacht werden, höchstens dem Magdeburger Verbandstag. Es sprechen noch zu der Sache **Adler**-Halle a. S., **Sander**-Berlin, **Klein**-Hannover, **Wels**-Berlin, die alle, mit Ausnahme Adlers, das Verhalten des Vorstandes bei Anstellung eines Beamten für nicht ganz einwandsfrei erklären. **Spliedt**-Hamburg erklärt, daß er sich in keiner Weise in die Stellung gedrängt habe, in die er gekommen sei. **Rößler**-Leipzig ist der Meinung, daß von einem unkorrekten Verhalten des Hauptvorstandes nicht die Rede sein kann; er habe die Auffassung, daß es sich bei der ganzen Debatte mehr um persönliche als sachliche Erwägungen handelt. (Widerspruch der Berliner Delegierten.) **Wagner**-Nürnberg erklärt als Teilnehmer des Magdeburger Kongresses, daß es die allgemeine Meinung damals gewesen sei, Vesper am 1. Januar 1905 anzustellen. Insofern finde er die Kritik der Berliner berechtigt.

Grünwald-Hamburg rechtfertigt nochmals unter Darlegung des Briefwechsels mit dem Ausschuß das Verhalten des Hauptvorstandes. Er versichert nochmals, daß rein sachliche Motive bei Anstellung der Beamten abgewaltet haben. Nachdem noch verschiedene Redner ihre Meinung zu der Angelegenheit geäußert, wird beschlossen, die Debatte über die Beamtenangelegenheit (Fall Vesper) zu schließen. Verschiedene Redner regen darauf noch an, für eine bessere Revision der Marken beim Hauptvorstande zu sorgen. **Grünwald** weist auf die Schwierigkeiten einer solchen genaueren Revision hin. Damit ist die Debatte über den Vorstands- und Ausschußbericht geschlossen.

Es wird hierauf der **Bericht über die Lohnbewegungen** entgegengenommen. Geschäftsführer **Becker**-Hamburg führt dazu aus: In den letzten Jahren sind eine Reihe Tarife abgeschlossen worden; die Unternehmer zeigen sich für den Abschluß von Tarifen geeigneter wie früher, doch scheine es geboten, bei solchen Abschlüssen sehr vorsichtig zu sein. Denn er könne sich des Gedankens nicht erwehren, als wenn die Unternehmer die Tarife abschlössen, um die Aktionskraft der Arbeiterorganisationen zu lähmen, die Arbeiter zu entnerven. Er habe die Empfindung, als ob einzelne Unternehmer die Tarifabschlüsse dazu benutzen wollten, eine neue Waffe gegen die Arbeiter zu schmieden. Deshalb sei es notwendig, bei Tarifabschlüssen vorsichtig zu sein. Der Redner verbreitet sich dann des näheren über die im Rechenschaftsberichte näher dargelegte Leipziger Streikangelegenheit. Man hat sich dort damals einer Täuschung über die Situation hingegeben, die ich nicht verstehe. Insofern ist es notwendig, daß wir daraus lernen und für die Folge vorsichtiger sind. Die Proklamation des Generalstreiks war ein verhängnisvoller Fehler. Bei Lohnbewegungen in anderen Orten sind eine Reihe schwerer Uebergriffe vorgekommen, die entschieden zu tadeln sind. Man hat sich über die Beschlüsse des Magdeburger Verbandstages hinweggesetzt und ohne Verständigung mit dem Hauptvorstande Mittel bewilligt, die gar nicht genehmigt waren. Daraus erklären sich auch die Anträge, die heute von einzelnen Orten gestellt wurden. Solche Uebergriffe sind umso bedauerlicher, als dem Vorstande dann ganz unberechtigte Vorwürfe gemacht werden, wenn er sich auf die Beschlüsse stützt und die Hergabe von Geldern verweigert. Insbesondere in Nürnberg und Heidelberg ist in der Beziehung schwer gesündigt worden. Ich will auf Einzelheiten heute nicht eingehen; nur warnen möchte ich, in Zukunft in solcher Weise vorzugehen. Besonders auch bei der Inszenierung von Werkstattstreiks ist Vorsicht sehr am Platze, denn meistens führen sie zum Fiasko. Gerade bei Werkstattstreiks muß die Situation vorher genau geprüft werden. Mindestens gehört der Ortsvorstand und, wenn möglich, auch der Hauptvorstand verständigt. Das ist notwendig mit Rücksicht auf die Taktik, die das Unternehmertum den Arbeiterorganisationen gegenüber an den Tag legt. Die Verhältnisse spitzen sich immer mehr zu, und deshalb muß auch mehr Vorsicht, mehr Ueberlegung bei Inszenierung von Lohnkämpfen beobachtet werden. Was die Errungenschaften betrifft, die wir durch die Streiks gehabt haben, so gibt ja der Rechenschaftsbericht nähere Auskunft. In einer ganzen Reihe von Städten sind Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit erzielt worden. Jedenfalls zeigt auch dieser Teil des Berichts, daß es in erfreulicher Weise vorwärts geht.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel sind im Juni wiederum gestiegen, obgleich sie meist schon im Mai einen ungewöhnlich hohen Stand erreicht hatten. Ende Juni standen die Lebensmittelpreise fast durchweg höher als Ende Mai. Nur zwei machen eine Ausnahme: bei Roggen und bei Kälbern ist der Preis gegenüber Mai etwas zurückgegangen. Abgesehen von Roggen ging bei allen anderen Getreidesorten der Preis hinauf; bei Gerste blieb er stabil. Es kostete nämlich in Berlin am Ultimo jeden Monats eine Tonne:

	1905		1906	
	Mai	Juni	Mai	Juni
Weizen	176	173½	180	180½
Roggen	158	152½	158	158½
Hafer	152	156	175	182
Gerste	140	135	152	152
Mais (New York)	94,80	102,15	93,45	97,05

Auch Weizenmehl notierte Ende Juni höher als Ende Mai. Stabil blieben im Juni die Detailpreise für Kartoffeln, Eier und Butter; der beträchtliche Rückgang, der im Großhandel mit Butter stattfand, kam im Kleinverkauf nicht zum Ausdruck. Der Butterpreis stellte sich nämlich Ende des Monats wie folgt. Es kosteten z. B. in Berlin:

	Mai	Juni
50 Kilogramm	104—116	102—109
1 „	2,20—2,80	2,20—2,80

Die Hoffnung auf eine Fortsetzung des Preisrückganges, der sich im Mai für Schweine gezeigt hatte, hat sich nicht verwirklicht; der Juni hat vielmehr eine so kräftige Steigerung gebracht, daß der Preis gegenwärtig wieder ebenso hoch wie im Vorjahr steht. Auch bei Ochsen und Schafen hat der Preis im Juni angezogen. 50 Kilogramm Lebendgewicht kosteten in Berlin Mark:

	Juni 1905	Mai 1906	Juni 1906
Ochsen	27—45	26—46	28—48
Kälber	24—55	26—64	25—58
Schafe	26—37	24—39	26—40
Schweine	58—64	55—61	57—64

Fleisch ist durchweg teurer als 1905. Rind- und Schweinefleisch sind auch im Juni noch weiter gestiegen. Einen Ersatz für Fleischnahrung im Konsum von Fischen zu suchen, stößt angesichts der letzthin wieder kräftig gestiegenen Fischpreise ebenfalls auf Schwierigkeiten.

Eine neue Mißernte in Rußland.

Immer mehr bestätigt sich die Tatsache, daß dem geplagten Zarenreiche eine neue Mißernte droht. Selbst die aus dem russischen Finanzministerium gespeiste „Torg. Prom. Gaz." sieht sich gezwungen, halb und halb zuzugeben, daß mit einer ungünstigen Ernte gerechnet werden muß. Nach ihren Meldungen hat die heiße Witterung im Mai bei einer äußerst ungleichmäßigen Verteilung der Niederschläge im ganzen ungünstig auf die Entwickelung der Pflanzenwelt in den meisten Rayons des europäischen Rußland eingewirkt. Unter besonders ungünstigen Verhältnissen litt in dieser Hinsicht **der ganze östliche Teil Rußlands**, wobei als Hauptzentrum der Beschädigungen infolge der Regenlosigkeit die Gouvernements an der mittleren Wolga erscheinen; hier hat es im Laufe des ganzen Monats nicht **einen einzigen einigermaßen reichlichen Regenfall** gegeben. Die Wintersaaten, welche mit dem Beginn des Frühlings sich in ihrem Wachstum ziemlich gleichmäßig entwickelt hatten und anfangs vollkommen befriedigend standen, begannen schnell sich zu verschlechtern und gelten in den meisten Fällen **jetzt schon als verloren**.

Fast dasselbe konstatiert das Blatt auch von den Sommersaaten. Die später erfolgten Sommersaaten sind überhaupt gar nicht aufgekommen. Der Bezirk mit unbefriedigendem Stand der Saaten, der zunächst das mittlere Wolgagebiet umfaßte, gewann in den letzten zwei bis drei Wochen des Mai noch bedeutend an Umfang in den nordöstlichen und jenseits der Wolga belegenen Gouvernements.

Eine Verschlechterung des Saatenstandes machte sich auch in den östlichen Gouvernements des mittleren Gebietes der Schwarzen Erde bemerkbar. In den zentralen Gouvernements haben die Saaten eine weniger ernste Verschlechterung erfahren, zum Teil dank den inzwischen niedergegangenen, wenn auch geringen Regenfällen. Im westlichen Rußland hielt im Laufe des Mai eine feuchte, an Niederschlägen reiche Witterung an, welche ebenfalls nicht besonders günstig für die Saaten war; ein Teil derselben hat sich hier infolge der übermäßigen Feuchtigkeit gelagert, in vielen Gegenden jedoch, besonders im Südwesten, fiel die Regenzeit mit der Zeit der Blüte des Getreides zusammen, und der schlechte Einfluß derselben muß sich auf die Qualität der Ernte äußern.

Als Ergebnis der Witterungsbedingungen hat sich nach der Schätzung des genannten Blattes der Saatenstand in Rußland im allgemeinen verschlimmert und muß gegenwärtig als **ungefähr mittelmäßig** bezeichnet werden, wobei die Wintersaaten eine mittelmäßige und die Sommersaaten eine **noch nicht mittelmäßige** Ernte versprechen.

Glück auf! Ihr Millionen!

Einen netten Beleg zum Kapitel „Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit", eine bittere Selbstironie für diejenigen Arbeiter, welche gutgläubig die Lüge akzeptieren, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und -Ausbeutung habe irgend etwas mit moralischen Faktoren zu tun, bildet das nachstehende Inserat, das in den „Braunschweiger Nachr." veröffentlicht wird:

Kali! „Hercynia"! Kali!

Um etwaigen Irrungen entgegenzutreten, so erklären wir Arbeiter, daß wir bis heute vergeblich gewartet haben, für treu und redlich geleistete Arbeiten (bis zu zwanzigjährige Leistungen) noch vor Uebertritt in staatliche Verhältnisse

finanziell bedacht zu werden.

Bei dem Kaufpreise von 31 Millionen und bei dem etwa 24 Millionen betragenden Verdienste der Gewerkschaft „Hercynia" bis Ultimo Juni cr. war nichts für den Arbeiter über. Zuwendungen für Invaliditäts- oder Krankenkassenangelegenheiten scheinen der Gewerkschaft „Hercynia" ein

„Noli me tangere!"

Glück auf! Ihr Millionen! Glück auf!

Diese Adresse an ihre verflossenen „Brotgeber" veröffentlicht die Belegschaft des Kaliwerkes „Hercynia", nachdem sie in der Annahme, es würde von dem reichen Millionensegen etwas für sie abfallen, sich getäuscht sieht. Die betreffenden Arbeiter sind aber im Irrtum, wenn sie in den Hercynialeuten besonders hartherzige, ausnahmsweise geizige Menschen sehen. Das Kapital ist allgemein in seiner Natur raubtierartig, und es ist unbezähmbar. Nicht im Vertrauen auf das Kapital findet der Arbeiter seine Interessen gewahrt, sondern nur im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, in letzter Linie durch Ausschaltung des Kapitals als Faktor im Produktionsprozeß.

Die Einfuhr von brasilianischem Obst nach Europa, welche die interessierten Kreise schon lange beschäftigt, soll jetzt zur Tatsache werden. Eine englische Schiffahrtsgesellschaft hat sich bereit erklärt, Musterkisten von den in Betracht kommenden Ananas, Bananen und Orangen aus dem Staate Rio de Janeiro versuchsweise kostenfrei zu transportieren. Auf diese Weise soll festgestellt werden, ob die Beförderung über den Aequator ohne allzu hohe Spesen und Verluste durchführbar ist.

Gerichts-Zeitung.

Unberechtigte Versammlungsauflösung.

Wunderbare Argumente waren es, mit denen die Behörden die Auflösung einer öffentlichen Volksversammlung für Züllichau zu rechtfertigen suchten. Der Genosse Zigarrenarbeiter Appelt hatte zum 3. Dezember vorigen Jahres eine öffentliche Volksversammlung nach dem Lokal von Klopsch in Züllichau einberufen, wo Genosse Silberschmidt-Berlin über die Notwendigkeit der politischen Organisation reden sollte. Es hatten sich auch etwa 20 Frauen eingefunden. Der überwachende Beamte forderte ihre Entfernung. Als dem nicht nachgekommen wurde, löste er die Versammlung auf. Eine Beschwerde bei dem Landrat hatte keinen Erfolg. Gleich der Polizeibehörde, die die Auflösung gebilligt hatte, stempelte er die von dem **Zigarrenarbeiter** A. einberufene **öffentliche Volksversammlung** zu einer Veranstaltung — der **Zahlstelle des Zimmererverbandes** und diese Zahlstelle zu einem — politischen Verein gemäß § 8 des Vereinsgesetzes, an dessen Sitzungen und Versammlungen Frauen nicht teilnehmen dürften. Der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. verwarf eine weitere Beschwerde aus denselben „Gründen".

Appelt klagte dann beim Oberverwaltungsgericht mit dem Antrage, die Auflösung für unberechtigt zu erklären. Er bestritt vor allem, daß die Versammlung auf Veranlassung einer Gewerkschaftszahlstelle einberufen worden sei. Es wäre, was auch die Anmeldung ergebe, eine öffentliche Volksversammlung gewesen. Im übrigen wandte sich auch Kläger dagegen, daß man so aus der Luft heraus eine Gewerkschaftszahlstelle für einen politischen Verein erkläre.

Der beklagte Regierungspräsident reichte die „polizeilichen Vorgänge" — die Polizeiakten — ein. Ein Bericht der Polizeiverwaltung besagte: In einer Zimmererversammlung vom 5. November sei „beschlossen" worden, am 19. November eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen, in der Silberschmidt auftreten sollte. Die Zahlstellen der Gewerkschaften seien nun politische Vereine, so meinte der polizeiliche Bericht weiter. Dazu gehöre auch die Zahlstelle der Zimmerer. Sie verfolgten nicht nur materielle Verbesserungen, sondern auch sozialdemokratische Zwecke und Ziele. Diese Versammlung vom 19. November sei somit wegen ihrer Einberufung infolge eines Beschlusses der Zimmerer die eines politischen Vereins gewesen. Sie sei auch schon aufgelöst worden, weil sich die Frauen nicht gesondert setzen wollten. Silberschmidt habe unverrichteter Sache abreisen müssen. Dann sei die hier in Frage stehende Versammlung vom 3. Dezember gekommen. Wenngleich der Kläger sage, er allein sei der Einberufer der Versammlung vom 3. Dezember und es wäre eine öffentliche Volksversammlung gewesen, so sei doch anzunehmen, daß er im Auftrage der Gewerkschaften handelte. Er habe eine sogenannte Schiebung gemacht. Wegen der Frauen, die die Versammlung nicht verließen — ein besonderer Platz sei nicht vorhanden gewesen — habe die Auflösung erfolgen müssen. **Im übrigen hätte sie schon deshalb aufgelöst werden müssen, weil durch den Tabakqualm die Gesundheit der Frauen gefährdet gewesen sei.** Der Einberufer habe sich gesichert gehabt, indem er gleich zwei Versammlungen angemeldet hatte. Bei der zweiten, die dann stattfand, habe Silberschmidt über die sozialdemokratischen Ziele gesprochen.

Das **Oberverwaltungsgericht** erkannte dieser Tage, daß die Auflösung der Versammlung für **unberechtigt** zu erklären und die Kosten dem Regierungspräsidenten zur Last zu legen seien. Dem krausen Wirrwarr des von der Polizeibehörde bis in die letzte Instanz Vorgebrachten vermochte das Gericht eine Bedeutung nicht beizulegen.

Fahrlässiger Verstoß gegen das Musterschutzgesetz strafbar?

Wegen Vergehens gegen das Musterschutzgesetz ist am 4. Dezember v. J. von der Strafkammer in **Koburg** der Kaufmann Richard **Pflüger** in Oberlind zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt worden. Der Firma Goldscheider in **Wien** und **Leipzig** ist am 9. Februar 1904 Musterschutz für ein Modell erteilt worden, welches eine Standuhr mit Mädchen in holländischer Tracht darstellt. Der Angeklagte hatte im Sommer 1904 den Modelleur Richter engagiert und durch diesen ein ähnliches Modell anfertigen lassen. Richter will das Goldscheiderschc Modell in München gesehen und aus der Erinnerung mit einigen Aenderungen nachgebildet haben. Der Angeklagte hat das Richtersche Modell vervielfältigt und drei Exemplare nach Leipzig verkauft. Goldscheider hatte dies erfahren und schrieb dem Angeklagten im September 1904, er dürfe das Modell nicht weiter vertreiben, da es eine Nachbildung des ihm geschützten Modells sei. Pflüger antwortete ihm darauf am 1. Oktober. Kurz darauf war er in Heidelberg und sah im Geschäfte des Hofkunsthändlers Edmund v. König das Goldscheiderschc Originalmodell. Er sagte dem Angestellten L., er könne ein ganz ähnliches Modell für 33 M. liefern. (Das Goldscheiderschc kostet mehr als das Doppelte.) Der Angeklagte hat dann später dem Kaufmann G. in **Sonneberg** mehrere Exemplare seines Modells verkauft und G. hat sie weiter verkauft. Ein Exemplar hat der Angeklagte um dieselbe Zeit im Schaufenster eines anderen Kaufmannes in Sonneberg ausstellen lassen. Das Gericht hat festgestellt, daß es sich bei dem Modell des Angeklagten lediglich um eine Nachbildung des Goldscheiderschen Modells handelt. Es hat die §§ 1, 5, 7 und 14 des Gesetzes vom 11. Januar 1876 in Verbindung mit § 15 des Gesetzes vom 11. Juni 1870 angewendet und eine **fahrlässige** Handlung des Angeklagten angenommen. Die Fahrlässigkeit besteht nach Ansicht der Strafkammer darin, daß er nach dem Empfang des Briefes von G. und nachdem er in Heidelberg das echte Modell gesehen, es unterlassen hat, Erkundigungen einzuziehen, ob das Modell geschützt sei. — Auf die **Revision** des Angeklagten hob das Reichsgericht vorgestern das Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. — Der § 25 des Urhebergesetzes an Schriftwerken vom 11. Juni 1870, welcher hier als Strafnorm in Betracht kommt, bedroht, was die Strafkammer übersehen hat, lediglich **vorsätzliches** Handeln mit Strafe. Die Verurteilung wegen **fahrlässiger** Nachbildung war deshalb nicht haltbar. Es wird darum nochmals zu prüfen sein, ob eine strafbare Handlung vorliegt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

E. T. J. Nein. — **M. H. 13.** Die Geburtsurkunden und Ihr Militärpapier, nicht die Genehmigung der Militärbehörde, sowie die Einwilligung des Vaters der Braut ist erforderlich. — **M. M. 4855.** Die Sache kann trotzdem weiter gehen. — **Kurt N.** Soweit ersichtlich, ist es das geratenste für Sie, den Einspruch zurückzuziehen. — **F. S. 77.** Soweit Ihre Darlegungen erkennen lassen, ist die Mitgliedschaft nicht erloschen. Eine genauere Auskunft könnte nur nach Einsicht in das Statut selbst erfolgen. — Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten frei. — **M. P. A.** 1. Die Adressen der Anwälte usw. finden Sie im Adreßkalender. 2. Ja. — **Erich, Rixdorf.** Die Möglichkeit liegt vor. — **M. H. 25.** 1. Nein. 2. und 3. Sie könnten lediglich Ihre Forderung durch einen Anwalt einklagen lassen. Die Kosten für den unterliegenden Teil würden etwa 50 bis 60 M. betragen. — **M. D., Rixdorf.** Nein. — **H. S. 51.** Sie können bis am 15. zum 1. kündigen. — **K. 34.** Die Vorschrift Ihres Mietsvertrages ist entscheidend, eventuell hätten Sie in einer angemessenen Zeit, über die Sie sich mit dem Wirt einigen müßten, die Wohnung zur Besichtigung freizustellen. — **F. 23.** 1. Sie leben außer Gütergemeinschaft, können aber zur weiteren Sicherung noch einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag schließen, in dem das Eigentum der Frau anerkannt wird und der Ehemann auf sein Verwaltungs- und Nutzbrauchrecht verzichtet. Ein Beispiel finden Sie Seite 225 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 2. Wenden Sie sich an die Gewerkschaft oder an die amtliche Auskunftsstelle für Auswanderer, Schellingstr. 4. 3. Das Urteil ist auch im Ausland vollstreckbar und verjährt erst in 30 Jahren, von der letzten fruchtlosen Pfändung ab gerechnet. Der außereheliche Erzeuger hat nicht das Recht, das Kind zu sich zu nehmen. 4. Die Ehefrau haftet nicht. — **44.** Ja. — **W. S. 32.** Die Drohung ist nicht berechtigt, Beschwerde ist an die Polizeiverwaltung zu richten. Soweit der Sachverhalt ersichtlich ist, würde die Beschwerde aber dem Mädchen Nachteile bringen können. — **B. St. 224.** Der von Ihnen angegebene Grund berechtigt Sie nicht zur vorzeitigen Aufhebung des Vertrages. — **M. 7.** Sie sind nicht verpflichtet, die Schuld Ihrer Frau zu zahlen. — **R. O. 1001.** Ihre Frage ist unverständlich. Wenn Ihr Frau will, kann Sie selbstverständlich zu Ihnen kommen. Erzwingen können Sie das Kommen nicht. — **L. R.** Uns nicht bekannt, wenden Sie sich an die Gewerkschaft. — **R. H. 112.** 1. Ja. 2. Nein. — **Grabowsee.** 1. Der Zusatz ist statthaft. 2. Die Statuten sind entscheidend, allgemeine Fragen lassen sich nicht beantworten. — **Krusnö-Bücker.** Es ist eine ebenso weit verbreitete wie irrtümliche Ansicht, daß man von einem Vertrage einseitig innerhalb 24 Stunden zurücktreten könne. Sie sind an den Vertrag gebunden. — **H. 99.** Nein. — **G. S. 1200.** Sie müßten sich an das Bezirkskommando wenden. — **A. G. 101.** Sie könnten auf Schadenersatz klagen. — **E. W. 27.** Das Attest ist nicht unentgeltlich. — **G. O. 39.** 1. Der Verdacht würde zur Scheidung nicht ausreichen. 2. Nein. 3. Ja. — **A. B. 25.** Die Kündigung würde in Ordnung sein. — **M. W. 100.** Wenn nicht etwa aus dem übrigen Inhalt des Vertrages etwas Gegenteiliges folgt, so verlängert sich der Vertrag immer um ein Vierteljahr. — **R. B. 27.** 1. Die vom Mann ausgesprochene Kündigung wird vom Gericht als gültig auch der Frau gegenüber erachtet. Klagen Sie auf Anerkennung der rechtmäßigen Kündigung. 2. Die im Vertrage ausgemachte eventuell angemessene Zeit ist maßgebend. — **Alte Schönhausenerstraße.** 1. und 2. Nein.

Witterungsübersicht vom 3. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Stornemde	768	SO	3	wolkenl	18	Haparanda	767	SW	4	wolkig	12
Hamburg	767	O	2	Dunst	16	Petersburg	771	WNW	1	wolkig	15
Berlin	767	SO	2	wolkig	16	Scilly	765	NNO	2	halb bd.	14
Frankf. a. M.	764	NO	2	wolkenl	16	Aberdeen	766	WNW	2	heiter	12
München	764	SO	4	heiter	15	Paris	763	ONO	1	wolkig	16
Wien	766	N	1	heiter	15						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. Juli 1906.

Ziemlich heiter, etwas wärmer bei schwachen südöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 2. Juli. **Elbe** bei Aussig + 0,09 Meter, bei Dresden — 1,40 Meter, bei Magdeburg + 1,46 Meter. — **Unstrut** bei Straußfurt + 1,40 Meter. — **Oder** bei Ratibor + 1,42 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,21 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,52 Meter, bei Frankfurt + 1,84 Meter. — **Weichsel** bei Brahemünde + 3,44 Meter. — **Warthe** bei Posen + 0,92 Meter.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Gesellschaft"**, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag Berlin W. 15, Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., ist soeben das 27. Heft erschienen.

Der Tropenpflanzer. Organ des kolonialwirtschaftlichen Komitees. Nr. 7. Erscheint monatlich. Preis jährlich 10 M. Geschäftsstelle Berlin NW., Unter den Linden 40 I.

Die Preßfreiheit der Offiziere seit den Karlsbader Beschlüssen 1819. Von einem alten Studiosus Juris. 23 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag H. Walther, Berlin W. 30.

Karl Schurz. Lebenserinnerungen. 416 Seiten. Preis: broschiert 7 M., gebunden 8 M. Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 4. Juli.
Anfang 7½ Uhr.
Neues Operntheater. Mignon.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Sherlock Holmes.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Der Rattenfänger von Hameln.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Das Glück im Winkel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Sündige Liebe.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sherlock Holmes.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Mittwoch, den 4. Juli 1906:
Mignon.
Donnerst.: Gastspiel E. Ischierdo:
Der Troubadour.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
„Unsere Käte".
Sommerpreise: Park-Fauteuil 3,20.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Das große Spezialitäten-Programm.
François Köthig, Zauberkünstler. **Chiaro u. Scuro,** Jongleusen. **Annette Savary: Retour du Sahara. Jean Paul,** Humorist. **Wundergrotte,** Feerie v. W. Hagedorn. **Das blaue Bild** v. Paul Lincke. **The six Flying Rocking Girls.** — Donnerstag, 5. Juli, z. 1. M.: **Berlin im Omnibus.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8¼ Uhr:
Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. H. Roß.
Im Garten: Heute erstes großes **Kinderfreudenfest** und **Spezialitätenvorstellung.** Anfang 4 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Wenn schön: **im Garten!** Wenn schlecht: **im Saal!**
Ein Kind der ersten Liebe.
Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern von Reißlingen.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang **6** Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das neue Juli-Programm.
Sherlock Holmes.
Amerikanische Detektiv-Komödie, ausgeführt von dem besten deutschen Verwandlungsschauspieler **Karl Braun.**
The five Hollmanns.
Amerikan. Nigger-Serenaden-Sänger und Tänzerin.
Präzise 8 Uhr: **Die Gauklerin.**
Anf. 4½ Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf.
Billettvorverkauf 10—1 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: **Gr. Kinderfreudenfest.**
Jed. Donnerst.: **Gr. Brill.-Feuerwerk.**
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Rattenfänger von Hameln.
Große romantische Oper in 4 Akten von Victor Neßler.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.
Freitag, abends 8 Uhr:
Undine.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Im Garten tägl. **gr. Militär-Konzert.**

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Mittwoch: 16482*
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × Bons haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: **Großer Ball.** **Gebr. Arnhold.**
Donnerstag, den 5. Juli:
Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Reg. No. 3.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!
Täglich: Vom 1. bis 30. Juli: Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: **16 Löwen**
im Salon des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin und eine Assistentin mit **noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.**
Amerikas beste Akrobaten: **The Carl Dammon-Troupe** | **Prinzeß Rajah,** die hawaiische Schönheit
Fritz Brand, Berlins bester Salon-Humorist mit neuem Repertoire
und das beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Wintergarten
Großer Erfolg!
Tortajada, spanische Tänzerin und Sängerin.
Miß Orford mit ihren dressierten Elefanten.
Catherine Bartho, Tänzerin.
Eugenie José, Lebende Bilder.
Troba, Jongleur.
Mlle. **Farfalla,** Paris. Soubrette.
Paulinetti & Piquo, kom. Reckturner.
Imro Fox, Illusionist.
Frank Kern m. Hund „Bolzen".
Die Sleedes, „Das geheimnisvolle Haus".
Creo Bros, komische Akrobat.
La Bérat, Phantasietänzerin.
Der Biograph.
Am 15. Juli findet die letzte Vorstellung in dieser Saison statt.

Passage-Theater.
Heute
das
glänzende
Spezialitäten-Programm.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist. **Varadi-Duett. Rebusa,** Dressurnummer. **Die Einbrecher von New York,** Pant. **The Piccad. Konzert. Ball.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

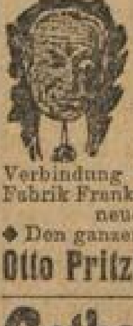
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang **4** Uhr. Entree **30** Pf.

Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Mittwoch, den 4. Juli 1906:
Kinderfreudenfest.
Gratisverlosung. 1. Preise: Silb. Damen- u. Herrenuhren. Puppentheater, Bonbonr., Kinderfackeln. rc. **Konzert u. Spezialitätenvorstellg.**
Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 M.

Sanssouci.
Kottbuser Straße 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Neu! **Studentenstreiche.**
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Reichshallen.
Stettiner Sänger.

(Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader)
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.



Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Progr.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Gegr. **1879.** — Chormeister **Alexander Weinbaum.** — M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 8. Juli, in der „Brauerei Friedrichshain" am Königstor:
KONZERT
unter Mitwirkung des **Neuen Tonkünstler-Orchesters.**
Eintritt 30 Pf. — Anfang 4 Uhr. — Liedertexte 10 Pf.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.
Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. — Von 7 Uhr ab im großen Saale TANZ. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf.
Eintrittskarten sind zu haben in den Zigarrengeschäften von Horsch, Gewerkschaftshaus; Gottfried Schulz, Kottbuser Tor; Wilhelm Otto, Stallschreiberstr. 20; B. Böttger, Skalitzerstraße 107; Emil Schulz, Mittenwalderstr. 2; Otto Tiedtke, **Rixdorf,** Hermannstr. 45; bei Eugen Gegus, **Schöneberg,** Belzigerstraße 5, IV; in den mit Plakat belegten Handlungen, sowie an der Kasse.
Für die Sänger: **Freitag** 9 Uhr: **Uebungsstunde.** Präzise 8 Uhr: **Vorstandssitzung.**

Schweizer Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74.
Täglich: Spezialitäten
und
Theater-Vorstellung.
Zum Schluß abends 10½ Uhr: **Elternlos.** Berliner Lebensbild in 2 Akten.
Vom 1. Juli ab **neue Spezialitäten.** ✦✦✦✦ **Entree 30 Pf.**

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Kaufe bei Blitz
Herren- und Knaben-Konfektion.
Nur im **Juli** kommen bei uns zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf die elegantesten

Herren-Anzüge, Kavalier . . von **6** 90 M. an
Burschen-Anzüge, hochelegant von **4** 35 M. an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von **1** 95 M. an
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von **1** 80 M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/5*

Achtung! 3 Geschäfte **Blitz** Achtung! 3 Geschäfte

9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.
80 Chaussee-Straße 80
137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chonés Industrie-Palast

Steuerfreie
Vineta-Zigaretten!
No. 10 Verkf. 3 Pf., m. Mdst., flach und **rund**
No. 40 Verkf. 4 Pf. mit Mdst., flach und **rund**
No. 50 Verkf. 5 Pf. mit Mdst., flach und **rund**
sowie **1** Pf. Zigaretten flach und rund
bester Ersatz für Importen
hat noch abzugeben
1671L **Alfred Hoffmann,**
NO. 55, Christburgerstr. 37.

Sozialdemokrat. Wahlverein Dt.-Wilmersdorf.
Hiermit den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser braves Mitglied 27725
Albert Nickel
am Montag, den 2. Juli, früh 4 Uhr, im Alter von 33 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofes, Berlinerstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pankow.
Am Sonnabend verschied nach längerem Leiden unser langjähriger Parteigenosse, der Schlosser
Günzel,
Pfarrstr. 6 wohnhaft.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofes III (Bahnhof Schönholz) aus statt.
Um Beteiligung bittet
222/11 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin.
Am 30. Juni verstarb unser Mitglied
Paul Brunsch
im Alter von 43 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
170/2 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, mein lieber Bruder, unser guter Pflegevater, der Restaurateur
Martin Klinge
nach kurzem Krankenlager am 2. d. M. verstorben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Auguste Klinge
nebst Töchtern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags ½5 Uhr, vom Trauerhause, Reinickendorferstraße 93, aus statt. 16972

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Bundesmitglied
Martin Klinge
aus dem Klub „Kolorado" am 2. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags ½5 Uhr, vom Trauerhause Reinickendorferstr. 55 aus statt.
283/18 **Der Vorstand.**

Verband d. baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Sektion der Fahrstuhlarbeiter).
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 30. Juni, verstarb durch Unfall unser treuer Kollege 35/3
August Schumann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Andreas- und Markus-Gemeinde in Hohen-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereins-Vorstand.

Krankenfahrstühle all. Systeme
käuflich von 25 M. an, auch leihweise unter kulantesten Bedingungen.
Koppsche Krankenwagen, Elsasserstraße 95. 136/2*

Reichels Universal-
Magenpulver
Magenstärkend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 frk. Berl.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Bei Magen-Darmkrankheiten der Säuglinge bewährt sich seit mehr als 20 Jahren die Ernährung mit Kufekes Kindermehl mit oder ohne Zusatz von Kuhmilch. Da es leicht verdaulich ist und einen schlechten Nährboden für die Krankheitsstoffe darbietet, wird es auch vom erkrankten Magen-Darmkanal gut aufgenommen und beschränkt die abnormen Gärungsvorgänge, so daß der Katarrh oft ohne weitere Medikamente in Heilung übergeht. Bei Brechdurchfall ist Kufekes Kindermehl ohne Milch oft das einzige nicht erbrochene Nahrungsmittel und genügt die Kufeke-Wassersuppe auch zugleich der Anforderung, dem Körper reichliche Mengen von Flüssigkeit zuzuführen. Bei leichteren Magen-Darmkrankheiten kann man auch Kufekes Kindermehl mit Milch geben, wenn der Milchzusatz den Katarrh nicht verschlimmert.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Prozeß wegen Muttermordes gegen Jordy.

Vor dem Schwurgerichte des Landgerichts Berlin II begann gestern die Verhandlung gegen den des Raubmordes an der eigenen Mutter beschuldigten Schlächter Max Jordy. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Busch. Da die Verhandlung mehrere Tage dauern wird, werden zwei Ergänzungsgeschworene ausgelost. An die Geschworenen werden Skizzen der örtlichen Situation und Photographien der Leiche der Ermordeten, wie sie am Tatorte vorgefunden worden ist, verteilt. Auf dem Tische vor dem Gerichtstische sind zahlreiche Ueberführungsstücke ausgebreitet, darunter der Ueberzieher des Angeklagten, an welchem Blutspritzer vorgefunden worden sind, ein Präparat des Schädels der Ermordeten, Stiefel des Angeklagten, die zu den am Tatorte vorgefundenen Fußspuren passen sollen usw. usw.

Angeklagter bestreitet.

Vors.: Angeklagter Jordy, Ihnen wird vorgeworfen, einen Raubmord an Ihrer eigenen Mutter begangen zu haben. Bekennen Sie sich dessen schuldig? — **Angekl.** (heftig weinend, mit tränenerstickter Stimme): Ich habe bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden meine liebe Mutter nicht ermordet. Ich bin nicht der Mörder, ich bin es bei Gott nicht gewesen!

Lebenslauf des Angeklagten.

Angeklagter erklärt auf Befragen: Geboren bin ich am 26. Mai 1872 zu Uechtdorf, Kreis Greifenhagen, als Sohn des Eiswerksbesitzers Gustav Jordy. In meinem achten Lebensjahre verzogen meine Eltern nach Berlin, wo ich auch weiter in die Schule ging. Ich war dann bis zu meiner Militärzeit als Schlächter tätig. Gedient habe ich bei dem Grenadier-Regiment in Allenstein. Ich bin Landwehrmann 2. Aufgebots. — **Vors.:** Sie sind vor Ihrer Dienstzeit zweimal mit Geldstrafen bestraft. — **Angekl.:** Jawohl, wegen Beleidigung und Körperverletzung. — **Vors.:** Erzählen Sie nun einmal, wie sich Ihr Leben gestaltete, als Sie vom Militär kamen? — **Angekl.:** Meine Eltern hatten damals ein

Eisgeschäft.

Vater kaufte das Eis engros und fuhr es dann mit einigen Fuhrwerken aus. Hierbei habe ich ihm, als ich vom Militär kam, geholfen und wurde auch von meinem Vater bezahlt. **Vor einigen Jahren machte mich mein Vater selbständig** und übergab mir Fuhrwerke und sonstige Sachen, wofür ich 1200 Mark zahlen mußte. Dieses Geld hatte ich mir im Geschäft bei meinem Vater gespart. — **Vors.:** So groß wird doch aber Ihr Verdienst nicht gewesen sein, daß Sie in so kurzer Zeit 1200 Mark sparen konnten. — **Angekl.:** Das Geld rührte ja zum großen Teil von dem Verdienst her, den ich aus dem Eishandel, den ich so nebenher betrieb, hatte. — **Vors.:** Wann haben Sie geheiratet? — **Angeklagter:** Ich habe im Jahre 1899 meine Frau, Liesbeth Nagel geheiratet, die damals mit ihren Eltern in Lichtenberg wohnte. —

Nach seiner Verheiratung wohnte er in eigener Wohnung. Vor seiner Ehe habe er, wie der Angeklagte weiter auf Befragen aussagt, eine Wiesenparzelle zwischen der Reinickendorfer-Oranienburger Chaussee und den Gleisen der Nordbahn in der Gegend der Kolonie Wilhelmsruh gekauft. Er habe 800 Mark bar und später, nach seiner Ehe im Laufe von etwa zwei bis drei Jahren noch 1000 Mark dafür abbezahlt. — **Vors.:** Woher hatten Sie denn das Geld? Sie mußten dann doch sehr viel verdient haben! — **Angekl.:** Ich habe das Geld mir erspart, ich habe immer sehr sparsam gelebt. — **Präs.:** Ihre Frau wird doch aber von verschiedenen Leuten so geschildert, daß sie sehr schlecht zu dem Geschäfte paßte, wenig sparsam und sehr verschwenderisch sei. — **Angekl.:** Das denken sich die Leute bloß so. — Auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er das gekaufte Wiesengrundstück zum Eisgeschäft hergerichtet habe; er habe das Grundstück ausschachten lassen, was 1500 Mark gekostet habe, für 4000 Mark einen Holzschuppen errichtet usw. — **Präs.:** Später haben Sie das Grundstück an Ihren Vater aufgelassen. Wie kam denn das? — **Angekl.:** Nun, ich habe meine Eltern immer unterstützt. — **Präs.:** Sie haben aber damals doch anerkannt, Ihrem Vater noch 4000 Mark zu schulden und ihm deshalb die Parzelle zurückgegeben zu haben. — **Angekl.:** Ich habe das ja nur getan, weil ich mich

mit meiner Frau nicht vertragen

konnte. Meine Mutter machte deshalb den Vorschlag, daß ich das Grundstück dem Vater übertragen sollte, dem ich ja so wie so etwas schuldig war. Das Grundstück ist mehr als 18 000 Mark wert. — **Präs.:** Dann hätten Sie also Ihren Eltern mehr gegeben, als Sie schuldig waren. Sie haben dann das Eisgeschäft aufgegeben; warum geschah denn das? — **Angekl.:** Weil meine Frau mit der Mutter sich nicht verstand, sondern oft Streit mit ihr hatte. — **Präs.:** Weshalb hatte sie denn Streit. Es wird behauptet, daß sie oft Geld von der Mutter haben wollte. — **Angekl.:** Das ist nicht der Fall. — **Präs.:** Im Jahre 1904 haben Sie das Eisgeschäft an einen gewissen Fournier verkauft, und zwar für 1900 M. Davon sind 100 Mark gleich gezahlt, das übrige erhielten Sie in einem im Sommer 1905 fälligen Scheck. Was begannen Sie nun, als das Eisgeschäft verkauft war? — **Angekl.:** Ich kaufte ein

Schankgeschäft

für 1500 Mark und habe es bar bezahlt. — **Präs.:** Woher hatten Sie denn das Geld? — **Angekl.:** Ich hatte es mir erspart. — **Präs.:** Trotz der Ausgaben, die Sie für das Ausschachten, die Errichtung des Schuppens usw. gehabt haben? — **Angekl.:** Ja, ich habe doch damals auch gewirtschaftet. — **Präs.:** Sie haben zum Ankauf der Wirtschaft 800 Mark von Ihrem Schwiegervater geborgt erhalten, 300 M. haben Sie angezahlt und 1200 M. zahlten Sie im Januar 1905. — **Angekl.:** Ja. — **Präs.:** Wir müssen die Geldverhältnisse ganz genau erörtern, denn Sie wissen, daß die Anklage behauptet, Sie hätten zur Zeit der Tat Geld nicht mehr besessen und es sei deshalb verdächtig, daß bei Ihnen 900 Mark in Gold noch vorgefunden wurden, d. h. in derselben Geldsorte, aus welcher das der Ermordeten geraubte Geld bestand. Wenn wir alles zusammenrechnen, so ergibt sich, daß Sie von früher her noch 200 M. bar zur Verfügung hatten und 800 Mark dem Schwiegervater schuldeten, die Sie ihm noch nicht bezahlt haben und derentwegen er Sie sogar verklagt hat. Im übrigen haben Sie schon 1902 den

Offenbarungseid geleistet.

Angekl.: Das war bloß eine vorübergehende Geldklemme, sonst ist das Eisgeschäft ganz gut gegangen. — **Präs.:** Wie lange hatten Sie das Schankgeschäft? — **Angekl.:** Etwa ein Jahr, dann verkaufte ich es für 1300 Mark an Stemmler. — **Präs.:** Das wären ja 200 Mark weniger, als Sie selbst bezahlt haben. Warum verkauften Sie denn? — **Angekl.:** Weil ich keine Lust mehr zu dem Geschäfte hatte. — **Präs.:** Das Geschäft scheint doch nicht gegangen zu sein, denn Sie sollen Ihrem Schwager gesagt haben, Sie hätten in der Kneipe 500 Mark zugesetzt. — **Angekl.:** Das ist ein Mißverständnis des Schwagers. — **Präs.:** Stemmler hat Ihnen die Hälfte angezahlt, die zweite Hälfte sollte beim Herauskommen der Konzession folgen. Sie hatten also im Oktober 1905 erst 650 Mark erhalten, welche Barmittel hatten Sie sonst noch? — **Angekl.:** 1000 Mark hatte ich zu meiner Tante gebracht und im Portemonnaie und auf dem Ofen hatte ich auch noch Gold. — **Präs.:** Woher stammte denn dieses? — **Angekl.:** 600 Mark hatte ich verdient und 650 Mark hatte ich von Stemmler erhalten. — **Präs.:** Wenn Sie in einem Jahr so viel verdient hätten, so wäre es doch ein sehr gutes Geschäft gewesen und es wäre nicht recht erklärlich, daß Sie es für ein geringeres Geld verkauften, als Sie selbst gezahlt hatten. — Der Präsident geht nach weiter mit dem Angeklagten dessen Geldverhältnisse durch und letzterer bleibt dabei, daß die bei ihm vorgefundene Summe durchaus aus seinen eigenen Mitteln herrühre. Es wird hervorgehoben, daß der Angeklagte in dieser Beziehung, wie auch sonst, mit seinen Angaben wechselt. — **Präs.:** Sie sollen mit Ihrer Mutter sehr schlecht gestanden haben. — **Angekl.:** Das ist nicht wahr. Ich habe ganz im Gegenteil

mit meiner Mutter sehr gut gestanden

und sie nicht im mindesten verletzt oder gekränkt. — **Vors.:** Es werden Zeugen erscheinen, die bekunden, daß dies nicht der Fall gewesen war. Sie sollen vielmehr Ihre Mutter mit Ausdrücken belegt haben wie „Aasstück“, „verfluchtes Saustück“, „ich schlag Dich in die Fresse bis Du kalt bist“. — **Angekl.** (sehr erregt): Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge, das redet man mir nur nach. — **Vors.:** Na, Angeklagter, Sie selbst reden ja

Ihrem Vater

doch auch nach und

bezichtigen ihn sogar des Mordes.

Angekl.: Ich habe die Tat nicht vollbracht; wer soll es also gewesen sein; wer soll denn meine Mutter ermordet haben? — **Vors.:** Ja, das möchten wir allerdings auch gern wissen! Ihre Frau hat übrigens Ihren Vater auch des Mordes bezichtigt. Wie stand denn übrigens Ihr Vater mit seiner Frau? — **Angekl.:** Sehr schlecht. Schon als ich zur Schule ging, schlug er öfter meine Mutter, besonders schlecht hat er sie im letzten Jahre behandelt. — **Vors.:** Sie erzählten vor dem Untersuchungsrichter ja folgende Geschichte: Ihr Vater wäre einmal mit gezücktem Messer auf Ihre Mutter zugegangen und hätte sie fortwährend um den Tisch herumgejagt. Vor Wut habe er schließlich mehrere Male in den Tisch gestochen, die Stiche seien heute noch zu sehen. Es ist nur sonderbar, daß Ihre Schwester hiervon nichts weiß. — **Angekl.:** Dann lügt sie eben oder sie war nicht dabei. — **Vors.:** Ihre Schwester weiß aber überhaupt nichts davon, daß Ihr Vater jemals Ihre Mutter mißhandelt hat. — **Angekl.:** Dann sagt sie eben die Unwahrheit. — **Vors.:** Angeklagter Jordy, Sie behaupten also, Sie haben einen guten Charakter und könnten keinem Menschen etwas zuleide tun. — **Angekl.:** Jawohl, ich bin überall als gutmütig bekannt, wie alle meine Bekannten auch bezeugen werden. Einer solchen Tat, wie sie mir vorgeworfen wird, bin ich gar nicht fähig. — **Vors.:** Es kann doch aber wohl passieren, daß ein sonst gutmütiger und ruhiger Mensch über etwas in Wut geraten kann und sich dann leicht vergißt. Ihre Frau soll ja Ihre Mutter auch einmal so geschlagen haben, daß sie umfiel. Was sollte denn nun wohl Ihr Vater für einen Grund gehabt haben, seine Frau, mit der er 35 Jahre verheiratet war, zu ermorden? Die Mutter hatte ja, wie man zu sagen pflegt, die Hosen an, und der Vater mußte sich, wenn er Geld brauchte, es von ihr geben lassen. Das ist doch aber 35 Jahre lang sehr gut gegangen.

Glauben Sie wirklich, daß der Vater der Täter sein könnte?

Angekl.: Ich kann es nicht sagen. — **Präs.:** Seit Sie Ihr Geschäft verkauft hatten, haben Sie nichts zu tun gehabt. Mit der Frau haben Sie nicht mehr zusammengelebt. Wann haben Sie sich getrennt? — **Angekl.:** Anfang Dezember. — **Präs.:** Haben Sie ihr bei der Trennung noch Geld gegeben? — **Angekl.:** Ich gab ihr 60 Mark. Sie wollte noch mehr haben, aber ich gab ihr nicht mehr. — **Präs.:** Ihre Frau zog also in eine besondere Wohnung und Sie zogen zu Ihrer Tante Jordy. Es scheint so, als ob Sie der Frau sehr zugetan waren, denn Sie haben sie manchmal besucht und sind sogar eine Nacht bei ihr gewesen. Ihre Frau scheint die freundschaftlichen Gefühle, die Sie ihr entgegenbrachten, nicht erwidert zu haben, denn kurz vor der Ermordung der Schwiegermutter, die am 3. Februar stattgefunden, hat sie einen Brief an die Schwiegereltern gerichtet. Darin sprach sie sich gar nicht günstig über Sie aus, denn sie sagte darin: „Ihr läge gar nichts an Ihnen,

sie wolle sich scheiden lassen.“

Angekl.: Ich habe mich von ihr getrennt und nicht sie von mir. — **Präs.:** Sie haben drei Kinder, darunter Zwillinge. War Ihre Frau zu den Kindern immer gut? — **Angekl.:** Jawohl. — **Präs.:** Sie haben Ihre Eltern öfter besucht, bleiben aber dabei, daß dies zuletzt am 27. Januar, Kaisers Geburtstag, gewesen sei. — **Angekl.:** Jawohl, nachher nicht mehr. — **Präs.:** Sie werden aber später Zeugen hören, die Sie noch öfter und auch kurz vor der Tat in der Nähe des Tatortes gesehen haben wollen. — **Angekl.:** Die Leute irren sich.

Einen sehr breiten Raum nimmt die vorläufige Vernehmung des Angeklagten über Einzelheiten des von ihm angetretenen

Alibibeweises

für den Tag der Tat ein. Der Angeklagte hat eine große Reihe von Einzelheiten angegeben, die seine Abwesenheit vom Tatorte beweisen sollen. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß seine Angaben vielfach nicht stimmen und daß er zur Bekräftigung seiner Behauptungen Tatsachen erwähnt habe, wie die Begegnung mit einzelnen von ihm namhaft gemachten Leuten usw., die zwar an sich zutreffen, nicht aber auf den kritischen Tag passen. Der Vorsitzende kehrt dann nochmals zur Erörterung der Geldverhältnisse zurück und stellt fest, daß der Angeklagte nach seiner Behauptung noch 1000 M. in Papier und 600 bis 700 Mark in Gold besessen haben will. Er hält dem Angeklagten vor, daß es doch auffällig sei, daß er eine solche Vorliebe für 20-Markstücke gehabt haben sollte, daß er das Papiergeld ausgab und gerade die 20-Markstücke behielt, daß er dieses Geld in schmutzigem Taschentuch hinter dem Ofen bewahrte, daß er selbst nicht einmal genau wußte, wieviel Geld noch vorhanden sein mußte, daß er niemandem etwas von dem Besitze größerer Geldsummen gesagt habe. Die Leute, denen er angeblich davon Mitteilung gemacht haben will, wissen nichts davon. Der Angeklagte sucht alle diese Beanstandungen zu entkräften.

Die

Beweisaufnahme

beginnt mit der Vernehmung des Bürgermeisters **Wilke** in Reinickendorf. Er ist, als ihm Mitteilung gemacht worden, daß auf dem Gehöft der Jordyschen Eiswerke in dem zum Wohnen dienenden alten Eisenbahnwagen ein Mord passiert sei, sofort nach dem Lichtensteinschen Lokal geeilt, wo der alte Jordy mit der Meldung von der Bluttat erschienen war. Er ist dann mit dem alten Jordy und einigen Beamten nach dem Tatort gegangen, wo er im frischgefallenen Schnee Fußspuren wahrnahm, über die er Messungen aufgenommen hat. Der alte Jordy, der an sich wehmütigem Empfinden nicht sehr zugänglich zu sein scheint, hat sich, nach der Wahrnehmung des Zeugen, wenn auch nicht gerade gleichgültig, so doch auch nicht seelisch sehr erregt gezeigt. Die Leiche lag in einer großen Blutlache, ihre Rocktasche war umgekehrt und hing nach außen heraus. Da die Fußspuren auf einen kleinen Fuß hindeuteten, hat der Zeuge den alten Jordy darüber gefragt, ob er denn gegen irgend jemand aus der Verwandtschaft Verdacht aussprechen könne und darauf soll er sich dahin geäußert haben: Er wisse nicht, ob er die Tat seiner Schwiegertochter zutrauen könne; unmöglich sei es nicht, aber bestimmtes könne er nicht sagen. — Der Zeuge hat dann dies der Berliner Kriminalpolizei gemeldet und diese hat dann noch an demselben Tage in Lichtenberg sowohl bei der Ehefrau des Angeklagten wie auch bei dem letzteren Haussuchungen abgehalten. Der Zeuge hat bei seinem Betreten des Tatortes einen Hammer und ein Beil in der Nähe der Leiche gesehen, die große Blutlache und die Blutspritzer wahrgenommen, sonst aber in der Umgebung eigentlich keine Unordnung bemerkt. Als der Angeklagte an den Tatort geführt wurde, hat er auf den Zeugen den Eindruck eines Komödianten gemacht; er lamentierte: „Ach, meine arme Mutter, was haben sie mit Dir gemacht“, er hatte aber keine Träne zur Verfügung, wurde sehr bald vollständig ruhig und gab zwischendurch auf die an ihn gerichteten Fragen ganz vernünftige Antworten. Der Zeuge hat den Eindruck gehabt, daß der Mord von jemand ausgeführt sein müsse, der die lokalen Verhältnisse und die Gewohnheiten der alten Frau genau kannte. Nach der Ansicht des Zeugen dürfte die Ausführung der Mordtat nicht ohne Widerstand der Frau geschehen sein; er vermutet, daß die Ermordete vielleicht zunächst zur Abwehr gegen den Eindringling den Hammer ergriffen und daß dann der Mörder mit dem Beile zugeschlagen habe. Nach Ansicht des Zeugen hat der Stiefel des Angeklagten ziemlich genau in die

Fußspur

gepaßt, die er zunächst als von einem Damenstiefel herrührend angesehen hatte. — Der Staatsanwalt läßt sich bestätigen, daß in dem engen und kleinen Raume des Eisenbahnwagens, der von dem Jordyschen Ehepaar während der Eisernte als Aufenthaltsort benutzt wurde, allerlei Tassen und anderes Gerät herumstand, aber nichts zur Erde gefallen war, was doch bei einem stattgefundenen Kampfe wohl geschehen wäre.

Kriminalkommissar **Haase** bekundet, daß der alte Jordy bei den ersten Befragungen einem gewissen Verdachte gegen seine Schwiegertochter Raum gegeben habe. Der Zeuge hat dann auch aus dem, was er gehört, zunächst die Frau für verdächtig gehalten. die Lichtenberger Kriminalpolizei habe deshalb bei der Frau des Angeklagten Haussuchung abgehalten, diese habe jedoch ihr Alibi nachgewiesen. Die Frau habe selbst Andeutungen gemacht, die einen Verdacht gegen ihren Ehemann zuließen. An dem Paletot des letzteren sei eine kleine getrocknete Blutspritze festgestellt worden, von der der Angeklagte behauptet, daß sie vielleicht von einer Fingerverletzung, die er sich zugezogen, herrühren könne. Auch dieser Zeuge ist der Ansicht, daß die Stiefel des Angeklagten, die übrigens vollständig frisch abgewaschen waren, in die

Fußspuren

genau hineinpaßten.

Nach Ansicht des Zeugen **Haase** ist die alte Frau wahrscheinlich von hinten ermordet worden, als sie in geblückter Stellung den Ofen schürte. Auch dieser Zeuge hat den Eindruck gehabt, daß der Angeklagte, als er an die Leiche geführt wurde, etwas komödiantenhaft heulte und gestikulierte, aber keine Träne hatte.

Einige weiter vernommene Kriminalbeamte, die mit der Mordsache zu tun gehabt, bekunden an Tatsächlichem nichts Neues.

Als nächster Zeuge wird der Kriminalkommissar **Krüger** vernommen. Der Zeuge erklärte, daß er in der Hauptsache Recherchen darüber angestellt habe, ob außer dem Angeklagten vielleicht ein Fremder als Täter in Frage kommen könnte. Gegen letztere Annahme sprach hauptsächlich, daß eine genaue Lokalbesichtigung

nicht die geringste Unordnung in dem Zimmer

ergeben habe. Alles lag unberührt da, selbst das mit einigen Markstücken gefüllte Portemonnaie der Frau Jordy lag unangetastet da. Der Täter hatte sich vielmehr gleich auf die Tasche der Ermordeten gestürzt, in welcher diese das Geld aufbewahrte. Dies sei ein Beweis dafür daß der Täter genau mit den Lebensgewohnheiten der Frau J. vertraut war. Auch die Lage der Leiche lasse die Annahme zu, daß der Täter ein Mensch gewesen sei, dessen plötzliches Erscheinen in der Bude der Frau J. nicht weiter aufgefallen war. Auf dem Hofe habe sich eine Fußspur gefunden, die von der Hundehütte nach der Bude führte. Ein Fremder habe sich jedoch dem Hunde wohl nicht nähern dürfen, dieser hätte wahrscheinlich angeschlagen, wenn sich ein Fremder dem Grundstück näherte. — Bürgermeister **Wilke**-Reinickendorf bestätigt, daß der Jordysche Hund sofort anschlug, wenn sich ein Fremder näherte. — Kriminalkommissar **Krüger** erklärt weiter, daß er genau festgestellt habe, daß die Angaben der Frau Meier tatsächlich mit den Verhältnissen übereinstimmen. Diese will bekanntlich den Angeklagten kurz vor der Tat in der Nähe des Grundstücks gesehen haben. Unter Vorführung von mehreren Photographien weist der Zeuge den Geschworenen nach, daß man

sehr gut von dem Meierschen Grundstück aus den Angeklagten habe bemerken

und erkennen können. Nach den Ermittelungen des Zeugen wäre ein fremder Mensch in der Nähe des Tatortes nicht gesehen worden. Die Recherchen nach dieser Richtung seien sämtlich negativ ausgefallen. Da um jene Zeit kein Frost herrschte und auch keine Eisernte stattfand, so hätten sich andere Arbeiter um jene Zeit nicht in der Nähe des Jordyschen Grundstückes aufgehalten. Sehr verdächtig habe es auf den ersten Augenblick geschienen, daß der Angeklagte sogleich mit einer gewissen Energie in Abrede stellte, sich in der Nähe des Grundstückes aufgehalten zu haben, während er von mehreren Personen mit aller Sicherheit wiedererkannt wurde.

Rechtsanwalt Dr. **Löwenthal**: Sind denn überhaupt auch nach Fremden Recherchen angestellt, die eventuell ebenfalls als Täter in Frage kommen könnten? — **Zeuge**: Nein, denn erstens erscheint es nicht zweckmäßig, wenn man eine Spur aufgenommen hat und zu einem bestimmten Verdacht gelangt ist, diese Ermittelungen durch weitere Ausdehnungen, die immer noch vorgenommen werden können, zu beeinträchtigen sucht, ferner habe ich keine Amtshandlungen vorzunehmen gehabt, weil der Tatort außerhalb meines Zuständigkeitsbezirks liegt. Wir hatten in der Mordkommission nur den Auftrag, den Tatbestand an Ort und Stelle festzustellen. — Rechtsanwalt Dr. **Löwenthal** richtet an den Amtsvorsteher Wilke die Frage, ob er als zuständiges Polizeiorgan bei den Feststellungen fungiert hatte. Dieser verneint ebenfalls. Rechtsanwalt Dr. **Löwenthal**: Ja, wer war denn nun eigentlich zuständig? — Zeuge **Krüger**: Der

Amtsvorsteher von Französisch-Buchholz

war allein zuständig. — **Verteidiger**: Und der

war verreist!

Vors.: Wenn hier ein Vorwurf erhoben werden soll, so mag doch der Zeuge einmal sagen, was denn noch hätte geschehen und wie noch nach anderen Personen hätte recherchiert werden sollen, wenn schon ein ganz bestimmter Verdacht verfolgt wird? — **Zeuge**: Es hätte vielleicht die Gendarmerie benachrichtigt werden können, die dann auf Personen, die sich irgendwie verdächtig machen, hätte fahnden müssen. Auf Befragen des Staatsanwalts **Tolki** erklärt Kriminalkommissar **Krüger**, er habe sofort den Eindruck gehabt, daß der von Jordy zur Schau getragene Kummer nicht echt war. Der Angeklagte habe gejammert und gestöhnt, ohne eine Träne zu vergießen; dazwischen habe er jedoch ganz geschäftsmäßige Antworten gegeben, um dann in eine offensichtlich forcierte Traurigkeit zu verfallen. — Gendarmeriewachtmeister **Horn**: Von seiten der Gendarmen ist nach allen Richtungen hin recherchiert worden, es hat sich aber der Verdacht immer wieder nur auf den Angeklagten gerichtet. Als ihm die Kunde von dem Morde kam, das war am 4. Februar früh, sind sämtliche 19 Gendarmen, die in Frage kamen, alarmiert worden. — Verteidiger Dr. **Löwenthal**: Habe ich richtig verstanden, daß der Zeuge seine Kenntnis von dem Morde erst am nächsten Tage, am 4. Februar, und zwar erst durch den „Lokal-Anz.“ erhalten hat. — Staatsanwalt **Tolki**: Am Schlusse des damaligen Berichts des „Lokal-Anz.“ stand die Bemerkung, daß der Sohn der Ermordeten seit acht Tagen verreist sei. Gerade darauf hin habe sich dann die Frau Meier gemeldet und bekundet, daß sie den Sohn ja doch in der Nähe des Tatortes gesehen habe. Ich hätte Interesse daran, zu erfahren, wie der Berichterstatter zu dieser eigenartigen Schlußwendung in seinem Bericht gekommen ist. — Der Gerichtshof beschließt die Ladung des Berichterstatters Follbert.

Gendarm **Skrzygalla** aus Rosenthal hat die Nachricht von der Bluttat bald nach Auffindung der Leiche erhalten. Als er den alten Jordy befragte, ob er gegen irgend jemand, vielleicht gegen seine Schwiegertochter, Verdacht habe, habe dieser geantwortet: Seinem Sohne traue er die Tat nicht zu, aber bezüglich der Schwiegertochter habe er Bedenken. — **Präs.:** Wie sind Sie denn dazu gekommen, gleich auf die Tochter hinzuweisen? — **Zeuge Skrzygalla:** Vor 1½ Jahren war der alte Herr Jordy zu mir gekommen und wollte seine Schwiegertochter anzeigen, weil sie ihre Schwiegermutter im Eis-

schuppen aus Anlaß einer Erbschaftsangelegenheit so gröblich geschlagen hatte, daß diese Verletzungen davon getragen hatte und besinnungslos zusammengesunken war.

Kriminalkommissar Braun-Lichtenberg erklärt, daß er nur als Ortskriminalist zugezogen, die Sache selbst aber von der Berliner Kriminalpolizei bearbeitet worden sei. Zuerst sei die Ehefrau des Angeklagten aufgesucht worden, da diese aber, wie sich herausstellte, als Täterin nicht in Frage kommen konnte, habe er sich zu dem Angeklagten begeben, den er aus dem Bette herausholte. Er wurde dann durch einen Kriminalbeamten, den Schutzmann Schönfeld, nach dem Rathause gebracht. — Präs.: Haben Sie denn nicht gleich bei der Frau und auch bei dem Angeklagten Haussuchung abgehalten? — Zeuge: Nein. Der Zeuge setzt weiter auseinander, daß dies nicht zu seinen Obliegenheiten gehörte. — Vors.: Die Sache scheint sich unter den Beamten

etwas zersplittert

zu haben; einer schnappt immer bei einem gewissen Punkte ab und sagt,

er sei dann nicht mehr zuständig.

Es wäre doch das Richtige, daß eine solche Sache einheitlich von einer Stelle aus besorgt würde. — Zeuge Braun bekundet weiter, daß der Angeklagte auf der Wache dem Schutzmann Schönfeld auf dessen Frage gesagt habe, er habe noch einen Betrag von etwa 900 M. zu Hause hinter dem Ofen liegen; das Geld sei in ein schmutziges Taschentuch eingewickelt, welches einige Blutflecke habe. Diese sollten nach seiner Angabe von einer kleinen Fingerverletzung herrühren. Das Geld ist dann aus der Behausung geholt und auf der Wache gezählt worden. Außer dem kleinen Blutspritzer an dem Paletot des Angeklagten sind an dessen Kleidungsstücken Blutspuren nicht gefunden worden. Der Zeuge macht noch einige Mitteilungen über die Angaben, die der Angeklagte zunächst bezüglich seines Alibis gemacht hat und die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen sollen. — Der Präsident stellt durch Befragen der Polizeibeamten und insbesondere des Kommissars Krüger, der die bezüglichen Feststellungen gemacht hat, fest, daß es dem Angeklagten möglich gewesen wäre, mit Hülfe der Kleinbahn schon um 3 Uhr an der Stelle zu sein, wo er von der Zeugin Meier gesehen sein soll, selbst wenn er — wie feststeht — um 2 Uhr von Hause weggegangen ist.

Schutzmann Schönfeld bestätigt im allgemeinen die Angaben des Vorzeugen. Bei Frau Jordy, die eben erst die von ihr gemietete neue Wohnung bezogen hatte, sind allerdings flüchtig die Kästen durchgesehen worden. Als der Zeuge den Angeklagten aus dem Bette holte und auf die Wache brachte, war diesem noch nicht gesagt worden, um was es sich handelte. Während eines mit ihm auf der Wache geführten Gesprächs hat er dann erzählt, daß hinterm Ofen die Geldsumme aufbewahrt werde, die dann auch herbeigeholt worden ist. Erst dann hat man ihm gesagt, daß seine Mutter ermordet sei, und da hat er angefangen zu weinen.

Mit dieser Zeugenaussage wird die Verhandlung abgeschlossen und die Fortsetzung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Berliner Nachrichten.

Die Verteuerung des Brotes,

die (wie wir kürzlich meldeten) von den Bäckermeistern Berlins geplant ist, wird die unbemittelte Bevölkerung um so härter treffen, da gegenwärtig die Preise aller Backwaren ohnedies schon ungewöhnlich hoch sind.

Schon seit dem Herbst vorigen Jahres ist in den Bäckereien wieder ein rasches Steigen der Preise zu bemerken. Seit mehreren Monaten kostet das Weizenbrot bereits um rund 7 Proz. und das Roggenbrot sogar um volle 14 Proz. mehr, als es im vorhergehenden Jahre um dieselbe Zeit gekostet hatte. Da die Bäcker nicht nach festem Gewicht zu wechselndem Preise, sondern zu festem Preise bei wechselndem Gewicht verkaufen, so wird eine geringe Preissteigerung, die sich bei Backwaren eben nur als Gewichtsverminderung äußern kann, nicht sofort wahrgenommen. Aber die Preissteigerung, die die letzten Monate uns gebracht haben, ist so stark, daß sie längst keiner rechnenden Hausfrau mehr entgangen sein kann. Immer leichter und kleiner wird das Brot und das weiße Gebäck, auf immer kürzere Zeit will das Fünfgroschenbrot langen, immer dünnere Stullen schneidet die Mutter den hungrigen Mäulern.

Wie arg die Preissteigerung ist, das zeigen die Ermittelungen, die das Berliner Statistische Amt jeden Monat einige Male vornimmt, indem es aus einer größeren Zahl von Bäckereien Backwaren ankauft und das Gewicht feststellt. Das Ergebnis dieser Ermittelungen liegt jetzt erst bis Mitte Mai dieses Jahres vor. Da rechnen wir heraus, daß im Durchschnitt der fünf Monate Januar bis Mai das Kilogramm Weizenbrot (d. h. Schrippen) in diesem Jahre 45 Pfennig kostete, während in demselben Zeitraum des vorigen Jahres dafür nicht viel über 42 Pfennig bezahlt wurden. Das Kilogramm Roggenbrot stellte sich im Durchschnitt dieser fünf Monate in diesem Jahre auf fast 27 Pf., während man es in demselben Zeitraum des vorigen Jahres noch für 23½ Pf. bekommen hatte. Speziell im Mai kostete das Kilogramm Weizenbrot im vorigen Jahre 42 4/10 Pf., in diesem Jahre 44 9/10 Pf., das Kilogramm Roggenbrot im vorigen Jahre 23 8/10 Pf., in diesem Jahre 27 1/10 Pf. Im Mai vorigen Jahres wog das Fünfgroschenbrot noch 4 2/10 Pfund, im Mai dieses Jahres wog es nur noch 3 7/10 Pfund, also 5/10 Pfund weniger. Eine Familie, die im vorigen Jahre täglich ein ganzes Brot, also pro Woche sieben Brote brauchte, bekommt in diesem Jahre für dasselbe Geld täglich ein halbes Pfund weniger, büßt also in der Woche 3½ Pfund Brot ein. Die Gewichtsverminderung ist so bedeutend, daß jetzt pro Woche ungefähr noch ein achtes Brot gebraucht wird, wenn die Familie die frühere Brotmenge haben will. Bei all diesen Angaben handelt es sich immer um Durchschnitte. Die Verhältnisse werden bei manchen Bäckereien noch nicht ganz so schlimm für die Konsumenten liegen, aber dann liegen sie dafür bei anderen noch schlimmer.

Die Bäckermeister werden uns erwidern, daß sie für diese Preissteigerung nicht verantwortlich gemacht werden können. Nun ja, das wissen wir. Die Steigerung der Getreide- und Mehlpreise, die wir in der letzten Zeit wieder erlebt haben, läßt es begreiflich erscheinen, daß die Bäcker das Gewicht ihrer Waren immer mehr verringert haben. Hierfür hat die Bevölkerung denen zu danken, die die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel durch ihre „Schutzzölle" immer noch weiter treiben. Aber gerade deshalb, weil diese den agrarischen Fleisch- und Brotwucherern erwünschte Verteuerungspolitik den Geldbeutel der Konsumenten schon empfindlich genug trifft, sollten die Bäckermeister sich hüten, noch nach neuen Gründen zu neuer Verteuerung zu suchen. Die weitere Preissteigerung, die sie vorhaben, wird von ihnen motiviert mit den Zugeständnissen, zu denen sie den Gesellen gegenüber sich endlich haben bequemen müssen. Wir haben kürzlich schon gezeigt, daß diese bescheidenen Zugeständnisse nicht annähernd so stark ins Gewicht fallen, wie die Bäckermeister das kaufende Publikum glauben machen möchten. Nur wer bisher die schäbigsten Löhne gezahlt und die elendeste Beköstigung gewährt hatte, kann jetzt eine nennenswerte Mehrausgabe haben. Schlimm genug, daß diese biederen Meister so lange sich auf Kosten ihrer Gesellen bereichert haben! Soll nun das, was sich jetzt aus dem Gesellen weniger herausschinden läßt, aus dem Käufer mehr herausgeschunden werden?

Wenn die Bäckermeister diese neue Brotverteuerung so, wie sie sie planen, zur Ausführung bringen, dann wird man ihnen das Zeugnis nicht vorenthalten dürfen, daß sie in der Geschicklichkeit, dem Konsumenten die Taschen zu leeren, den agrarischen Brotwucherern „noch über" sind.

Zur Charakteristik der Berliner Polizei

erzählt ein Süddeutscher in der „Ulmer Zeitung" seinen Landsleuten ein Erlebnis, das uns der Wiedergabe wert erscheint. Unter der Ueberschrift: „Berliner Polizeitakt" teilt er folgendes Vorkommnis mit:

„Nach zweijähriger Tätigkeit im Auslande reiste ich vorige Woche über Hamburg-Berlin nach Hause und hatte in unserer deutschen Reichshauptstadt ein Erlebnis, welches ich meinen süddeutschen Landsleuten zur Erbauung nicht vorenthalten will. — Ich saß am letzten Mittwoch, 20. ds., abends 5 Uhr, nachdem ich vom frühen Morgen an größere Spaziergänge unternommen und Museen besucht hatte, auf dem Gendarmenmarkt auf einer der Bänke und las eine Zeitung. — In meine Lektüre vertieft, bemerkte ich erst zwei Männer, als diese direkt vor mir standen. Diese redeten mich an: „Sie haben sich zu legitimieren. Wir sind Beamte der Kriminalpolizei." Dabei hielt mir einer eine Marke vor die Augen. — Ich sagte meinen Namen, Stand usw. und bemerkte, daß ich meine Legitimationspapiere in meinem Koffer im Hotel hätte. Das genügte den Leuten nicht, ich mußte daher mit auf das Revieramt. Wie ein Verbrecher wurde ich von den beiden Leuten in die Mitte genommen und wurde auf dem Revieramt von einem der beiden Begleiter nochmals vernommen. Nach wiederholter Angabe und schriftlicher Aufnahme meiner Personalien frug mich der Wachtmeister nochmals, ob ich keine Papiere bei mir habe, und forderte mich auf, mal nachzusehen. Ich versicherte ihm, daß ich die gewünschten Ausweise in meinem Hotel habe und griff mechanisch in meine innere Brusttasche. Der Kriminalbeamte war mit dieser Versicherung nicht zufrieden, sondern hielt mich am Rock fest, griff mir in meine Brusttasche und zog einen Brief an mich, den ich erst kurz vorher von Hause erhalten hatte, hervor. Nachdem er sich von dessen Inhalt überzeugt hatte, gab er ihn mir zurück mit der Frage: „Haben Sie Geld?" Auf meine Bejahung kommandierte der Mann: „Legen Sie Ihr Geld auf diesen Tisch". Ich war natürlich gezwungen, dieser Aufforderung zu gehorchen, und nachdem dies geschehen, sagte der Beamte: „Das ist Gold, Sie können es wieder einstecken". — Nun wurde ich nochmals über die Lage meines Hotels (es war allerdings nicht ersten Ranges) vernommen, und alsdann nach dem betreffenden Revier telephoniert, es sollte sich ein Schutzmann in dem Hotel nach mir erkundigen. — Ich mußte dann zirka eine halbe Stunde warten, bis Antwort von dort telephonisch kam. Dann wurde mir einfach gesagt: „Sie können gehen". — Daß mich der Vorgang aufs äußerste empörte, ist wohl begreiflich. Ich sagte nun dem Schutzmann, daß ich in wochenlangem Aufenthalt behufs Besichtigung der Museen usw. in Paris, Brüssel und London nie etwas Derartiges erlebt hätte und überzeugt sei, daß ein derartiges Vorgehen in Süddeutschland niemals möglich wäre, ich möchte nur wissen, wodurch ich die Aufmerksamkeit der Geheimpolizisten erregt hätte. Da sagte mir der Beamte: „Ja, wissen Sie, wenn jemand abends um 5 Uhr auf einer Bank sitzt, so ist das entweder ein Fremder oder ein Arbeitsloser oder ein Kranker, für letzteren konnten Sie die Schutzleute nicht halten, weil Sie staubige Stiefel hatten". (Ich war an dem Tage viel in Parks usw. spazieren gegangen.) — Auf meine Bemerkung: „Das scheinen mir sehr wenig triftige Gründe zu solchem Vorgehen zu sein", wurde mir erwidert: „Ja, sehen Sie, die Beamten sind doch nun mal nicht da, um die Häuser anzusehen. Derartiges kann daher jedem passieren".

An die Wiedergabe dieses Erlebnisses knüpft der Mann die Mahnung an seine Landsleute, am liebsten gar nicht nach Berlin zu gehen und lieber München, Stuttgart, Karlsruhe aufzusuchen, die an Museen, Theater usw. ebensoviel bieten. Wem diese Plätze nicht genügen, dem empfehle er einen Besuch in Paris oder Brüssel, wo er sicher ist, niemals in preußischem Unteroffizierston angerempelt zu werden.

Was den biederen Süddeutschen so aufregt, ist uns etwas Alltägliches, und er kann eigentlich noch von Glück sagen, daß sein Aufenthalt auf der Wache nur kurze Zeit dauerte. Immerhin ersehen wir wieder einmal aus dieser Schilderung, warum wir so viel Polizei brauchen.

Von Heiratslustigen, die Mut haben, erzählt die Heiratsstatistik des Wonnemonats, die jetzt in ihren Hauptzahlen vom Berliner Statistischen Amt veröffentlicht wird. Unter 1843 im Mai heiratenden Männern waren 1603 Junggesellen und 240 Wiederheiratende, unter den 1843 Bräuten waren 1675 Jungfrauen und nur 168 Wiederheiratende. Von den wiederheiratenden Frauen, die teils verwitwet, teils geschieden waren, gingen 154 ihre zweite Ehe ein, 12 ihre dritte, 1 ihre vierte, und von 1 Braut wurde nicht festgestellt, zum wievielten Male sie heiratete. Von den wiederheiratenden, teils verwitweten, teils geschiedenen Männern begaben sich 220 zum zweitenmal in das Ehejoch, 16 zum drittenmal, 3 zum viertenmal und 1 zum fünftenmal. Eine zum viertenmal heiratende Witwe bekam einen Witwer, der seine zweite Ehe einging, zwei zum viertenmal heiratende Witwer nahmen Witwen, die ihre zweite bezw. dritte Ehe eingingen. Ein geschiedener Mann, der gleichfalls noch eine vierte Ehe versuchte, bekam eine Witwe, für die er der dritte Mann wurde. Der Mutige, der zum fünftenmal den „Bund fürs Leben" schloß, war Witwer. Er durfte — eine Jungfrau heimführen.

Doppelselbstmord. Einen grausigen Abschluß hat in der vorvergangenen Nacht eine Liebestragödie im Norden der Stadt gefunden. In einer Laube des Grundstückes Bellermannstr. 79 wurden vorgestern morgen der 20jährige Droschkenkutscher Ernst Kasten und dessen Geliebte, das 18jährige Dienstmädchen Anna Blitz gemeinsam erhängt aufgefunden. Beide waren bereits zur Leiche erstarrt. Ueber die Tragödie wird uns folgendes berichtet: In der Bellermannstraße 79 betreibt die Witwe Charlotte Kasten eine Schankwirtschaft. Der 20jährige Sohn der K. lernte vor etwa drei Wochen die 18jährige Anna Blitz kennen, deren Eltern in der Schönhauser Allee wohnen und die zuletzt bei dem Kaufmann Löwenstein in der Stettinerstraße bedienstet war. Es entwickelte sich zwischen den jungen Leuten bald ein intimes Liebesverhältnis. K. kam fast allabendlich mit seiner Braut zusammen. Das Pärchen traf sich gewöhnlich in einer Laube dicht bei der Kegelbahn, welche zu der Schankwirtschaft gehört. Die jungen Leute hatten anscheinend auch die Absicht, später einmal zu heiraten, doch scheiterte dieses Vorhaben angeblich an dem Willen der Mutter des K. Beide ließen sich zu einer verzweifelten Tat hinreißen; sie beschlossen, gemeinsam zu sterben. Vorgestern in später Abendstunde trafen sie sich wieder und besprachen beide eifrig ihr Vorhaben. Als in später Nachtstunde Frau K. ihren Sohn aufforderte, nun endlich die Laube zu verlassen und zu Bette zu gehen, erwiderte er ausweichend, es wäre so schönes Wetter und er wolle noch ein bißchen draußen bleiben. Ahnungslos entfernte sich die Mutter. Als sie gestern morgen in der achten Stunde die Laube wieder betrat, fand sie zu beiden Seiten der Laube die erhängten Leichen ihres Sohnes und des jungen Mädchens, Gesicht gegen Gesicht gekehrt, vor. Der von der Unfallstation in der Badstraße hinzugerufene Arzt stellte fest, daß der Tod bei beiden bereits seit etwa sechs Stunden eingetreten war. Demnach ist die Tat also in der weiten Morgenstunde ausgeführt worden. Die beiden Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus eingeliefert. Frau K. hat bereits vor einiger Zeit eine Tochter durch Selbstmord verloren.

Ein entsetzlicher Betriebsunfall spielte sich gestern vormittag in der Zichorienfabrik von F. W. Wesenberg in der Alten Schönhauserstraße 6 ab. Dort geriet der 58jährige Heizer Thormann in das Getriebe der Hauptmaschine und konnte erst nach 1½stündiger Tätigkeit der Feuerwehr als Leiche aus der Umklammerung hervorgezogen werden. Ueber den traurigen Vorfall wird uns folgendes mitgeteilt:

Thormann war seit 22 Jahren in der Fabrik tätig. Gestern früh 7½ Uhr drangen herzzerreißende Hülferufe aus dem Maschinenraume und das ganze Getriebe blieb mit einem Ruck stehen. Als man hinzueilte, fand man den Heizer zwischen Kammrad und Welle fest eingeklemmt. Schnell wurde die Feuerwehr alarmiert, die jedoch den Aermsten auch nicht so ohne weiteres aus seiner gefährlichen Lage befreien konnte. Verschiedene Maschinenteile und namentlich das Kammrad mußten auseinander genommen werden, und erst gegen 9 Uhr war die schaurige Arbeit beendet. Der Verunglückte muß schreckliche Schmerzen ausgestanden haben, denn er lebte noch etwa ¼ Stunde seit Beginn des Unfalles. Der traurige Vorgang ist auf eine Nachlässigkeit des Verstorbenen zurückzuführen. Er wollte das unmittelbar über dem Fußboden rotierende hölzerne Kammrad nachdichten. Anstatt nun die Maschine anzuhalten, suchte er die einzelnen Zähne des Kammrades durch Schläge mit einem Hammer anzutreiben, während sich die Maschine im vollen Gange befand. Bei seiner Arbeit mußte er sich bücken, wobei jedenfalls sein Rockärmel von dem Zahnrade erfaßt wurde. Er wurde dann einmal mit herumgeschleudert, worauf die Maschine stehen blieb, weil der starke Körper nicht durch das Getriebe hindurchgezwängt werden konnte. Die Leiche wurde alsbald nach dem Schauhause gebracht. Der Verunglückte hinterläßt eine Ehefrau, die im vorigen Jahre auf gleiche Weise eine 22jährige Tochter dadurch verlor, daß sie in einer Buchdruckerei in der Stargarderstraße ebenfalls von einer Maschine zu Tode gequetscht wurde.

Zwei schwere Automobilunfälle wurden uns vom gestrigen Tage gemeldet. Vor dem Elternhause in der Frankfurter Chaussee 118 wurde die 20jährige Tochter Else des Schornsteinfeger-Obermeisters Kielblock von einem Automobil überfahren und schwer verletzt. Frl. K. war im Begriff, den Fahrdamm zu überschreiten, als ein Automobil, in welchem sich mehrere Dragoneroffiziere befanden, in scharfem Tempo dahergesaust kam. Das junge Mädchen wurde von dem Kraftwagen erfaßt, in die Höhe geschleudert und so unglücklich wieder zu Boden geworfen, daß auch noch die Räder des Autos über die Bedauernswerte hinweggingen. Mit schweren inneren Verletzungen wurde sie nach der elterlichen Wohnung hinaufgetragen.

Arbeiterrisiko. Bei einem schweren Betriebsunfall hat der 48jährige Arbeiter Karl Kuhtz, der in der Eisenkonstruktionsfabrik von Steffens u. Nölle beschäftigt war, den Tod gefunden. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, eiserne Träger zu verladen, wobei sie sich zur Hebung eines elektrischen Krahnes bedienten. Plötzlich gab dieser nach und die schwere Ladung stürzte herab. K., welcher direkt unter dem Krahn gestanden hatte, wurde von dem Träger getroffen und ihm der Schädel zerschmettert. Auf dem Transport nach dem Krankenhause starb der Verunglückte.

Bei der Explosion einer Lötlampe ist gestern abend der 26jährige Klempner Hermann Freese, Holsteinischestr. 39 wohnhaft, schwer verletzt worden. F. hatte auf dem Grundstück Schillstr. 9 Leitungsrohre gelegt und dabei eine Lötlampe benutzt. Diese explodierte plötzlich und durch die Stichflammen wurde der junge Mann am Kopf und im Gesicht so schwer verbrannt, daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Einen Selbstmordversuch unternahm gestern die 81jährige Hebamme Witwe Luise Fricke aus der Bergstr. 25/26. In der Nähe der Treptower Brücke sprang die Greisin in den Schiffahrtskanal, um sich zu ertränken. Zwei hinzukommende Passanten sprangen der Lebensmüden nach und nach längeren Bemühungen gelang es ihnen auch, Frau F. zu retten. Sie wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Zur Zigaretten-Versteuerung.

Da eine amtliche Veröffentlichung des kgl. Hauptsteueramtes für inländische Gegenstände, in welcher Form die Anmeldung zur Versteuerung zu erfolgen hat, bisher nicht ergangen und nach unserer Information auch nicht ergehen wird, so bringen wir nachstehend ein Formular, in welcher Weise die Interessenten — Zigarrenhändler, Restaurateure usw. — die Anmeldung bis spätestens den 7. Juli zu bewirken haben:

„An das kgl. Hauptsteueramt für inländische Gegenstände
Berlin
Kleine Museumstraße 5F.

Teile hierdurch mit, daß ich einen Handel mit Zigaretten und Tabak betreibe.

Am 1. Juli habe ich einen Bestand von
10 Kartons a 100 Stück Apis-Zigaretten Verkauf 50 M.
25 „ „ 10 „ Josetti- „ „ 20 „
usw.
... Pakete Zigarettentabak.
... Pfund „
... Zigarettenhülsen in Stück.
... Zigarettenpapier „ „

Name: .....
Wohnung: ....."

Die Anmeldung für Rixdorf, Charlottenburg und Pankow hat bei den dortigen Steuerämtern zu erfolgen. Die übrigen Vororte können ebenfalls in Berlin anmelden.

Der Doppelselbstmord des Liebespaares, welches sich, wie wir bereits berichteten, im Flakensee bei Erkner ertränkte, hat nunmehr, soweit es sich um die Personalien handelt, seine Aufklärung gefunden. Die Lebensmüden sind als die 19jährige, bei ihren Eltern in Stettin wohnhaft gewesene Elsa Knipser und der 20jährige, ebenfalls aus Stettin stammende Architekt Alex Heling rekognosziert worden. H., der sich vor etwa einem halben Jahre mit der Knipser im Einverständnis mit deren Eltern verlobt hatte, war seit mehreren Monaten in Berlin in Stellung. Am 25. vorigen Monats erhielt Elsa Knipser von ihrem Bräutigam ein Telegramm, durch welches dieser seine Ankunft in Stettin meldete, und das junge Mädchen begab sich zu dem betreffenden Zuge nach dem Bahnhofe, um ihn zu empfangen. Fräulein Knipser kehrte nicht nach der elterlichen Wohnung zurück, sie war seit dieser Zeit ebenso wie ihr Bräutigam verschwunden. Das Liebespaar ist jedenfalls mit dem nächsten Zuge nach Berlin gefahren, um am folgenden Tage den vermutlich von Heling angeregten Doppelselbstmord zur Ausführung zu bringen. Was die Veranlassung zu der Tat gegeben haben kann, ist völlig unbekannt.

Frühzeitige Einziehung der Fernsprechgebühren. Mit Rücksicht auf die Reisesaison hat die Berliner Oberpostdirektion für das Quartal Juli—September ein geändertes Verfahren angeordnet. Früher erfolgte die Einziehung der Gebühren in der Weise, daß ohne übermäßige Belastung der Geldbriefträger das Einziehungsgeschäft bis zur Mitte des ersten Quartalsmonats beendet wurde. Hierbei haben sich jedoch für den Juli dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß die Zahlungsverpflichteten mit Beginn der Schulferien verreisten und die Post infolgedessen die Gelder nicht rechtzeitig erlangen konnte. Dieses Jahr soll sämtlichen Fernsprechteilnehmern Gelegenheit gegeben werden, die Gebühr vor Antritt der Reise zu entrichten und ist deshalb die schleunigste Einziehung der Gelder angeordnet.

Eine unerwartete Erbschaft in Höhe von fünf Millionen Mark ist einer Gruppe von 52 Erben, darunter zahlreichen Berlinern, zugefallen. Im vergangenen Jahre tötete sich in einem Anfalle von

Schwermut die 84jährige Witwe M., welcher ein Haus am Neuen Markt gehörte. Kurze Zeit darauf verschied ihre 60jährige Tochter, welche unverheiratet war. Bei der Feststellung der Hinterlassenschaft der Verstorbenen, welche, wie man wußte, vermögend waren, wurden zur nicht geringen Ueberraschung der Erben außer etwa 60 000 M. barem Gelde und Banknoten für fünf Millionen Mark Wertpapiere vorgefunden. Zum Zwecke der Verteilung der Masse fand dieser Tage die Nachlaßversteigerung statt. Der eine Erbe hatte zwar vorgeschlagen, die ganze Wirtschaft der Berliner Brockensammlung zu überweisen, stieß jedoch auf Widerspruch bei den Miterben, welche die Einrichtung der Verstorbenen für zu wertvoll hielten. Daß die letzteren nicht ganz unrecht hatten, bewies das Versteigerungsergebnis, welches einen Erlös von nahezu 40 000 Mark brachte. Allerdings gehörte zu den versteigerten Gegenständen eine große Menge wertvoller Schmucksachen.

Feuer in einer Zigarettenfabrik. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr brach in der Stralauerstraße 3/6 ein gefährlicher Brand aus, der eine wilde Panik unter dem dort beschäftigten Fabrikpersonal verursachte. Im dritten Stock des linken Seitenflügels befindet sich dort die orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik von Kalistros, in derem Verpackungs- und Lagerraume das Feuer ausgekommen war. Dieses verbreitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit, so daß den Arbeiterinnen und Arbeitern kaum Zeit blieb, durch einen Nebenausgang das Freie zu gewinnen. Nur durch eine dünne Wand vom Brandherde getrennt, befindet sich die Kunst- und Buchdruckerei von Max Liebmann, wohin das Feuer innerhalb zwei Minuten auch übergesprungen war. Unter Zurücklassung ihrer Garderobe flüchteten auch hier die Arbeiterinnen. Als die Feuerwehr erschien, schlugen lange Flammen aus vier Fenstern. Die Feuerwehr griff sofort mit vier Rohren an und brachte dann in verhältnismäßig kurzer Zeit das Feuer zum Stehen. Ein Raum der Zigarettenfabrik brannte mit seinen Vorräten total aus und auch bei der Firma Liebmann hat das Feuer erheblichen Schaden angerichtet, der indes durch Versicherung gedeckt ist. Ueber die Entstehung des Brandes verlautet, daß junge Zigarettenarbeiter trotz des Verbotes in dem Packraum geraucht hätten.

Zum Besten der ausgesperrten Buchbinder veranstaltet der Buchbinderverband am Freitag, den 6. Juli, im Etablissement Kottbuserstraße 4a einen Rezitationsabend. Zu demselben hat sich Herr Emil Walkotte kostenlos bereit erklärt, das Drama „Bartel Turaser" in drei Aufzügen zum Vortrag zu bringen. Der Eintrittspreis beträgt für Männliche 20 Pf. und für Weibliche 10 Pf.

Auf dem Bureau des Buchbinderverbandes ist eine Invalidenkarte, auf den Namen Paul Mäder lautend, ein Damengürtel und ein Armband abzuholen. Genanntes ist bei der Mondscheinfahrt nach Mörners Blumengarten, Ober-Schöneweide, gefunden worden.

Ein Kind verbrannt. Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich gestern (Dienstag) mittag in der Palisadenstraße 9. Dort hat die Schiffersfamilie G. Buder eine kleine Hofwohnung inne. Gestern früh waren nun Mann und Frau weggegangen und hatten ihr dreijähriges Söhnchen Siegfried allein in der Wohnung belassen. Als man mittags zurückkehrte, fand man das kleine Geschöpf schrecklich verbrannt auf dem Fußboden der Küche liegen. Es hatte sich Streichhölzer zu verschaffen gewußt und dabei seine Kleider in Brand gesteckt. Der ganze Körper des unglücklichen Kindes war mit Brandwunden über und über bedeckt, so daß bald der Tod eintrat.

„Vorwärts" als Geschäftsreklame. In der Reinickendorferstr. 105 (alte Nummer 59) befindet sich ein Rechtsbureau, welches sich durch ein großes, weithin leuchtendes Schild auf rotem Grunde als das Rechtsbureau „Vorwärts" ankündigt. Um Irrtümern zu begegnen, sei festgestellt, daß es sich damit nur um eine Reklame handelt und das Zentralorgan der Partei mit diesem Rechtsbureau in keinerlei Verbindung steht.

Das Opfer eines schweren Automobilunfalles wurde außerdem der Kaufmann Kühn aus der Chausseestraße in Groß-Lichterfelde. K. fuhr auf seinem Zweirade die Potsdamer Chaussee entlang und wurde kurz hinter Zehlendorf von einem Automobil, das ohne Warnungssignal heranraste, umgerissen und überfahren. Lunge und Leber wurden dem Bedauernswerten so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Feuerwehrbericht. Gestern abend kam in der Badstr. 17 in einem Keller Feuer aus. Brennmaterialien, Hausrat usw. brannten dort. Als der 16. Zug erschien, war der Treppenflur, die Treppen usw. schon stark verqualmt. Zur Beruhigung der Hausbewohner wurde zunächst Luft gemacht, damit der Qualm abziehen konnte. Die Flammen konnten dann bald gelöscht werden. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in Schöneberg, Grunewaldstr. 116, in einer Tischlerei einen Brand zu löschen, der durch einen Leimofen ausgekommen war. In der letzten Nacht um 3 Uhr brannte es an drei Stellen. Zwei Kellerbrände mußten in der Stromstraße 26 und Oranienstraße 87 gelöscht werden, außerdem brannten Kohlen in der Görlitzerstraße 23 auf einem Kohlenlagerplatz. Wegen mehrerer Wohnungsbrände wurde die Feuerwehr nachts nach der Falckensteinst. 37, Wörtherstr. 10, Friedenstr. 98, Chausseestr. 102 u. a. Stellen gerufen. Möbel, Gardinen usw. brannten dort. In der Brunnenstraße 91 entstand ein Kellerbrand, dem Stroh, Werg und Verpackungsmaterial usw. zum Opfer fiel. Ferner hatte der 20. Zug in der Kleinen Stralauerstraße zu tun, wo ein Pferd in die Spree gesprungen war. Die Wehr holte das Pferd wieder heraus.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung erledigte in Ferienstimmung noch eine Reihe Vorlagen. Die Baukostenbeiträge für die Regenwasserleitung wurden von 20 auf 25 M. erhöht. Den Terraingesellschaften am Zentral-Viehhof und dem Rüderfelde wurden die Anlegung neuer Straßen bewilligt. Auch gelangten die Fluchtlinienveränderungen in der Dorfstraße usw. debattelos zur Annahme. Der Verkauf einer Parzelle an den Eisenbahnfiskus zur Verbreiterung der Brücke in der Eldenaerstraße und die Heranziehung einer Reihe Eigentümer zu den Regulierungskosten der Bürgersteige fanden ebenfalls Annahme. Die Konzessionierung einer Motor-Omnibus-Linie vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde nach dem Alexanderplatz gab unseren Genossen Gelegenheit, die Verkehrsfrage im allgemeinen anzuschneiden, ohne aber besondere Beachtung zu finden. Die Ueberführung des Nordrings in der Gürtelstraße ist heute ein Verkehrshindernis. Die Versammlung bewilligte rund 16 500 Mark zur Verbreiterung dieser Brücke unter der Voraussetzung, daß auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes die Anlieger zu den Kosten herangezogen werden. Eine lebhafte Debatte zeitigte der Entwurf eines Ortsstatuts über Anlegung von Straßen. Der Entwurf wie auch die dazu gehörige Polizeiverordnung, welche die Anlegung von Straßen ausschließlich der Gemeinde übertragen wissen will, wurde als eine Schädigung der Interessen der Terraingesellschaften bezeichnet und gelang es den Vertretern der Interessen dieser Gesellschaften, eine Vertagung der Weiterberatung mit 11 Stimmen gegen 10 Stimmen (letztere setzten sich aus denen des Vorstandes und der fünf anwesenden Sozialdemokraten zusammen) herbeizuführen. Die Uebernahme der Landsberger Chaussee als Ortsstraße vom Kreise gegen eine Abfindung von 52 000 M. und die Aufnahme einer Anleihe von 198 000 M. bildeten den Schluß der Sitzung.

Rixdorf.

Im Rixdorfer Schiffahrtskanal versuchte sich das 27jährige Dienstmädchen Wilhelmine Damrau das Leben zu nehmen. An der Elsenstraße sprang die Selbstmordkandidatin in den Kanal, wurde aber von einem in der Nähe vor Anker liegenden Schiffer trotz hartnäckigen Sträubens wieder aus dem Wasser herausgeholt und dem Krankenhause zugeführt.

Kinder-Ferienspiele. Die Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes) hat beschlossen, während der Ferien für unsere Schuljugend Spiele zu veranstalten. Als Spielplatz ist der Treptower Park ausersehen. Teilnehmen können Knaben und Mädchen, und zwar ist dies nicht etwa auf Angehörige des Vereins beschränkt. Im Gegenteil! Es ist erwünscht, daß alle, die Freunde frischer, fröhlicher Spielbetätigung sind, ihre Sprößlinge diesen Spielen zuführen. Die Leitung liegt in den Händen von Mitgliedern der Frauen- und Männerabteilungen des genannten Vereins, die sich selbst an den Spielen beteiligen und so zweifellos diese anregender für die Jugend gestalten werden, als dies leider bei unseren Schulspielen der Fall ist. Der Treffpunkt der Teilnehmer ist: Ecke der Berliner- und Berthelsdorferstraße an jedem Sonntag, pünktlich früh 8 Uhr. Die Rückkehr erfolgt stets mittags 12 Uhr. Der erste Spieltag ist der nächste Sonntag.

Charlottenburg.

Ueber „Gewerkschaften einst und jetzt" referierte Genosse Flemming in einer gut besuchten Versammlung des Verbandes der Friseurgehülfen. Alsdann berichtete Liere über den Stand der Lohnbewegung. Danach liegen bis jetzt 560 Bewilligungen vor, wo 520 Gehülfen mit Kontrollkarte beschäftigt werden. Auch in Charlottenburg sucht man den Forderungen der Gehülfen entgegenzuarbeiten. Redner appellierte deshalb an die tatkräftige Unterstützung der Charlottenburger Arbeiterschaft. Besonders wurde die Schädlichkeit der lokalistischen Forderungen gekennzeichnet, die nichts anderes als Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragen.

Groß-Lichterfelde.

Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer letzten Sitzung einen jährlichen Beitrag von 200 M. für den Brandenburger Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose und die Mittel für einen zu veranstaltenden Stotterheilkursus. Der Umbau des Schiller-Gymnasiums während der Jahre 1902/1905, für den seinerzeit die Summe von 134 000 Mark veranschlagt war, kostet nach der Abschlußrechnung 178 511 Mark, also 44 511 Mark mehr, die nachträglich bewilligt wurden. Auch fühlte sich die Gemeindevertretung veranlaßt, aus dem allgemeinen Steuersäckel den Handwerkern eine kleine Liebesgabe zu bewilligen. Es handelt sich um die Summe von 412,60 Mark zu den Kosten der Handwerkskammer, die zunächst von der Gemeinde und durch diese bei den Handwerksbetrieben wieder erhoben wird — oder erhoben werden soll. Es wurde beschlossen, bei der Geringfügigkeit des Objekts und wegen der durch die Entziehung entstehenden Kosten davon abzusehen. Schöffe Lange bemerkte zu dieser Sache, daß das Handwerk in Groß-Lichterfelde wirklich einen goldenen Boden habe. Es befänden sich hier die meisten Handwerksbetriebe: 305 mit 916 Gesellen und 279 Lehrlingen. Kein anderer Ort im Kreise habe soviele Handwerksbetriebe. Gemeindevertreter Schirmer zog die Konsequenz aus der Auffassung des Vorredners und hielt es für durchaus gerechtfertigt, die 412 Mark von den Handwerkern einzuziehen. Merkwürdigerweise stimmte er dann dem entgegengesetzten Antrage zu! Hofmalermeister Lehmann, bekannt als Freund der Gefängnisarbeit, soweit diese die Arbeitslöhne drückt, bestreitet den „goldenen Boden" des Handwerks in Lichterfelde. Die Einziehung der Gelder verursache Streitigkeiten (?) und wenn allen etwas gewährt werde, warum den Handwerkern nicht? Die letzte Begründung ist zwar bezeichnend, aber für einen Eingeweihten sehr naheliegend. — Beschlossen wurde ferner die Regulierung der Steinstraße und die Schmückung der Ringstraße durch gärtnerische Anlagen, deren Kosten 2500 M. betragen. — Ein Antrag von elf Gemeindevertretern, den früheren Beschluß bezüglich der Regulierung der Chausseestraße zwischen Giesensdorfer Brücke und Ringstraße aufzuheben beziehungsweise dahin abzuändern, daß eine erhebliche Verbreiterung derselben vorgenommen werden soll, wurde nach energischem Einspruch aus der Mitte der Versammlung abgelehnt. — Im Juli und August finden keine Sitzungen der Gemeindevertretung statt.

Steglitz.

Beim Baden ertrunken ist gestern ein 40jähriger Badegast. Legitimationspapiere wurden bei dem Toten nicht vorgefunden.

Beim Kesselreinigen halb verbrüht ist gestern mittag der Arbeiter Karl Schieler in den elektrischen Werken. Selbiger befand sich im Kessel, während eine andere, bisher noch nicht ermittelte Person den Dampfhahn aufdrehte, wodurch sich Sch. schwere Brandwunden zuzog. Der Bedauernswerte mußte zirka ¾ Stunden in diesem Zustand verharren, ehe er mit einem Notverband versehen wurde. Er wurde alsdann nach dem Groß-Lichterfelder Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Zehlendorf.

In dem „Teltower Kreisblatt" hält es ein Zehlendorfer „Ordnungsmann" für notwendig, seiner Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß unser Genosse Wilhelm Blaffert wegen „schwerer Beleidigungen" eines Herrn Thornton zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Thornton war bekanntlich der bürgerliche Kandidat, der mit unserem Genossen Scheler anläßlich der Gemeindewahlen in die Stichwahl kam. Hier soll nun in einem Flugblatt, das Genosse Blaffert verantwortlich gezeichnet hatte, der bürgerliche Ordnungsmann etwas scharf unter die Lupe genommen worden sein, weshalb gegen Blaffert die Beleidigungsklage angestrengt worden ist, die nun mit dem oben angegebenen Urteil geendet hat. Der Zehlendorfer Spießer legt seine Genugtuung über das Strafmaß dar und weiß dabei nicht genug die bürgerliche Höflichkeit anläßlich solcher Wahlkämpfe hervorzuheben. Unser Genosse wird darüber etwas anders denken. Zu Dutzenden von Malen könnten wir darauf hinweisen, daß der bürgerliche Klüngel in punkto Lüge und Verleumdung nie zu übertreffen ist; nur unsere Genossen spielen dabei nicht die gekränkte Leberwurst, um jedesmal zum Kadi zu laufen. Die Moralpredigt, die der Artikeleinsender unseren Genossen zu halten für notwendig hält, wäre in seinen Reihen etwas besser angebracht.

Müggelwerder.

In einem Teiche ertrunken ist der Dienstknecht Wilhelm Scholz, welcher gestern von einer Wiese bei Müggelwerder Heu holen sollte. Er wollte die Gelegenheit dazu benutzen, um in einem an die Wiese angrenzenden Teiche zu baden. Sch. war kaum in das flache, ihm etwa bis zur Brust reichende Gewässer hineingegangen, als er plötzlich umfiel und in den Wellen verschwand. Zwar war sofort Hülfe zur Stelle und konnte auch der Körper des Knechtes schon nach wenigen Minuten gelandet werden, doch erwiesen sich die angestellten Wiederbelebungsversuche als erfolglos.

Versammlungen.

In der letzten Mitgliederversammlung der Posamentiere (Filiale 2 des Deutschen Textilarbeiterverbandes) hielt Genosse Witzke einen lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag über Genossenschaften. Hierauf folgte eine lebhafte Diskussion. Der Vorstand gab bekannt, daß die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai sehr gute Fortschritte gemacht habe. Dieselbe entfällt auf allen Zweigen in der Posamentenbranche. Eine lebhafte Agitation müsse noch unter den Kolleginnen entfaltet werden. Wegen Tarifbruch (Arbeit am 1. Mai) wurden nach § 6b eine Anzahl Kollegen ausgeschlossen. Zwei derselben hatten dagegen Protest erhoben. Die angeführten Gründe wurden zwar nicht anerkannt, doch beschloß die Versammlung, beide als neue Mitglieder aufzunehmen.

Berichtigung. Im Referat über die Generalversammlung des Zentralwahlvereins des Kreises Nieder-Barnim (gestrige Nummer, 1. Beilage, Seite 1, Spalte 8) muß der letzte Absatz nicht beginnen: Genosse Röber erklärt begründend, daß er das Gefühl . . ., sondern:

Genosse Stadthagen: Es handle sich hier allerdings um eine Angelegenheit, die nach seiner Ansicht erhebliche Wellen schlagen werde . . .

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Paul Süßmuth, Barnimstr. 2, Versammlung der Abteilung IVa. Des Vortrages wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig! Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute Mittwoch, abends ½9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, Vortrag der Genossin Reg. Kranz, „Wein, Weib und Gesang". Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Gäste, besonders Frauen, willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost". Heute abend 8½ Uhr bei Tolksdorf, Görlitzerstr. 58, Vortrag und Diskussion über Zeit- und Streitfragen. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Mehr Licht". Mittwoch, den 4. Juli, im Lokal von Knapp, Grüntalerstr. 5: Generalversammlung.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub Motteler. Heute Sitzung bei Unbehauen, Stolpischestr. 61. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Sitzung Mittwoch ½9 Uhr, Lokal Bolze, Rodenbergstr. 8. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Wie kann der Arbeiter seine wirtschaftliche Lage verbessern." Referent: Genosse Büttner. 2. Diskussion.

Vermischtes.

Ueber die Eisenbahnkatastrophe bei Salisbury

ist noch folgendes zu berichten: Der Zug ist einer der schnellsten der Südwestbahn. Als der Zug sich Salisbury näherte, schlief die Mehrzahl der Reisenden in den Korridorwagen, die direkt hinter der Lokomotive waren. 17 von ihnen hatten soeben in dem Restaurationswagen ihr Essen beendet und begaben sich in die Korridorwagen zurück, als ein ungewöhnliches Schleudern des Zuges ihre Aufmerksamkeit erregte. In dem Restaurationswagen war man mit Aufwaschen des Geschirrs und Wegräumen der Speisereste beschäftigt. Das Schwanken des Zuges hörte auf und die Geschwindigkeit schien noch zu wachsen, als man auf die ganz gerade Strecke nach Salisbury kam. Jenseits der kleinen Station Wilton macht das Gleis eine scharfe Biegung, geht über eine hochgelegene Brücke und tritt sodann in einen Tunnel ein. Bei dieser Kurve sprang die Lokomotive aus dem Gleis und wurde mit furchtbarer Gewalt gegen einen mit Milch beladenen Zug geschleudert, der auf einem Nebengleise stand. Sie zog dabei die angehängten Wagen fast rechtwinkelig aus der Fahrtrichtung und hinterließ einen Trümmerhaufen, in dem Todte und Verwundete lagen. Die Zersplitterung der Wagen war erstaunlich, ja fast unbegreiflich. Nach dem Zusammenstoße mit dem Milchzuge rannte die entgleiste Lokomotive noch eine zweite Lokomotive an. Der erste der Korridorwagen lief gegen einen Wagen des Milchzuges. Der hinterste Wagen dieses Zuges war bereits durch die Lokomotive des Expreßzuges zerschmettert worden. Der darin befindliche Schaffner kam ums Leben. Der zweite Korridorwagen des Expreßzuges wurde auf den ersten Wagen geschleudert. Der Restaurationswagen flog gegen den Brückenpfeiler, wo er zerschmetterte. Der Beamte im hintersten Wagen hatte Geistesgegenwart genug besessen, in dem Augenblick, wo er fühlte, daß der Zug das Gleis verließ, die Bremsen anzuziehen. Dies rettete ihm und drei Kellnern des Restaurationswagens das Leben. Die Kellner erklären sich unfähig, zu sagen, wie sie gerettet wurden. Sie wurden durch die Wucht des Anpralls durch die ganze Länge des Restaurationswagens geschleudert und befanden sich sodann in tiefster Dunkelheit (der Zusammenstoß erfolgte gegen 2 Uhr morgens), in Trümmern sitzend, aber vollständig unverletzt. Zwei Kellner, die mit Aufwaschen beschäftigt waren, wurden dagegen schwer verwundet. Die Postbeamten der Station behaupten, daß der Zug die erlaubte Geschwindigkeit bei Passieren der Station bedeutend überschritten habe. Ein Augenzeuge fand die Leiche eines Mannes, der bei dem Zusammenstoß 30 Fuß hoch in die Luft geschleudert worden und dann in ein Gebüsch gefallen war. Das Getöse des Zusammenstoßes war eine englische Meile weit hörbar. Einer der Reisenden wurde, wie ein Augenzeuge beschreibt, wie ein Stein aus einer Schleuder über den Bahndamm geschleudert. Er raffte sich vollständig unverletzt auf. Erst um 7 Uhr morgens gelang es, nach Verwendung von Hebekranen, die letzten Leichen aus den Trümmern zu entfernen.

Auf der Station Waterloo, wo Verwandte und Freunde der Verunglückten den Zug erwarteten, spielten sich nach Einlaufen der Unglücksbotschaft herzzerreißende Szenen ab. Die amerikanischen Reisenden, die, statt in Plymouth zu landen, bis Southampton gefahren waren und von dort den Zug benutzt hatten, wurden empfangen, als seien sie wie durch ein Wunder dem Tode entgangen. Mr. Pierpont Morgan wartete in seinem Motor an der Waterloo-Station auf das Eintreffen des Zuges, um den Bürgermeister von New York in Empfang zu nehmen. Die Nachricht von dem Unglück brachte ihn vollständig außer Fassung. Die Direktion der London and Südwest-Eisenbahn-Gesellschaft erklärt, vorläufig außerstande zu sein, zu sagen, welche Ursachen das furchtbare Unglück veranlaßt hätten.

Patentchristen.

Die Lehre des Nazareners von der christlichen Nächstenliebe erfährt mitunter von „Ueberchristen" eine gar seltsame Auslegung. Folgendes Geschichtchen hat sich dieser Tage im frommen Rheinlande zugetragen. Ein bürgerliches Blatt berichtet hierüber: „Auf der Holtenerstraße in Obermarxloh will ein Mann einem Radfahrer schnell ausweichen. Er tritt zur Seite und fiel in den Straßengraben. Hierbei brach er sich den Fuß im Gelenk. Infolge der großen Schmerzen vermochte er sich nicht wieder fortzuhelfen. Zwei Herren aus Marxloh hatten den Vorfall beobachtet. Während der eine derselben dem Verunglückten Hülfe leisten wollte, wurde er von dem anderen, der im Rufe besonderer Frömmigkeit steht, hiervon zurückgehalten mit der Motivierung, daß man dem himmlischen Vater in seiner Züchtigung nicht entgegenwirken dürfe! — Wäre uns der Einsender nicht als durchaus glaubwürdig bekannt, wir würden so etwas kaum für möglich halten."

So weit das bürgerliche Blatt. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 58—64, IIIa 53—56, IVa 46—51, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 0,00, holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 82—88, IIa 72—80, IIIa 60—70. Hammelfleisch Ia 72—76, IIa 62—70. Schweinefleisch 60—66. Kaninchen per Stück 0,00. Hühner, alte, Stück 1,75—1,80, junge, per Stück 0,50—0,80. Tauben, junge 0,30—0,40, alte 0,00. Enten, prima, p. Stück 1,60—2,00, Hamburger, junge, per Stück 1,75—2,90. Gänse, junge, per Pfd. 0,60—0,65, per Stück 3,00 bis 4,00. Hechte 89—110. Schleie 74—94. Bleie 53—63. Aale, groß 136, mittel 123—126, klein 0,00, unf. 85—115. Plötzen 0,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—6,50. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—4, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, engl. per Wall 4,50. Kieler 2,00—4,50, Stralsunder 5—6. Aale, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00, Elb- per Kiste 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, mittel 14,50, kleine 4,00, unsortiert 4,75. Galizier, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 3,00, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109—112, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100. Saure Gurken, Schock 4,50—5,00, Pfeffergurken 4,50—5,00. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,25—2,40, rote Daberscke 2,10—2,25, runde weiße 1,80—2,10, hiesige blaue 3,50,—4,50, neue hiesige 3,50—4, neue Zerbster 3,50—4. Spinat, per 100 Pfund 5,00—6,00. Karotten per Schock 2,00 bis 2,50. Kohlrabi, per Schock 1,00—1,50. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Pfd. 0,00. Radieschen, per Schock-Bd. 0,60—1,25. Salat, per Schock 1,00—1,25. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 30—40. Schoten hiesige, per 100 Pfd. 5—12. Pfefferlinge per Pfd. 0,35—0,40. Mohrrüben per Schock-Bd. 2,00—2,50. Blumenkohl per Mandel 1,50—2,50. Wirsingkohl per Mandel 1,00—2,00. Steinpilze per Pfd. 0,33. Teltower Rüben per Pfd. 0,22—0,25. Stachelbeeren per Pfd. 0,12—0,15. Kirschen, ital., 100 Pfd. 0,00. Natten, Werdersche 22—24. Werdersche Glas- 10—14. Natten, ungar. 30—35, do. 4—12, do. saure 18—22. Himbeeren, Werdersche per 100 Pfd. 27—30. Blaubeeren per Pfd. 0,13—0,16. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 26—28, Garten per Pfd. 0,45—55, Hamburger 0,20—0,30, hiesige 0,15—0,29. Wald- per Pfd. 0,25—0,50. Pflaumen, ital. lange, per 100 Pfd. 18—30. Zitronen, Messina, 300 Stück 14,00—16,00, 360 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00.

Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre).
Eins. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin S.

Glück

Man findet es in reichem Maße spielt man Lotterie bei Gustav Haase Neue Königstr. 86.

Lose aller erlaubten Lotterien.

Mortal das einzig sicherwirkende Spezialmittel gegen **Flöhe,** zerstört im Fußboden nistende Brut von Grund aus, so daß nicht die geringste Spur übrig bleibt und ist ein **Radikalmittel** ohne gleichen gegen jeglich. **Ungeziefer der Haustiere, speziell auch der Hunde.** Man nehme nur **„Mortal"** mit Marke **„Tod und Teufel"** und nichts anderes! Flasche 50 u. 75 Pf., erhältlich in Drogerien und bei **Otto Reichel,** Berlin 43, **Eisenbahnstr. 4.**
Lieferant für Armee und Marine
Teleph.-Anschl. IV 646, 3190 u. 4562.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sonnabend, den 7. Juli 1906, in der Brauerei Friedrichshain (am Königstor):

Großes Sommer-Fest

zur Feier des

15. Stiftungs-Festes

arrangiert vom

Zentral-Verband der Maurer

(Zweigverein Berlin.)

Konzert. Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Festrede, gehalten vom Kollegen **Hermann Silberschmidt.**

Um **11 Uhr: Kinder-Fackel-Polonaise.**

Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Im großen Saale von **7 Uhr** an: **Großer Ball.**

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von **4 Uhr an** zur Verfügung.

Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr.

Billetts: Herren 50 Pfennige inklusive Tanz. Damen 25 Pfennige.

Hierzu ladet alle Freunde, Bekannte und Gönner ein **Das Komitee.**

Billetts sind in den Verkehrslokalen und im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, zu haben.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Verbandsbureau nachmittags geschlossen ist.

Der Zweigvereinsvorstand.

Nach § 6 der Bibliothekordnung findet im Juli eine Inventur der Bibliothek statt; wir ersuchen deshalb, jedes noch ausgeliehene Buch sofort abzuliefern. 144/15

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 5. Juli 1906, abends 8½ Uhr, in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39:

Allgemeine Versammlung

der **Mechaniker, Uhrmacher, Optiker**

und in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: **„Friedrich Schiller, ein Sänger der Freiheit".** Referent: Genosse **Max Kiesel.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 121/20

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter

Deutschlands. 34/19

(Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sektion der Rohrdeckenarbeiter.

Am Donnerstag, den 5. Juli, abends 8½ Uhr, bei Merkowski, Andreasstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Kunststeinarbeiter.

Donnerstag, den 5. Juli, abends 7½ Uhr, im Lokale Nierisch, Rixdorf, Hermannstraße 152: 139/2

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Zweigvereinsvorstand.**

Ginger Malt Ale

(Ingwer-Malz-Brause)

Bester Ersatz für Bier

alkoholfrei, erfrischend, nahrhaft, 15 Flaschen 1,50 M. frei Haus.
Pfaltz & Bonardell, SW. 11, Amt IX, 5165.
Wichtig für Gastwirte. 1621L*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 137/13*
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bilderrahmenmacher.

Mittwoch, den 4. Juli, abends 8½ Uhr, bei **Nagler,** Alexandrinenstr. 103:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Obmann.** [88/14

Habe mich als prakt. Arzt **Bergstr. 39** (Wohnung des **Dr. Hafemann**) niedergelassen.
2769b **Dr. Badtke.**

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. **10—12** Uhr.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 5. Juli, abends 8½ Uhr, im **Volkshause,** Rosinenstr. 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Miethke** über: Neue Waffen im Befreiungskampf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Des wichtigen Vortrages wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

64/15 **Die Ortsverwaltung.** J. A.: A. Pohl.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1668R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Stallherstraße 40. 1663R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Dame verkauft dringend fünf Zimmer Nußbaummöbel, Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 137/20*

Lauben-Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 1236b*

Restauration zu verkaufen. Baugegend. Zu erfragen Stabinski, Wilmersdorf, Badenschestraße 18. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2751b*

Fliegetauben, Blaubunte, Weißschwänze stets vorrätig: „Taubenbörse", Karl Schöngalla, Weißenburgerstraße 60. †53*

Für Maler, Maurer und Segler habe zirka 2000 Stück Drillichröcke und Hosen sowie auch weißleinene Hosen in jeder Weite und zu billigen Preisen abzugeben. Kiehke, Putzlappen-Engrosgeschäft, Berlin SO., Lübbenerstraße 5. 2734b*

Während des Umbaus billiges Möbelangebot: Kleiderspind 23,—, Garnituren, Paneelsofas, Stoffsofas 42,—, Vollständige Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer in jeder Ausführung. Herrliche bunte Küchen 60,—. Möbelfabrik Hirschowitz, Stallitzerstraße 25.

Restauration, 30 Halbe Bayrisch, 12 Halbe Weißbier, gute Lage, sofort zu verkaufen. Zu erfragen Sophienstraße 10 bei Möckel. 2728b*

Vorortgrundstück, kleines, Fredersdorf, verkauft billig Wollong, Frankfurter Allee 93. 2774b

Restaurant sofort billig zu verkaufen. Auskunft Rügenerstraße 24, „Vorwärts"-Expedition. †96

Gutgehendes Restaurant, Zahlstelle, sofort verkäuflich Schulzendorferstraße 3. 2778b

Teppiche, Rückseite angeschmutzt, unter Fabrikpreis. Stoehr, Münzstraße 17. 1676R*

Parteilokal, mehrere Zahlstellen, sofort zu verkaufen. Zu erfragen Mars, Lychenerstraße 123. †53

6,00—10,00 gutgeschrieben erhält Selbstkäufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen. Zahle bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †32*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Pianino, kreuzsaitig, 130,00, Turmstraße 8, parterre. 138/1

Krautstraße 50, Saalfeld, Möbelspeicher, verkauft spottbillig, weil kein Laden, Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Besichtigung ohne Kaufzwang. 2777b*

Gutgehende Restauration, großer Umsatz, umständehalber zu verkaufen. Zu erfragen bei A. Wengels, Rüdersdorferstraße 3, am Küstriner Platz.

Plätterei billig zu verkaufen. Schöneberg, Meiningerstraße 12.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Wienerstr. 1—6, Ackerstraße 111.

Neuerschlossenes Terrain, Hochwaldung, Bauparzellen 560,00. Günstige Bedingungen. Stettiner Vorortbahn, guter Baugrund, Gartenboden. Nur Kloß, Weißenburgerstraße 59. 2740b

Restaurant, nachweisbar gutgehend, sofort umständehalber zu verkaufen, 1200 ohne, 1700 mit Pianino, Miete 1400. Rixdorf, Neue Hobrechtstraße 61.

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2693b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Kleiderspind kauft Berwalter, Palisadenstraße 95. 137/19*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Theater-, Gesang-, geselligen Vereinen, Gewerkschaften usw. zur gefälligen Kenntnis, daß das Geschäftsbuch pro anno 1907 erschienen ist und werden schon jetzt Vergnügungsabschlüsse angenommen. Bernaus Festsäle, Schwedterstraße 23/4. *

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle vermietet Bitte, Emdenerstraße 30. †72

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Wienerstraße 20, 2. Portal 1 rechts.

Mietsgesuche.

Junger Handwerker sucht kleines, einfaches, möbliertes Zimmer. Offerten, Preisangabe, Pehlke, Große Frankfurterstraße 86. †136

Genosse sucht ruhiges Zimmer nahe Ackerstraße. Offerten Spedition, Wiesenstraße 41. †79

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche Beschäftigung auf Kupferdynamo-Bürsten, weiß auch mit der Einrichtung Bescheid. Jahr, Utrechterstraße 1. 2781b

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glöser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.*

Rahmenmacher, tüchtige, verlangt Bilderfabrik Lechner, Alexandrinenstraße 93/94. 2780b

Pappenzuschneider sucht Kartonfabrik Neue Friedrichstraße 48.

Anweiser, tüchtigen, möglichst Zimmermann, sucht Berliner Bau- und Nutzholzhandlung. Offerten unter „U. 41" Gerstmanns Annoncenbureau, Potsdamerstraße 135. 241/19

Strebsamer Herr sofort verlangt für Vertrauensstellung ohne Kaution. Anfangsgehalt 150,— Mark. Ausführliche Offerten unter F. 5 an die Expedition dieses Blattes. 2776b

Goldleisten! Junger Mann zum Einballieren verlangt Krautstraße 39.

Korbmacher, Bambusarbeiter, verlangt Fechner, Neue Bayreutherstr. 5.

Zeitungsfrauen für Moabit, Norden, Südwest, hoher Lohn, sofort verlangt. „Berliner Hausfrau", Lindenstraße 26. 2771b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige
Wagenlackierer
finden dauernde, lohnende Beschäftigung. 1693L*
Utermöhle, Wagenfabriken, Große Frankfurterstr. 137.

Achtung!
Fliesenleger!

Wegen Akkordarbeit und anderer Differenzen sind sämtliche Bauten der Firma **Schmalisch & Below** für organisierte Fliesenleger **gesperrt.**
Die Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**
Wienecke, Grünauerstraße.
Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.
Pieper, Bernauerstr. 80.
Für **Klavierarbeiter:**
Bell, Andreasstr. 32 u. Grüner Weg.
Für **Bautischler:**
Schubert, Kreuzbergstraße.
Raabe, Ilsedomstraße.
Für **Korbmacher:**
Stralauer Glashütte.
Für **Bürstenmacher:**
Der Innungsnachweis, Brunnenstraße 154.
Für **Parkettbodenleger**
Die Firma **Pomplun,** Zwischenmeister Petsch, Bau Niebuhrstraße 76, Siebolstraße, Parzelle 2. 85/1*

Gesperrt sind für **Einsetzer** die Bauten der Firma **Schubert,** Kreuzbergstr. 8.

Tempelhof:
Bau **Andrzewski,** Schönburgstr. 3, Friedrich Wilhelmstraße (Ecke Moltkestraße).
Bau **Wallrath,** Schönburgstr. 7, Moltkestraße.
Bau **Kelling,** Ringbahnstr. 5.
Bau **Lolath,** Ringbahnstr. 43.
Mariendorf:
Bau **Schmidt,** Chausseestr. 23b.
Halensee:
Bau **Gronau** und **Graul,** Joachim Friedrichstr. 4.
Berlin:
Oranienstr. 24 (Ausbau).
Charlottenburg:
Bau **Manheimer,** Neue Kantstr. 3.

Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Achtung! Achtung!
Töpfer!

Auf dem Bau Südende, Lichterfelderstraße, Ecke Potsdamerstraße, des Töpfermeisters Franz Wengler, wohnhaft Südende, Stephanstr. 25, haben die Kollegen wegen rücksichtsloser Behandlung, schlechten Werkzeugs und sonstiger Mißstände die Arbeit niedergelegt.

Die Kollegen werden aufgefordert dies zu beachten.

Die ehemaligen Meister Paul Hilprecht und Ludwig König arbeiten weiter.

Die Arbeit wird nicht eher aufgenommen, bis öffentlich durch die Verbandsleitung bekanntgegeben wird, daß die Differenzen beigelegt sind.
196/18* **Die Verbandsleitung.**

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 15.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttkamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2e.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.

Alle Genossen und Freunde der Organisation, machen wir darauf aufmerksam, daß die Heimarbeit (Bogen falzen von Streikarbeit) in übermäßiger Weise Platz gegriffen hat. Wir bitten, die Hausbewohner auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen.

Die Ortsverwaltung.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!

In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser,** Krautstraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.

Diese Betriebe sind gesperrt!

Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof) ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Fliesenleger!

Wegen Akkordarbeit und „Subunternehmersystem" sind sämtliche Bauten der Firmen **Czachzik & Melin** und **Lehmann,** Birkenstraße (Subunternehmer **H. Wolter**) gesperrt. 283/17*

Die Bauten sind:
Müllerstr. 29.
Amsterdamerstr. 11.
Bötzowstr. 42.
Schwedterstraße 23.
Kaiser Friedrichstraße, Aufsen-Platz-Ecke.
Buttmannstr. 11.
Reinickendorf, Walderseestr. 7.
Alt-Moabit 82b.
Alt-Boxhagen, Bau an der Ringbahn.
Rominternerstraße, an der Warschauerstraße.
Mecklenburgerstr. 91.
Korsörerstr. 11.

Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, vorstehende Bauten zu meiden. **Die Lohnkommission.**

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Neidelstr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Weiße, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lothringstr. 37.
R. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seikel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51

Weißensee:
W. Reske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstr. 108.

Die Redakteurstelle

für den bayerischen Teil der „Fränkischen Tagespost"

soll möglichst bis zum 15. August d. J. neu besetzt werden. Bewerber, die sich in der Redaktion des Feuilletons betätigen können, werden bevorzugt. Anstellungsbedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen sehen wir bis **24. Juli d. J.** entgegen. 1682R*

Verlag der „Fränkischen Tagespost", Nürnberg.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.